



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

**„Politische Bildung als Instrument zur Verbesserung
der politischen Partizipation, des Politikinteresses
und der Demokratiequalität“**

Verfasst von

Mag.iur., MMag.phil. Franz Zeilner BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2014

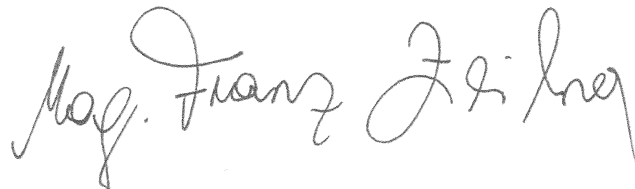
Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066824

Studienrichtung lt. Studienblatt: Masterstudium Politikwissenschaft

Betreuer: A.o. Univ.-Prof. Dr. Roman Horak

ERKLÄRUNG

**Ich erkläre ehrenwörtlich, dass ich die vorliegende Masterarbeit selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst, andere als die angegebenen Quellen nicht verwendet habe und die den verwendeten Quellen entnommenen Inhalte als solche kenntlich gemacht habe.
Diese Masterarbeit stimmt mit der vom Begutachter beurteilten überein und wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.**

A handwritten signature in black ink, reading "Mag. Franz Zeilner". The signature is written in a cursive, flowing style.

**Mag.iur., MMag.phil. Franz Zeilner BA, Geb. 13.09. 1953
MatrikelNr. 8156312**

Inhaltsverzeichnis

1 EINLEITUNG, THESE UND FORSCHUNGSLEITENDE FRAGEN, DERPOLITIKBEGRIFF DER POLITISCHEN BILDUNG, METHODE DER BEARBEITUNG UND GLIEDERUNG DER ARBEIT	9
1.1 Einleitung.....	9
1.2 These und forschungsleitende Fragen.....	13
1.2.1 These	13
1.2.2 Forschungsleitende Fragen	13
1.3 Der Politikbegriff im Bereich der Politischen Bildung	14
1.4 Methode der Bearbeitung und Gliederung der Arbeit.....	15
2 GRUNDLEGENDES ZUR POLITISCHEN BILDUNG.....	18
3 POLITISCHE PARTIZIPATION.....	23
3.1 Grundlegendes	23
3.2 Aktuelle Begriffe und Überlegungen im Bereich der Wissenschaft zum Thema politische Partizipation ..	24
3.3 Politische Partizipation nach Max Kaase	28
3.3.1 Mögliche Formen politischer Beteiligung nach Kaase und Barnes (Übersicht)	29
3.4 Neue soziale Bewegungen zur Förderung politischer Partizipation.....	30
3.4.1 Grundlegendes.....	30
3.4.2 Individuelle und kollektive Freiheiten als Voraussetzung für zivilgesellschaftliche Partizipation: Wesentliche Rechtsnormen	31
3.4.3 Gewährleistung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen: Relevante Rechtsnormen	33
3.4.4 Moderne Möglichkeiten politischer Partizipation.....	36
3.4.4.1 Grundlegendes	36
3.5 Die Entwicklung der politischen Partizipation in Österreich nach 1945	41
3.5.1 Grundlegendes.....	41
3.5.2 Ein Wandel im Bereich der politischen Kultur	43
3.5.2.1 Der Wandel im Bereich der politischen Kultur in Zeiträumen.....	46
3.5.2.2 Forschungen im Bereich Political Leadership: Verbesserungsmöglichkeiten der politischen Kultur?	47
4 DAS POLITIKINTERESSE.....	48
4.1 Grundlegendes zur politischen Einstellung und Motivation	48
4.2 Die Festlegung bzw. die Beschreibung des politischen Interesses.....	49
4.2.1 Grundlegendes.....	49
4.2.2 Aspekte bei der Festlegung des politischen Interesses.....	49
4.2.3 Der Zusammenhang Politische Bildung und Politikinteresse	51

5 POLITISCHE BILDUNG UND POLITISCHE LERNPROZESSE IM KONTEXT DES ÖSTERREICHISCHEN SCHULSYSTEMS 52

5.1	Historisches zum Unterricht in Politischer Bildung in der Zweiten Österreichischen Republik	52
5.1.1	Grundlegendes.....	52
5.1.2	Die Zeit nach 1945	53
5.1.3	Die 1950er und die 1960er Jahre	55
5.1.4	Die 1970er Jahre	59
5.1.5	Die 1980er und die 1990er Jahre	63
5.1.6	Das 21. Jahrhundert.....	65
5.2	Grundlegendes zur politischen Bildung im österreichischen Schulbereich	68
5.2.1	Das Recht auf Bildung als soziales Grundrecht.....	68
5.2.2	Sozialisationsfelder für Politische Bildung und der Beginn politischer Lernprozesse	69
5.2.2.1	Sozialisationsfelder für Politische Bildung.....	69
5.2.2.2	Der Beginn politischer Lernprozesse	70
5.2.3	Die derzeitige Situation des Politikunterrichtes bzw. der politischen Bildung an österreichischen Schulen	73
5.2.3.1	Grundlegendes	73
5.2.3.2	Konkrete Lehrpläne (Auswahl).....	73

6 DIE KOMPETENZORIENTIERUNG IM BEREICH DER POLITISCHEN BILDUNG . 81

6.1	Grundlegendes zur Demokratieerziehung	81
6.2	Mehr Demokratie in der Schule als ein Ziel der Politischen Bildung	84
6.2.1	Das Deliberationsforum: eine neue Form des politischen Lernens in der Schule.....	84
6.2.2	Die Zukunftswerkstatt: mehr Demokratie wagen in der Schule.....	85
6.2.3	Politische Planspiele.....	85
6.3	Die Europapolitische Bildung.....	86
6.4	Das österreichische Kompetenzmodell für Politische Bildung	87
6.5	Die vier zu erwerbenden politischen Kompetenzen (Methoden-, Urteils Sach- und Handlungskompetenzen).....	88
6.6	Die Lernkorridore für den Erwerb der politischen Kompetenzen einschließlich der Europapolitischen Bildung	89
6.7	Die Teilkompetenzen der Politischen Bildung.....	91

7 POLITISCHE PARTIZIPATION IM SCHULBEREICH 93

7.1	Grundlegendes	93
7.2	Außerschulische Formen der politischen Partizipation	94
7.3	Beteiligungsmöglichkeiten an der Politik im Rahmen der Europapolitischen Bildung	95
7.4	Politische Partizipation Jugendlicher im Internet.....	96
7.5	Ein Modell: Die fünf Stufen der Partizipationspyramide.....	96
7.6	Jugendpartizipation unter dem Blickwinkel von Geschlecht und Migration.....	98

7.7	Ein Beteiligungsscheck für Möglichkeiten politischer Partizipation.....	99
8	DIE BEDEUTUNG DER MEDIEN FÜR DIE TEILNAHME AN DER POLITIK BZW. DER POLITISCHEN BILDUNG	101
8.1	Grundlegendes zur Demokratie	101
8.2	Die Reichweite von Medien am Beispiel ausgewählter österreichischer Tageszeitungen (Reichweite (RW) in % im Jahre 2010/2011	106
8.2.1	Tageszeitungen	106
8.2.2	Wochenzeitungen	106
8.3	Die größten Medienunternehmen in Österreich	107
8.4	Political Leadership aus journalistischer Sicht am Beispiel Österreich	108
9	DIE DEMOKRATISCHE UND DEMOKRATIETHEORETISCHE BEDEUTUNG DER POLITISCHEN PARTIZIPATION: DEMOKRATIEQUALITÄT UND DEMOKRATISIERUNG.....	112
9.1	Einstellungen zur Demokratie (Europäische Wertestudie)	112
9.2	Grundlegendes zur Demokratiemessung	113
9.3	Demokratie und Demokratiemessung in der Schule	118
9.3.1	Grundlegendes zu Demokratie und Schule	118
9.3.2	Die Instrumente zur Erfassung der Demokratiequalität im Schulbereich	119
9.3.2.1	Grundlegendes	119
9.3.2.2	Die zwei Erhebungsinstrumente zur Erfassung der Demokratiequalität im Schulbereich	121
9.3.3	Parameter für eine moderne demokratische Schule	124
9.3.4	Das Instrument zur Orientierung, wie und in welche Richtung sich eine Schule im Hinblick auf Demokratie in der Schule weiterentwickeln könnte	125
9.3.4.1	Grundlegendes	125
9.3.4.2	Mögliche Mittel und langfristige Ziele	125
9.3.4.3	Mögliche Ziele für das erste Schuljahr	127
9.3.4.4	Möglichkeiten zur Verbesserung der österreichischen Demokratiequalität einschließlich des Schulbereiches (Auswahl)	127
10	STUDIEN BZW. UNTERSUCHUNGEN ZU DEN THEMEN POLITISCHE PARTIZIPATION UND DEN WICHTIGSTEN THEMEN FÜR DIE POLITIK (AUSWAHL)	129
10.1	Das Thema politische Partizipation: Interview an einer Bundeshandelsakademie in Niederösterreich (Mai 2012)	129
10.2	Das Thema politische Partizipation: Partizipationsbegriff, Stufen und Qualität von Beteiligung.....	132
10.3	Die wichtigsten Themen für die Politik (2007).....	133
10.4	Die wichtigsten Themen im Bereich der Politik: Befragung von Schüler/innen einer HTL (November 2013)	133
10.5	Eine Vergleichsstudie 2007: Veranschaulichung von Ergebnissen einer Umfrage hinsichtlich der gewünschten Themen von Jugendlichen	137

11 ZUSAMMENFASSUNG, BEMERKUNGEN	141
12 FORSCHUNGSLEITENDE FRAGEN.....	146
13 ABSTRACT	I
14 ANHANG: DOKUMENTE IN KOPIE.....	II
15 VERWENDETE LITERATUR	XIV
16 LEBENSLAUF.....	XXIX

**„DEMOKRATIE IST EINE HERRSCHAFT, DIE AUS DEM VOLK
HERVORGEHT, DIE DURCH DAS VOLK UND IM INTERESSE DES
VOLKES AUSGEÜBT WIRD“.**

(A. Lincoln)

**„DEMOKRATIE IST ETWAS, WAS JEDEN TAG AUFS NEUE
ERKÄMPFT WERDEN MUSS“.**

(J.F. Kennedy)

1 EINLEITUNG, THESE UND FORSCHUNGSLEITENDE FRAGEN, DERPOLITIKBEGRIFF DER POLITISCHEN BILDUNG, METHODE DER BEARBEITUNG UND GLIEDERUNG DER ARBEIT

1.1 Einleitung

Die gegenständliche Arbeit mit dem Titel „Politische Bildung als Instrument zur Verbesserung der politischen Partizipation, des Politikinteresses und der Demokratiequalität“ ist besonders fokussiert auf den Politikunterricht für Kinder und Jugendliche im Sozialisationsfeld Schule. Die aufgestellte These „Politische Bildung ist ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der politischen Partizipation, des Politikinteresses und der Demokratiequalität“ wurde im klaren Zusammenhang mit sechs forschungsleitenden Fragen untersucht, wobei die vielen politischen Partizipationsmöglichkeiten, das Politikinteresse und die Rolle der (Massen) Medien in diesem Kontext von besonderer Relevanz waren. In einer Mediendemokratie ist die Medienqualität auch unabdingbar für die Demokratiequalität.

Die Hintergründe politischer Lernprozesse, politischer Partizipation und Politischer Bildung zeigen ein facettenreiches Erscheinungsbild mit wichtigen Aufgaben und lassen für die Gegenwart und die Zukunft entscheidende Herausforderungen erkennen, die in klaren politischen und gesellschaftspolitischen Zusammenhängen stehen. Politische Bildung setzt sich mit politischen Fragestellungen der Gegenwart, ihren historischen Zusammenhängen und den Möglichkeiten der Einflussnahme auf politische Entscheidungen auseinander, die vielfach aber sehr eingeschränkt sind. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung individueller Kompetenzen und für die Sicherung und Weiterentwicklung demokratischer Werte bzw. der Demokratie und der Menschenrechte, die als miteinander verflochtene Konzepte verstanden werden sollen, weil sie in Kombination humane Rechtsstaatlichkeit bewahren können. Besonders in einer Welt, die durch zunehmende Komplexität, wie etwa durch die Globalisierung, in vielen Lebensbereichen gekennzeichnet ist, ist das von besonderer Relevanz. Ein besonderer Schwerpunkt der Forschung fokussierte auch die verschiedenen Bereiche politischer Partizipation im Kontext historischer

Entwicklungen bzw. Veränderungen im Bereich der politischen Kultur in Österreich. Der Partizipationsbegriff ist hier grundsätzlich weit gefasst und bezieht sich sowohl auf die politische als auch auf die bürger/innenschaftliche und die soziale Beteiligungspraxis im Bereich der Politik. Bei Schüler/innen bzw. bei Kindern und Jugendlichen sind die Bereiche der schulischen und der außerschulischen politischen Beteiligung wesentlich und klar zu unterscheiden. Die demokratische und demokratietheoretische Bedeutung der politischen Partizipation ist ein grundsätzlich aktuelles und wichtiges Thema, das besonders auch im österreichischen Schulbereich, hier besonders im Politikunterricht, von Relevanz ist. Politische Partizipation trägt grundsätzlich zur Verbesserung der politischen Kultur und der Demokratiequalität bei. Es gab deshalb in Österreich bereits ab den 1960er Jahren Maßnahmen, die zur Verbesserung der politischen Kultur und zur Verbesserung der Demokratiequalität führten. Die Wiedereinbindung der Jugend in politische Prozesse war damals das Thema, das dann in den 1970er Jahren in ein zentrales Konzept der Politischen Bildung mündete. Die Umsetzung dieses Konzepts konzentrierte sich von Anfang an auf drei Bereiche, das waren die klassischen politischen Parteien, die Einrichtungen der Erwachsenenbildung und im Besonderen die schulischen Institutionen. Im Bereich der schulischen Institutionen bzw. im österreichischen Schulsystem entwickelte sich historisch betrachtet der „Politikunterricht“ von der Bürgerkunde zur Staatsbürgerkunde zur Politischen Bildung und mittlerweile zur Demokratiepolitischen Bildung bzw. Education für Democratic Citizenship. Diese Bezeichnung ist vorläufig nur eine Empfehlung des Europarates, aber mit bedeutender Wertung der Demokratie, die im traditionellen Verständnis eine Regierungsform und ein politisches System ist. Demokratie ist aber auch eine Lebensweise bzw. sollte eine solche sein. Demokratie und Demokratieerziehung sind im Bereich Politischer Bildung auch von besonderer Relevanz. Wird das Interesse der Schüler/innen an Politischer Bildung gefördert bzw. verbessert, werden grundsätzlich auch die Demokratiequalität und das Demokratiebewusstsein verbessert. Für das Interesse an der Politik und dem Politikunterricht, sind auch „Anknüpfungspunkte“ bzw. politische Inhalte zur realen Lebenswelt der Jugendlichen wesentlich, weil sie besonders das Politikinteresse positiv beeinflussen. Grundsätzlich gibt es aber keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Demokratiequalität und Demokratiebewusstsein und dem Ausmaß politischer Beteiligung. Politische Partizipation bzw. Beteiligung und

Demokratiequalität können aber gemessen werden. Nicht nur durch die Wahlbeteiligung, sondern darüber hinaus auch durch andere Parameter, die in der vorliegenden Arbeit auch aufgezeigt werden. Vier Faktoren bzw. Parameter sind in diesem Zusammenhang grundsätzlich von besonderer Relevanz, das sind die Lebenszufriedenheit, die Demokratiezufriedenheit, der Nationalstolz und die politische Identität. Politische Partizipation ist auch ein Erfahrungsprozess, in dem alle daran beteiligten Personen viel lernen können. Nicht nur für Schüler/innen gilt der Grundsatz „Partizipieren lernt man durch Partizipation“. Die Kompetenzen die sich dadurch langfristig entwickeln sollten, sind im Bereich der Politischen Bildung, in der Bildung für nachhaltige Entwicklung und im Rahmen der Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen, die für den Politikunterricht im Kompetenzstrukturmodell festgeschrieben sind, von besonderer Wichtigkeit.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist „Demokratieerziehung“ ein Kernbereich der „Politischen Bildung“ geworden, besonders mit den Zielen der „Demokratiefähigkeit“ und der „Demokratiekompetenz“. Mit der Ausbreitung von Demokratie gewinnt auch die Frage der Qualität von Demokratie an Bedeutung. Was ist Demokratie eigentlich? Bis zu einem gewissen Grad lässt sich das mit der Beantwortung der Frage - *„Was ist die Qualität von Demokratie?“* - erschließen. Für eine nachhaltige Entwicklung von Demokratien erscheint es notwendig, dass diese ihre Qualität verbessern können - mit dem daran gekoppelten Versuch - Demokratiequalität konzeptionell und methodisch zu fassen. Es ist sinnvoll hier drei Fragestellungen zu fokussieren, die auch für den Politikunterricht interessant sind: Erstens die Möglichkeiten der Bestimmung bzw. der Messung von Demokratiequalität, zweitens die Möglichkeiten der Bestimmung bzw. der Messung von Österreichs Demokratiequalität im globalen Kontext und drittens die Reflexion von Implikationen für Politische Bildung.

In der Gegenwart sind auch viele neue Aufgaben im Bereich der Politischen Bildung entstanden, die erst bewältigt werden müssen. Für viele neu entstandene Problemstellungen sind vielfach noch keine klaren Lösungen vorhanden. Auf diese Entwicklungen muss die Politik, besonders die Schulpolitik in Österreich reagieren, weil die Schule ein wichtiger Ort für politische Erziehung bzw. für Politische Bildung ist. Zudem sind auch die Partizipationsformen vielfältiger geworden, weshalb auch eine differenziertere bzw. eine zielgruppenspezifische Betrachtung notwendig ist. Traditionell verbandbezogene Beteiligungsformen haben sich verringert, thematisch

fokussierte bzw. webbasierte, hierarchische, auch personenbezogene, Formen haben dagegen teils hohe Sympathiewerte bei Jugendlichen erreicht. In vielen Lebensbereichen können Jugendliche aber nur schwer für das Interesse an politischen Inhalten erreicht und motiviert werden. Demokratie in der Schule muss von den Pädagog/innen selbst gelebt und von der Behörde und der Schulleitung auch ermöglicht und forciert werden. Mit einem eigenen Unterrichtsfach Politische Bildung wären in vielen Bereichen der Politik und der Politischen Bildung bzw. der Demokratiepolitischen Bildung sicher wesentliche Verbesserungen zu erwarten. Ein eigenes Unterrichtsfach Politische Bildung wird zur Förderung der politischen Teilnahmemöglichkeiten, des Politikinteresses und der Demokratiequalität unbedingt notwendig werden, wenn man mit Verantwortung und mit Weitblick an zukünftige Generationen denkt.

1.2 These und forschungsleitende Fragen

1.2.1 These

„POLITISCHE BILDUNG IST EIN WICHTIGES INSTRUMENT ZUR VERBESSERUNG DER POLITISCHEN PARTIZIPATION, DES POLITIKINTERESSES UND DER DEMOKRATIEQUALITÄT“

1.2.2 Forschungsleitende Fragen

Im Zusammenhang mit der Bearbeitung der These und dem Hintergrund der Masterarbeit ergeben sich in Ergänzung der zentralen These folgende forschungsleitende Fragen:

- 1) Führen die historischen Entwicklungen im Politikunterricht im österreichischen Schulsystem im Längsschnitt betrachtet zur Verbesserung der politischen Partizipation, des Politikinteresses und der Demokratiequalität?
- 2) Sind im Rahmen des Politikunterrichts für Schüler/innen politische Themen, die auch mit ihrer realen Lebenswelt in Zusammenhang stehen, besonders interessant und für die politische Partizipation, das Politikinteresse und die Demokratiequalität förderlich?
- 3) Sind zur Förderung des Politikinteresses und der Demokratiequalität besonders die Möglichkeiten politischer Beteiligung und ein bestimmter Qualitätsrahmen an Schulen notwendig?
- 4) Ist der gezielte Einsatz von Medien im Politikunterricht besonders förderlich für die politische Partizipation, das Politikinteresse und die Demokratiequalität?
- 5) Wird durch das österreichische Kompetenzmodell bzw. durch den Erwerb der vorgesehenen Teilkompetenzen eine Verbesserung der

Partizipationsmöglichkeiten, des Politikinteresses und der Demokratiequalität erreicht?

- 6) Würde die systematische Einführung eines eigenen Unterrichtsfaches Politische Bildung im österreichischen Schulsystem die Möglichkeiten politischer Partizipation, das Politikinteresse und die Demokratiequalität verbessern?

Als wesentliche forschungsleitende Fragestellung ist es auch notwendig klarzustellen, was Politische Bildung grundsätzlich bedeutet und was sie für Schüler/innen bzw. für Jugendliche im Schulunterricht und in anderen Lebensbereichen bedeutet. Ebenso wie politische Partizipation, Politikinteresse, Demokratiequalität und demokratische Schule definiert werden.

In diesem Zusammenhang ist es auch klar und wesentlich, dass politische Mündigkeit regulatives Ziel der Politischen Bildung ist und daher im Bereich des schulischen Lernens auch angestrebt wird. Die Möglichkeiten und die Qualität politischer Partizipation im Sozialisationsfeld Schule sind daher fundamental für den Erwerb von Kompetenzen für politisches Handeln.

Die im politischen Sinne verstandene Mündigkeit ist erreicht, wenn die Schüler/innen in der Lage und auch Willens sind, politisch autonom und verantwortungsbewusst zu denken, sowie eigenständig und selbstbewusst an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken. Diese Formulierung inkludiert, dass mündige Personen über die für die politische Teilhabe notwendigen Konventionen politischen Denkens und Handelns ohne Anleitung durch Dritte verfügen. Im Verständnis von Schüler/innen wird Politik aber primär „top down“ aus Sicht der Regierenden und weniger „bottom up“ als vom regierten Volk aus verstanden.

1.3 Der Politikbegriff im Bereich der Politischen Bildung

Politische Bildung ist ein Politikbegriff zu Grunde gelegt, der analytisch drei Dimensionen unterscheidet:

- Formale Dimension (polity): Der institutionelle Rahmen.
Die in der Verfassung festgelegte Struktur des politischen Systems. Im Sinne von Regelungsmechanismen geht es dabei um Verfassungsregeln, Gesetze und Rechtsnormen, politische Institutionen usw.
- Inhaltliche Dimension (policies): Die einzelnen Politikfelder. Die Sachbereiche der Politik. Umfasst im Sinne von Gestaltung politische Sachprobleme, Programme, Ziele, Lösungen, Ergebnisse der Politik usw.
- Prozessuale Dimension (politics): Der politische Prozess, d.h. die Umsetzung von Interesse in politische Entscheidungen. Sie bezieht sich im Sinne von Durchsetzung auf politische Akteure, auf Beteiligte, auf Betroffene, auf Konflikte, auf Konsens, auf Kampf, auf Machtausübung, auf Beschaffung von Legitimation, auf Entscheidungsprozesse, auf Interessen und ihre Durchsetzung usw. (Filzmaier 2007, S 6).

1.4 Methode der Bearbeitung und Gliederung der Arbeit

Für die vorliegende Arbeit wurden sowohl qualitative als auch quantitative Methoden angewendet, d.h. die Dualität zwischen qualitativer und quantitativer Forschung war von Relevanz im Forschungsbereich. Es wurden dabei auch erkenntnistheoretische Annahmen und epistemologische Prozesse realisiert (Bühner/Ziegler 2009, S 1 ff; vgl. auch Bortz 2005).

Die Anwendung qualitativer Methoden war überwiegend, die aber keinen Anspruch auf statistische Repräsentativität erheben, sondern vielmehr inhaltliche Repräsentativität anstreben. Bei dem von mir durchgeführten Interview mit einem Schüler einer Bundes-handelsakademie in Niederösterreich wurde als qualitative Methode das leitfadengestützte Experteninterview angewendet, ein halbstrukturiertes Interview, das besonders geeignet war, Einstellungen, Meinungen, Orientierungen, Denkweisen, Wissen, Interessen usw. zu erfassen. Zudem wurden Befragungen von eigenen Schüler/innen durchgeführt und auch Ergebnisse eigener Evaluierungen bzw. von Diskussionen für die gegenständliche Arbeit verwendet. Im Bereich des Literaturstudiums war die kritische Inhaltsanalyse¹ von besonderer Relevanz, im

¹ Die Inhaltsanalyse ist ein Methodenbündel der empirischen Sozialwissenschaften. Gegenstand ist die Analyse der Inhalte von Kommunikation, die in Form von Texten, wie Büchern, Fachzeitschriften, Internetquellen usw. erfolgte (<http://de.wikipedia.org/wiki/Inhaltsanalyse>, 26.01.2013, Seite 1 von 6).

konkreten Fall der Inhalte von wissenschaftlicher Kommunikation zu den konkreten Forschungsbereichen.

Zudem war auch die „Critical Discourse Analysis“, d.h. eine Methode, die im Wesentlichen Texte aller Art einer quantifizierbaren Analyse unterzieht, wobei besonders der gesamte Bedeutungsinhalt erschlossen wird, relevant. Es ist grundsätzlich ein linguistisches Forschungsprogramm mit großer Theorien- und Methodenvielfalt. In diesem Rahmen waren besonders der historische Kontext, die Interdisziplinarität sowie Intertext- und Interdiskursbeziehungen wesentlich.

Durch Literaturstudium, wie besonders von Büchern, Schulbüchern, Fachzeitschriften, Zeitungen usw. wurden wesentliche Ergebnisse erzielt. Ein wesentliches Forschungsthema waren hier die Möglichkeiten politischer Partizipation im Rahmen Politischer Bildung, das Politikinteresse und die Demokratiequalität sowie die Möglichkeiten, diese zu messen bzw. zu evaluieren. Im Bereich der Schulbücher erfolgten auch Analysen, um das Verhältnis von Geschichte zur Politischen Bildung bzw. von Recht zur Politischen Bildung zu beurteilen. Die Analyse erfolgte hier überwiegend an approbierten Schulbüchern, die ich selbst seit mehr als zwei Jahrzehnten im Unterricht verwendete und verwende. Zudem erfolgte auch eine Untersuchung bzw. Analyse relevanter Rechtsnormen, besonders für politische Partizipation und den Politikunterricht im österreichischen Schulsystem im Kontext des nationalen und des internationalen Rechts. Diese Rechtsnormen sind wesentliche Voraussetzung für politische Partizipation und für die Sicherung demokratischer Werte.

Forschungen im Bereich Demokratie und Demokratiequalität erfolgten überwiegend durch Literaturstudium, aber auch durch Analyse von Statistiken. Es war hier wesentlich, klar zwischen Demokratie und Demokratiequalität grundsätzlich und Demokratie und Demokratiequalität im Schulbereich zu unterscheiden. Grundsätzlich

war hier die Frage relevant, wie sich Demokratie und Demokratiequalität konzeptualisieren lassen. Im Schulbereich waren für die Beurteilung der Frage „Wie demokratisch ist eine Schule?“ bzw. „Wie erfasst man Demokratiequalität an Schulen?“ zwei Erhebungsinstrumente entscheidend. Das war erstens das Erhebungsinstrument zur Erfassung der politischen Partizipation der Schüler/innen und zweitens das Erhebungsinstrument zur Erfassung des Qualitätsrahmens an Schulen. Das sind anders formuliert die Teilnahmemöglichkeiten der Schüler/innen an der Politik und der Schulpolitik, besonders auch Mitspracherechte, Mitentscheidungsrechte usw. und die Voraussetzungen, die an der konkreten Schule selbst vorhanden sein müssen, um von einer demokratischen Schule sprechen zu können.

Die Gliederung der Arbeit erfolgte in einem theoretischen Teil, in dem der historische Teil inkludiert ist. Der historische Teil soll besonders die Entwicklung der Politischen Bildung im österreichischen Schulsystem über viele Jahrzehnte aufzeigen und das historische und auch das aktuelle Verständnis zum Forschungsthema verbessern. Im Kapitel bzw. im Abschnitt Zusammenfassung, Bemerkungen erfolgte besonders die Beantwortung der Master These und der forschungsleitenden Fragen.

2 GRUNDLEGENDES ZUR POLITISCHEN BILDUNG

Politische Bildung ist ein unverzichtbarer Bestandteil jedes demokratischen Staates bzw. jeder demokratischen politischen Kultur. In der österreichischen Demokratie bzw. in der Zweiten Österreichischen Republik, hat Politische Bildung auch das Ziel, dass die Bürger/innen, die in politischer Freiheit leben, aktiv und passiv am öffentlichen Leben teilnehmen. Politische Partizipation zu fördern, ist ein wesentliches Ziel des Politikunterrichtes bzw. der Pädagogik, besonders im Schulbereich (Sander 2007, S 9).

Die Pädagogik war, so wie auch die Politikwissenschaft² und die Geschichtswissenschaft, für die Entstehung der Politischen Bildung ein wesentlicher Wissenschaftsbereich. Diese Fächer sind daher, auch für den Unterricht in Politischer Bildung der Gegenwart von zentraler Bedeutung. Zudem sind das aber auch noch andere Fächer, wie besonders die Rechtswissenschaft, die Staatswissenschaft usw. ([http://lexikon.freenet.de/Politische Bildung](http://lexikon.freenet.de/Politische_Bildung), 14.06.2013, S 1 von 5).

Die Politikwissenschaft erschloss sich dann mit anderen Disziplinen, wie der Soziologie, der Geschichtswissenschaft, der Rechtswissenschaft usw. einen interdisziplinär angelegten Untersuchungsgegenstand, der über den Staat und seine Institutionen als Forschungsgegenstand hinausreicht. Dadurch sollen besonders auch Zusammenhänge von politischen Ereignissen klarer bzw. besser verständlich werden. Das ist auch ein definiertes Ziel der Politischen Bildung, die stets eine besondere Aktualität der Inhalte erfordert (<https://de.wikipedia.org/wiki/Politikwissenschaft>, 14.06.2013, Seite 1 von 14).

² Die Politikwissenschaft, die früher auch als Politologie, Politische Wissenschaft usw. bezeichnet wurde, ist als sogenannte Integrationswissenschaft Teil der modernen Sozialwissenschaften und hat als Inhalte wissenschaftliche Lehren, die Erforschung politischer Prozesse, Strukturen und Inhalte sowie auch politische Erscheinungen und Handlungen des menschlichen Zusammenlebens. Im weitesten Sinne zählt die Politikwissenschaft auch zu den Staatswissenschaften (<http://de.wikipedia.org/wiki/Politikwissenschaft>, 14.06.2013, S 1 von 14).

Für die Politische Bildung waren diese Disziplinen lange Zeit die traditionellen Bezugsdisziplinen. Der Stellenwert der Soziologie, die sich nur wenig für Probleme der Politischen Bildung interessierte, ging allerdings in den letzten Jahren zurück. Deshalb finden soziologisch relevante Inhalte und Perspektiven nur in geringem Ausmaß Eingang in den Diskurs. Eine weitere relevante Entwicklung war die zunehmende Abkoppelung der „Politikdidaktik“ von der Leitdisziplin „Politikwissenschaft“ in Richtung eigenständige Wissenschaft. Politikdidaktik ist besonders für Praktiker/innen des Politikunterrichtes bzw. für Pädagog/innen für die Auswahl der Lehr- und Lerninhalte sehr wesentlich (Bremer et al 2013, S 7).

Die Auswahl der Inhalte im Bereich der³ Politischen Bildung soll es den Schüler/innen auch ermöglichen die Zusammenhänge im politischen Geschehen zu erkennen und zu verstehen. Auch Toleranz und Kritikfähigkeit sollen vermittelt und gestärkt werden. Diese Fähigkeiten werden besonders durch demokratische Spielregeln erlernt und gefestigt, wodurch auch die gesellschaftliche und die politische Partizipation gefördert und gesichert werden (http://lexikon.freenet.de/Politische_Bildung, 14.06.2013, Seite 1 von 5).

Das ist einerseits die Vermittlung von Wissen über Politik, andererseits auch das Erlernen und Einüben bestimmter Fähigkeiten bzw. Kompetenzen. Wichtige Inhalte der Politischen Bildung waren und sind das Wahlrecht, der Parlamentarismus, die Staats- und Regierungsformen, die Menschenrechte, der Rechtsstaat, die Demokratie usw.. Das inkludiert auch demokratische Bildung⁴, die bereits eine weltweite Bewegung ist und Schüler/innen eine größere Entscheidungsfreiheit über die Organisation ihrer Schule und über das Lernen ermöglicht (IDEC, International Democratic Education Conference).

³ Der früher verwendete Begriff politische Erziehung ist durch den vielfachen Missbrauch in totalitären Systemen kaum noch in Verwendung, das gilt besonders für den Schulbereich. Politische Erziehung bedeutete früher auch die Erziehung der Jugend zu politischer Urteilsfähigkeit und zu gesellschaftlicher Verantwortung (Brockhaus 1958).

⁴ Es gibt zwei Säulen demokratischer Bildung. Das sind das selbstbestimmte Lernen und eine Lernumgebung, die auf Gleichberechtigung und gegenseitigem Respekt basiert (European Democratic Education Community).

Demokratische Bildung ist auch eine zentrale bildungspolitische Aufgabe, die das Interesse an der Mitverantwortung für das demokratisch organisierte Gemeinwesen wecken und unterstützen soll. In diesem Bereich hat der Erwerb jener politischen Kompetenzen, die es Schüler/innen ermöglicht, sich in der Politik gut zurechtzufinden und an ihren Prozessen Anteil zu nehmen, oberste Priorität. Die Politische Bildung orientiert sich hier auch an den epochalen, den besonders wichtigen Herausforderungen, wie etwa der Sicherung des (Welt) Friedens, der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, dem Abbau von gesellschaftlich bedingter Ungleichheit, der Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Globalisierung oder auch der Fähigkeit zur Orientierung in einer unübersichtlicher werdenden Informations- und Kommunikationswelt (<http://www.didactics.eu/index.php?id=525>, 04.04.2013, -seite 1 von 1).

Im Alltagsleben ist aber bereits die Begrifflichkeit von Politischer Bildung nicht unproblematisch und erzeugt manchmal sogar Irritationen. Von Lehrer/innen wurde deshalb bereits mehrmals eine Begriffsänderung vorgeschlagen. Als Negativdefinition sollten neue Begriffe sich von einer Parteipolitik und einer Indoktrinierung abwenden, jedoch auch vom Image der Politischen Bildung als Institutionenlehre lösen. Besonders aus der Sicht von Pädagog/innen wäre für Politische Bildung „Demokratie“ als positiv besetztes Wort in einem Unterrichtsfach Politische Bildung und im Unterrichtsprinzip Politische Bildung geeigneter als der polarisierende Wortstamm „Politik“ (<http://www.oezp.at/pdfs/2009-3-04.pdf>, 02.03.2013, S 8 von 15).

Die Bezeichnung Education for Democratic Citizenship ist hier sicher eine gute Lösung, die in der deutschen Sprache dann auch zur Demokratiepolitischen Bildung führte. Education for Democratic Citizenship⁵ kann aber auch mit dem in deutscher Sprache wenig gebräuchlichen Wort „Bürger/innenschaft“ übersetzt werden, das in diesem Zusammenhang sowohl Status als auch Rolle bedeutet. Im weitesten Sinn

⁵ Im traditionellen Verständnis ist Demokratie eine Regierungsform und ein politisches System. Demokratie ist aber im Kontext von Democratic Citizenship weiter gefasst. Hier geht es um die Form des Zusammenlebens in einer Gemeinschaft. In dieser besteht die Freiheit zwischen verschiedenen Problemlösungen zu wählen. Die Grundsätze und Werte der Menschenrechte, die Anerkennung der Menschenwürde, des Pluralismus, der kulturellen Vielfalt und des Vorrangs des Rechts sind besonders wesentlich (http://www.partizipation.at/demo_citizen.html, 20.10.2013, Seite 1 von 2).

bedeutet hier Bürger/in eine in einer Gesellschaft lebende und daran partizipierende Person (http://www.partizipation.at/demo_citizen.html, 20.10.2013, Seite 1 von 2).

Neben Education for Democratic Citizenship ist auch jener der „Europapolitischen Bildung“ ein relativ moderner Begriff des Politikunterrichts. Bereits im sogenannten Zielparagraphen, der auch im historischen Teil der gegenständlichen Arbeit thematisiert ist, wurde festgeschrieben, dass es auch Aufgabe der österreichischen Schulen ist, die jungen Österreicher/innen zu befähigen, am Wirtschafts- und Kulturleben Europas teilzunehmen. Dieser sogenannte Zielparagraph ist § 2 des Schulorganisationsgesetzes, der die wesentliche Grundlage und der gesetzliche Ausgangspunkt für die staatsbürgerliche und die politische Erziehung im österreichischen Schulsystem ist (Akademischer Senat, Jahrbuch der Universität Salzburg 1975 – 1977, S 12).

Darüber hinaus wurde die „Erziehung zu gesamteuropäischem Denken“, basierend auf dem Grundsatzterlass Politische Bildung aus dem Jahre 1978, dann sogar als eines der wesentlichen Anliegen der Politischen Bildung in Österreich erwähnt. Viele Pädagog/innen bzw. politische Bildner/innen sehen die Zukunft der Europäischen Union⁶ in den Jugendlichen der Gegenwart und der Zukunft, von denen sie gestaltet wird bzw. gestaltet werden sollte. Es ist daher wesentlich, dass sich Schüler/innen intensiv mit dem Thema Europäische Union auseinandersetzen und auch diesbezügliche Kompetenzen entwickeln. Die Institution Schule ist für viele Jugendliche nicht nur eine wichtige Sozialisationsinstanz für Politische Bildung bzw. Europapolitische Bildung, sie ist grundsätzlich auch eine wesentliche Informationsquelle im Bereich moderner, aktueller Politik

(<http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinzip/europaerziehung.xml>, 05.10.2013, Seite 1 von 5)

⁶ Das Vertrauen in die europäische Union als eine starke und solide Währungsunion ist derzeit aber beeinträchtigt. Die Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten ist nicht nur im wirtschaftlichen Sektor verankert, sondern auch im kulturellen Austausch, in der Bildung, in der Energieversorgung, dem Klimaschutz usw. Seit einigen Jahren fordert besonders die Finanzkrise die intereuropäische Solidarität heraus. Das sind konkrete Beispiele für die Wichtigkeit der Europapolitischen Bildung (Beutler/Lange (Hrsg.) 2010, S 20).

Die Anwendung des Kompetenzmodells für Politische Bildung in der Europapolitischen Bildung kann bzw. soll bei dieser anspruchsvollen Aufgabenstellung unterstützend wirken. Das Österreichische Kompetenzmodell Politische Bildung umfasst deshalb auch die Europapolitische Bildung

(<http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinzip/europaerziehung.xml>, 05.10.2013, Seite 1 von 5).

3 POLITISCHE PARTIZIPATION

3.1 Grundlegendes

Politische Partizipation ist Basis und Fundament jeder Demokratie. Sie ist ein wichtiger Faktor, damit Demokratie funktioniert. Der Begriff Partizipation hat seine historischen Wurzeln im lateinischen Wort „particeps“, das übersetzt „an etwas teilnehmend“ bedeutet. Es bedeutet Beteiligung, Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung und auch Mitentscheidung (Langenscheidts Großes Schulwörterbuch Lateinisch-Deutsch 1977, S 818).

Im Bereich der Politikwissenschaft wurde der Begriff politische Partizipation etwa bis gegen Ende der 1970er Jahre überwiegend auf die Teilnahme der Bürger/innen an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen⁷ im Rahmen institutionalisierter Beteiligungsformen, wie beispielsweise an Wahlen, Mitgliedschaft in politischen Parteien usw. bezogen. Aktuell kann als Ergebnis der Partizipationsforschung zwischen direkter (unmittelbarer) von indirekter (mittelbarer), legaler von illegaler, verfasster bzw. institutionalisierter von nicht verfasster bzw. nicht institutionalisierter, konventioneller von nichtkonventioneller Form der politischen Partizipation unterschieden werden. Alle diese Unterscheidungsformen im Bereich der politischen Teilnahme sind aber nur demonstrativ und nicht taxativ (Geißel/Penrose 2003, S 4 ff).

Es gibt deshalb noch mehrere unterschiedliche Definitionen für den Begriff „politische Partizipation“. Diese kann sich sowohl auf eine grundlegende politische Richtung als auch auf sehr spezielle Einzelfragen und konkrete Entscheidungen im Bereich der Politik beziehen. Neben den klassischen Formen der politischen Partizipation umfasst das Repertoire weitere sehr vielfältige Aktivitäten, die in der deutschsprachigen

⁷ Diese Beteiligung bzw. diese Teilnahme von Bürger/innen an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen (Lenz/Ruchlak 2001, S 1), gilt auch als wesentliche Voraussetzung und als Bestandteil einer Demokratie und ist deshalb auch ein wesentliches Merkmal jeder Demokratie (Niedermayer 2005, S 192).

Partizipationsforschung besonders im Definitionsmodell von Max Kaase aufgezeigt und in der gegenständlichen Arbeit auch dargestellt werden (Lenz/Ruchlak 2001, S. 1 ff; vgl. auch Niedermayer 2005, S 192 ff).

Unterschiede im Bereich der⁸ Definitionen politischer Partizipation können sich auch durch konkrete Fragestellungen ergeben. Beispielsweise die Fragen, ob die Absicht der handelnden Person politischen Einfluss zu nehmen eine „Conditio sine qua non“, d.h. eine notwendige Bedingung bzw. Voraussetzung der politischen Partizipation ist. Zudem, ob die Freiwilligkeit des Handelnden notwendiger Bestandteil ist und ob auch illegale Handlungen vom Begriff der politischen Partizipation erfasst sind (Geißel/Penrose 2003, S 2 ff).

3.2 Aktuelle Begriffe und Überlegungen im Bereich der Wissenschaft zum Thema politische Partizipation

Im Bereich der Wissenschaft werden zum Thema Partizipation bzw. politische Partizipation mehrere unterschiedliche Begriffe verwendet, die sich teilweise auch überschneiden. Das sind beispielsweise civic education, civil education, citizenship education, education for european citizenship, student voice, Lernen für Demokratie und Zivilgesellschaft usw. (Posch 2006, S 10).

Civic Education ist eine Reaktion auf spezifische gesellschaftliche Probleme, wie etwa Globalisierung, Intoleranz, Rassismus, Kulturverlust, Gender Mainstreaming usw. und soll die Jugend aktiv an die Aufgaben heranzuführen, um die Demokratie und die Gesellschaft bewusst und aktiv mitgestalten zu können. Die Intervention jedes Einzelnen in die relevanten Prozesse des Alltags bzw. die aktive Gestaltung der Lebenswelt ist hier jedenfalls notwendig. Als wesentliches Ziel sollen politisches

⁸ Hier wird auch zwischen normativem und instrumentellem Verständnis politischer Partizipation unterschieden. Das instrumentelle Verständnis umfasst jene Handlungen, die Bürger/innen unternehmen um politische Entscheidungen in ihrem Interesse und zu ihrem Vorteil zu beeinflussen. Normatives Verständnis bedeutet Wahrnehmung der politischen Partizipation über das Mittel zum Zweck der Interessendurchsetzung hinaus als eigenständigen Wert im Sinn partizipativer Demokratie und umfassender gesellschaftlicher und politischer Teilhabe (Schultze 2002, S 635 ff).

Engagement und soziale Kompetenzen gefördert und fundamentale demokratische Prinzipien verstanden werden (Wikipedia: Civic Education).

Die aktive Gestaltung der Lebenswelt und die Förderung kommunikativer Kompetenzen sind auch die beiden zentralen Zielrichtungen von civil education und damit wesentlich für politische Partizipation⁹. Dieser Begriff, der selbständiges oder selbstreguliertes Lernen bedeutet, umfasst ein ähnliches Bedeutungsspektrum wie civic education (Posch 2006, S 10).

Politische Partizipation ist grundsätzlich fundamental für den Erwerb von Kompetenzen für politisches Handeln. Sie ist aber auch eine reale Chance, Ergebnisse politischer Entscheidungsprozesse zu beeinflussen¹⁰. In modernen Demokratien, zu denen auch Österreich zählt, hat aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung Beteiligungsmöglichkeiten. Bei den meisten dieser Beteiligungsmöglichkeiten bzw. Beteiligungsformen dominieren realpolitisch Akteure, die in den (Massen) Medien am häufigsten vertreten sind. Zu diesen Akteuren zählen politische Parteien bzw. deren Vertreter, Regierungen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Kirchen usw. (Filzmaier 2007, S 23).

Im Bereich dieser Thematik sind die Überlegungen bzw. die wissenschaftlichen Publikationen von Sieglinde Rosenberger, wie beispielsweise „Wahlen“, aktuell und

⁹ Im Sinne von civic education bezieht sich der Begriff Partizipation vorrangig auf inhaltliche Aspekte und auf Ziele des Lernens. Der Begriff „selbstreguliertes Lernen“ umfasst dagegen eher den Aspekt der Gestaltung von Lernprozessen. Wesentlich ist es aber jedenfalls didaktische Ansätze zu finden, die eigenständiges Lernen der Schüler/innen und einen Lehrer/innen orientierten Unterricht sinnvoll miteinander koordinieren (Posch 2006, S 10 f).

¹⁰ Politische Anliegen können besonders auf zivilgesellschaftlicher Ebene thematisiert werden. Das sind hier beispielsweise soziale Bewegungen wie Umwelt- und Student/innen Bewegungen mit dem Ziel politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Ausdruck von politischer Beteiligung sind auch öffentliche Meinungsäußerungen wie etwa Leserbriefe, die Teilnahme an Versammlungen und Demonstrationen usw. Besonders das Internet ist in der Gegenwart ein Forum politischer Beteiligung bzw. haben dadurch Menschen die Möglichkeit mit dem gleichen Medium und mit theoretisch gleichen Chancen ihre Meinungen aufzuzeigen und zu veröffentlichen (Filzmaier 2007, S 23).

zielführend. Die Autorin formuliert auch die Frage, inwiefern Bürger/innen überhaupt noch die Möglichkeit haben, sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen, Themen aufzuzeigen bzw. solche zu fokussieren, um Politik mitbestimmen zu können. Partizipationsmöglichkeiten dürfen sich nicht nur auf die Teilnahme an Wahlen beschränken, weil sonst sogenannte Wahldemokratien¹¹ usw. vorhanden wären, in denen politische Entscheidungsträger/innen gewählt und abgewählt werden (Rosenberger 2008, S 11 ff).

In diesem Zusammenhang ist Volkssouveränität nicht als Herrschaft des Volkes zu verstehen, sondern bedeutet Herrschaft durch gewählte Mandatare bzw. gewählte Vertreter/innen. Nach dieser Ansicht bleiben Bürger/innen einer Demokratie Beherrschte. Diese können sich zwar aussuchen, von wem sie beherrscht werden, aber eben nicht wie regiert wird. Wenn man unter Demokratie Selbstbestimmung oder Selbstregulierung versteht, wäre dies im Kontext moderner Wahlen jedenfalls problematisch bzw. auch unvereinbar (Rosenberger 2008, S 11 ff).

Politische Partizipation und dadurch vielfach auch die Demokratiequalität können deshalb nicht nur durch Wahlbeteiligungen usw. gemessen werden, sondern sie stehen auch im Kontext mit den realpolitisch dominierenden Akteuren. Wesentliche

¹¹ Eine „Wahldemokratie“ oder auch „electorial democracy“ ist das einfachste Demokratiemodell. Es fokussiert auf den Prozess der Wahlen bzw. des Wählens, betont die politischen Rechte und ist im Sinne von Mindeststandards zu verstehen, die erfüllt sein müssen, um überhaupt von einer Demokratie sprechen zu können. Im Unterschied zur „Wahldemokratie“ ist die „Liberale Demokratie“ bzw. die „liberal democracy“ die nächste Qualitätsstufe. Bei dieser Demokratieform kommen zu den politischen Rechten („political rights“) entscheidend die bürgerlichen Freiheiten („civil liberties“) hinzu und auch komplexere, anspruchsvollere Formen ihrer Institutionalisierung. Es wird nicht nur das Mindestmaß an Demokratie erfüllt, sondern es wird bereits einer entwickelten, d.h. einer „advanced democracy“, entsprochen. Die Demokratiequalität ist hier bereits sehr hoch (Campbell 2012, S297 f; vgl. auch Campbell/Barth 2009, S 212).

Parameter sind hier die aktive Öffentlichkeit, die passive Öffentlichkeit und die latente Öffentlichkeit¹² (Filzmaier 2007, S 82 f).

Ergänzend zu Peter Filzmaier und Sieglinde Rosenberger sind hier die Ansichten des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Russel J. Dalton für die Bereiche politische Partizipation, Politikinteresse und Demokratiequalität von Interesse. Seiner Ansicht nach können die traditionellen Institutionen der Demokratie, d.h. die politischen Parteien und die Parlamente, die Ansprüche der Bürger/innen nicht mehr ausreichend erfüllen. Deshalb müsse die repräsentative Demokratie mit neuen Formen politischer Partizipation erweitert werden. Dalton behauptet „Mehr Partizipation mache die Demokratie demokratischer“ und verbessere die Identifikation der Bürger/innen mit der Demokratie, was eindeutig auch Politikinteresse und Demokratiequalität inkludiert. Demokratische Resilienz sei eine Frage der Implementation neuer Partizipationsformen, welche auch die bereits entstandene Kluft zwischen Politik und Bürger/innen bzw. der Gesellschaft verringern oder beseitigen (Linden 2012, S 1 ff).

¹² Aktive Öffentlichkeit sind die Mitglieder eines Systems, die mit eigenen Vorstellungen und auch regelmäßig am politischen Prozess teilnehmen. Sie sind auch Quelle der politischen Initiative wie etwa Gründer/innen einer politischen Partei, Kandidat/innen für politische Ämter, aber auch regelmäßige zivilgesellschaftliche Beteiligung, um das politische System aktiv zu beeinflussen. Zur passiven Öffentlichkeit zählen Mitglieder des Systems, die als Beobachter/innen und Wähler/innen sporadisch am politischen Prozess teilnehmen. Gegenüber den Initiatoren leisten sie auch Kontrollfunktion. Die latente Öffentlichkeit wird von den Nichtteilnehmenden gebildet. Sie haben keine Orientierung gegenüber einem zentralen politischen System, weil ihre politische Kultur nur auf ihre Umwelt fokussiert ist (Filzmaier 2007, S 82 f).

3.3 Politische Partizipation nach Max Kaase

Die Definition für politische Partizipation von Max Kaase, dem Universitätsprofessor aus Mannheim, ist besonders in der deutschsprachigen Partizipationsforschung sehr verbreitet. Hier kann politische Partizipation in verschiedener Hinsicht abgegrenzt werden. Durch ihren Politikbezug von der sozialen Partizipation, durch eine mögliche Eingrenzung auf Handlungen von Privatpersonen im Bereich beruflicher Beschäftigungen mit Politik, durch die Absicht der politischen Einflussnahme von reinen Unterstützungs-, Kommunikationshandlungen usw. (Gabriel 2009, S 224 ff).

Politische Partizipation bedeutet nach Max Kaase¹³ im Bereich der empirischen Sozialforschung grundsätzlich die freiwillige Teilnahme an bzw. die Durchführung von Aktivitäten der Bürger/innen, um dadurch politische Entscheidungen im Bereich der Politik zu beeinflussen (Kaase 1995, S 521).

Max Kaase hat auch gemeinsam mit Samuel H. Barnes mögliche Formen politischer Partizipation, die hier in konventionelle und in Formen des Protestes unterteilt werden, aufgezeigt. Barnes und Kaase haben die verschiedenen Formen konventioneller und nicht konventioneller politischer Beteiligung auf informative Weise beschrieben und gemessen (Meyer 2003, S 154; vgl. auch Barnes und Kaase, *Political Action, Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills, London 1979).

¹³ Im Unterschied dazu beziehen sich weitergefasste Bestimmungen politischer Partizipation auch auf die Beteiligung und auf Aktivitäten zur Unterstützung der politischen Führung, das Lesen von politischen Inhalten, die absichtliche Wahrnehmung politischer Informationen. Bei einem sehr weit gefassten Verständnis sind alle Handlungen und Einstellungen mit politischer Bedeutung, die unmittelbar erkennbar oder zu erwarten sind, bereits politische Partizipation. Dazu zählen auch mentale Beschäftigungen mit Politik bzw. mit politischen Themen (Uhlener 2001, S 11078; vgl. auch Gabriel/Völkl 2005, S 523 ff).

3.3.1 Mögliche Formen politischer Beteiligung nach Kaase und Barnes (Übersicht)

Konventionell	Protest
1. Politische Zeitungslektüre	Petitionen
2. Politische Diskussion mit Freunden	Demonstrationen
3. Mitarbeit in örtlichen Projekten	Boykott
4. Mitarbeit in Bürgerinitiativen	Besetzungen
5. Mitgliedschaft in Parteien	Steuerstreiks
6. Kontakte mit Politikern	Blockaden
7. Überzeugungswandel vor Wahlen	Wilde Streiks
8. Teilnahme an Wahlkampagnen	Aktionen zivilen Ungehorsams
9. Teilnahme an politischen Veranstaltungen	
10. Teilnahme an Volksbegehren und Volksentscheiden (Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden)	

Übersicht: Mögliche Formen politischer Beteiligung (Quelle: Samuel H. Barnes/Max Kaase, Political Action, Mass Participation in five Western Democracies).

Bei Schüler/innen muss zu den in dieser Abbildung dargestellten Formen grundsätzlich noch zwischen außerschulischen Formen der Partizipation und jener im Schulbereich unterschieden werden. In den letzten Jahrzehnten erfolgten auch grundsätzlich Änderungen im Partizipationsverhalten Jugendlicher an der Politik. Vor allem ist das Internet zum Forum politischer Beteiligung geworden. Basisdemokratisch und mit theoretisch gleichen Chancen können hier Meinungen veröffentlicht werden. Eine wesentliche Frage ist hier aber immer jene, wie Jugendliche eigentlich vom Partizipationsangebot Gebrauch machen. Nur die Teilnahme an Wahlen ist sicher keine ausreichende Teilnahme an der Politik, das wurde bereits aufgezeigt. Um als partizipierend zu gelten, muss eine darüber hinausreichende Beteiligung erfolgen, wie etwa bei einer (politischen) Bewegung aktiv zu sein. Die Partizipationsmöglichkeiten sind hier vielzählig, aber eben nicht taxativ erfasst (Filzmeier 2007, S 23).

Für die Stabilität einer Demokratie und für soziale Kohäsion bzw. für die Demokratiequalität ist die politische Teilnahme sowohl normativ als auch empirisch von Relevanz. Das wurde durch Studien aufgezeigt wie beispielsweise von Hoskins, von Pattie und von Taskforce on Active Citizenship (Hoskins et al 2006; Pattie et al 2004; Taskforce on Active Citizenship 2007).

3.4 Neue soziale Bewegungen zur Förderung politischer Partizipation

3.4.1 Grundlegendes

Im Zusammenhang mit dem Thema „politische Partizipation“ ist auch die Besonderheit der zivilgesellschaftlichen Partizipation wesentlich. Die Zivilgesellschaft¹⁴ kennzeichnet eine Sphäre kollektiven Handelns und öffentlicher Diskurse, die zwischen Privatbereich und Staat wirksam ist. Sie ist bzw. wird zu einer politischen Forderung im Sinne von mehr Demokratie und wird auch als Bürgergesellschaft bezeichnet (Nohlen 2002, S 1 ff).

Der Begriff Zivilgesellschaft¹⁵ hat jedoch unterschiedliche Konzeptionen. Er bezeichnet innerhalb einer Gesellschaft einen Bereich, der als öffentlicher Raum gesehen wird und der zwischen staatlicher, wirtschaftlicher und privater Sphäre entstanden ist. Man kann hier auch sagen zwischen Staat, Markt und Familie. Hier agieren Menschen als Individuen, in Gruppen und in vom Staat unabhängigen Vereinigungen. Der Organisationsgrad und die Organisationsformen sind aber sehr unterschiedlich und umfassen beispielsweise soziale Bewegungen und Initiativen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Non-Profit-Organisationen (NPO), Verbände, Vereine usw. (<http://de.wikipedia.org/wiki/Zivilgesellschaft>, 28.08.2013, Seite 1 von 3).

¹⁴ Man versteht darunter auch die Partizipation aller Bürger/innen an gesellschaftlichen Entscheidungen im Sinne einer Basisdemokratie oder partizipativen Demokratie, mitunter auch eine „kooperative Demokratie“ (<http://de.wikipedia.org/wiki/Zivilgesellschaft>, 28.08.2013, Seite 2 von 5).

¹⁵ Sie ist ein Bestandteil von Gesellschaft bzw. eine Art von Gesellschaft, die nicht Auswuchs staatlichen Handelns ist. Es agieren und kooperieren hier Einzelpersonen oder gesellschaftliche Gruppen. Zivilgesellschaft bedeutet aber auch eine Entwicklungsrichtung von Gesellschaften, die Zivilisierung und Demokratisierung bedeutet und eine Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie sein soll (<http://de.wikipedia.org/wiki/Zivilgesellschaft>, 28.08.2013, Seite 1 von 5).

3.4.2 Individuelle und kollektive Freiheiten als Voraussetzung für zivilgesellschaftliche Partizipation: Wesentliche Rechtsnormen

Die individuellen und kollektiven Freiheiten, wie etwa die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit, die Vereins- und Versammlungsfreiheit, sind wesentliche Voraussetzungen für zivilgesellschaftliches Engagement. Sie sind im Bereich der politischen Partizipation von erheblicher Relevanz. Artikel 12 Staatsgrundgesetz (StGG) bestimmt, dass österreichische Staatsbürger/innen das Recht haben, „sich zu versammeln und Vereine zu bilden“. Die Ausübung dieser Rechte wird durch Gesetze (z.B. das Vereinsgesetz, das Versammlungsgesetz usw.) geregelt (Walter/Mayer 1992, S 503 f; vgl. auch Art 12 StGG).

Neben dem Staatsgrundgesetz ist besonders die Menschenrechtskonvention (MRK) von erheblicher Bedeutung. Gemäß Artikel 11 Absatz 1 MRK haben alle Menschen das Recht, „sich friedlich zu versammeln und sich frei mit anderen zusammenzuschließen“. Das inkludiert auch das Recht, zum Schutze ihrer Interessen Gewerkschaften zu gründen und diesen beizutreten (Art 11 Abs. 1 MRK; vgl. auch Walter/Mayer 1992, S 504).

Gemäß Artikel 11 Absatz 2 MRK kann die Ausübung dieser Rechte aber gesetzlichen Einschränkungen unterworfen werden, die in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen und öffentlichen Sicherheit, der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Verbrechensverhütung, des Schutzes der Gesundheit und der Moral oder des Schutzes der Rechte und Freiheiten anderer notwendig sind¹⁶ (Walter/Mayer 1992, S 504; vgl. auch VfGH 28.9.1989, B 577/89; EGMR 26.4.1991 Ezelin).

Durch Artikel 11 MRK wurde Artikel 12 Staatsgrundgesetz in der Weise geändert, dass nicht nur österreichischen Staatsbürger/innen, sondern jedem Menschen das Vereins- und Versammlungsrecht gewährleistet ist. Zudem wurde die durch Artikel 12

¹⁶ Weitere gesetzliche Einschränkungen sind zulässig für Mitglieder der Streitkräfte, der Polizei und der Staatsverwaltung. Gemäß Artikel 16 MRK ist auch eine Beschränkung der politischen Tätigkeit von Ausländern möglich (Walter/Mayer 1992, S 504, vgl. auch Art 16 MRK)

Staatsgrundgesetz dem einfachen Gesetzgeber übertragene Kompetenz zur Regelung der Ausübung dieser Rechte, ein „Ausübungsvorbehalt“, durch den Gesetzesvorbehalt des Artikel 11 Absatz 2 MRK beschränkt (Walter/Mayer 1992, S 504).

Neben dem Vereins- und Versammlungsrecht ist im Bereich politischer Partizipation besonders auch die Meinungsfreiheit wesentlich. Zur Meinungsfreiheit bestimmt Artikel 13 Staatsgrundgesetz¹⁷, dass jedermann das Recht hat, „durch Wort, Schrift, Druck oder durch bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern. Die Presse darf weder unter Zensur gestellt noch durch das Konzessionssystem beschränkt werden. Administrative Postverbote finden auf inländische Druckschriften keine Anwendung“ (Walter/Mayer 1992, S 506; vgl. auch Art 13 StGG).

Gemäß Artikel 10 Absatz 1 MRK¹⁸ hat jedermann „Anspruch auf freie Meinungsäußerung. Diese Recht schließt die Freiheit der Meinung und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten oder Ideen ohne Eingriffe öffentlicher Behörden und ohne Rücksichten auf Landesgrenzen ein“. Das ist eine besonders wesentliche Norm für zivilgesellschaftliche Partizipation (Walter/Mayer 1992, S 506; vgl. auch Art 10 Abs 1 MRK).

Unversehrtheit oder der öffentlichen Sicherheit, der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Verbrechensverhütung, des Schutzes der Gesundheit und der Moral, des Schutzes des guten Rufes oder der Rechte anderer unentbehrlich sind, um die Verbreitung von vertraulichen Nachrichten zu verhindern oder das Ansehen und die Unparteilichkeit der Rechtsprechung zu gewährleisten“ (Walter/Mayer 1992, S 506 f).

¹⁷ Ergänzend zu Artikel 13 bestimmt der Beschluss der Provisorischen Nationalversammlung vom 30.10.1918, StGBL 3, dass „jede Zensur...als dem Grundrecht der Staatsbürger widersprechend als rechtsungültig aufgehoben ist“ (Z 1) und dass „die Einstellung von Druckschriften und die Erlassung eines Postverbotes gegen solche...nicht mehr stattfindet. Die bisher verfükten Einstellungen und Postverbote sind aufgehoben. Die volle Freiheit der Presse ist hergestellt“ (Walter/Mayer 1992, S506).

¹⁸ Gemäß Artikel 10 Absatz 2 MRK kann die Ausübung der im Absatz 1 MRK inkludierten Rechte per Gesetz Bedingungen, Einschränkungen, Formvorschriften oder Strafdrohungen unterworfen werden, „wie sie in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen Sicherheit, der territorialen

3.4.3 Gewährleistung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen: Relevante Rechtsnormen

Für Kinder und Jugendliche ist diese Partizipation ebenso wesentlich, sie ist sogar ein Kinderrecht. Die Möglichkeit der Partizipation und Mitbestimmung von Kindern ist ein Grundgedanke im internationalen Recht und vieler nationaler Rechtsordnungen, er zieht sich beispielsweise durch den gesamten Text der Kinderrechtskonvention (KRK). Im klassischen Sinne versteht man unter Partizipation und Mitbestimmung grundsätzlich die Beachtung der Meinung des Kindes (Art 12) in allen sie betreffenden Angelegenheiten, das Recht auf freie Meinungsäußerung (Art 13) und das Wahlrecht (UN-Kinderrechtskonvention 1989).

Das Kinderrecht auf Partizipation ist auch eines der vier zentralen Grundprinzipien, von denen die Kinderrechtskonvention (KRK) der Vereinten Nationen getragen wird. Neben der Schaffung gesicherter Lebensgrundlagen für die persönliche Entwicklung (provision) und den Schutz vor Gewalt (protection), setzt die 1989 verabschiedete UN-Kinderrechtskonvention sogenannte Beteiligungsrechte, welche die politische Teilnahme und Teilhabe inkludieren, als dritten Schwerpunkt (participation). Participation ist auch der jüngste sehr komplexe Themenbereich der weltweit aktuellen und besonders wichtigen Kinderrechtsdebatte, besonders im Rahmen von UN-Weltgipfeln¹⁹ (UN-Kinderrechtskonvention 1989).

Im Bereich der UN-Kinderrechtskonvention (KRK) sind hier besonders zwei Normen von erheblicher Relevanz. Das ist Artikel 12, der sich auf die Achtung vor der Meinung des Kindes und das Recht auf Partizipation bezieht und Artikel 3, der normiert, dass bei politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen die Interessen und Belange der Kinder berücksichtigt werden sollen (Artikel 3 und Artikel 12 Kinderrechtskonvention von 1989).

¹⁹ Beispielsweise lautete die Forderung aus dem Abschlussdokument des Children's Forum beim UN-Weltkindergipfel in New York im Mai 2012: „We see the active participation of children + raised awareness and respected among the people of all ages about every child's right to full and meaningful participation, in the spirit of the Convention on the Rights of the Child, + children actively involved in decision-making at all levels at in planning, implementing, monitoring and evaluating all matters affecting the rights of the child

Konkret lautet Artikel 12 KRK: „Die Vertragsstaaten sichern dem Kind,²⁰ das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigt die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife. Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- und Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden (Artikel 12 UN-Kinderrechtskonvention).

Neben der Kinderrechtskonvention ist in Österreich für Beteiligungsrechte der Kinder das im Jahre 2011 beschlossene „Bundesverfassungsgesetz über die Rechte der Kinder“ wesentlich. In Artikel 4 ist normiert: „Jedes Kind hat das Recht auf angemessene Beteiligung und Berücksichtigung seiner Meinung in allen das Kind betreffenden Angelegenheiten, in einer seinem Alter und seiner Entwicklung entsprechenden Weise“ (Artikel 4 Bundesverfassungsgesetz über die Rechte der Kinder).

Das Recht ab 16 zu wählen (aktives Wahlalter)²¹ ist hier gesondert zu betrachten, es ist im Wahlrecht geregelt. Das Recht, an Volksabstimmungen, Volksbegehren, Volksbefragungen und Europäischen Bürgerinitiativen teilzunehmen, bestimmt sich nach den Regeln des aktiven Wahlrechts für Nationalratswahlen und ist deshalb

²⁰ Der Kinderrechtsansatz definiert Kinder als alle jungen Menschen unter 18 Jahren als eigenständige und selbstberechtigte Persönlichkeiten und stärkt sie auch darin, sich für ihre Rechte einzusetzen und sie auch einzufordern. Im Schulbereich sind hier besonders der Schutz vor Gewalt, das Diskriminierungsverbot usw. wichtig (Artikel 12 KRK).

²¹ Der österreichische Nationalrat hat mit der Wahlrechtsreform 2007 beschlossen, dass das Wahlalter gesenkt wird. Wählen ab 16 Jahren gilt für österreichische Staatsbürger/innen bei folgenden Wahlen: Gemeinderatswahl, Landtagswahl, Nationalratswahl, Bundespräsidentenwahl und Wahlen zum Europäischen Parlament. Bei Wahlen zum Europäischen Parlament und bei Gemeinderatswahlen dürfen auch alle EU-Bürger/innen ab 16 Jahren mit Hauptwohnsitz in Österreich teilnehmen (Bundesministerium für Inneres (10.5.2013); vgl. auch Wählen ab 16 – Polipedia).

ebenfalls ab Vollendung des 16. Lebensjahres am Wahltag möglich (Wahlrecht – HELP.gv.at).

Für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen²² gibt es noch weitere rechtliche Grundlagen. Das sind beispielsweise die Agenda 21, das Weißbuch Jugend der Europäischen Union, die EU-Equal-Programm-Leitlinien und die Europäische Charta des Europarates zur Beteiligung junger Menschen auf kommunaler und regionaler Ebene (http://www.partizipation.at/kinder_und_jugend.html, 29.04.2014, Seite 1 von 2).

Diese aufgezeigten rechtlichen Normen bzw. Bestimmungen enthalten auch einander überschneidende und ergänzende Regelungen. Sie normieren für den Bereich der politischen Partizipation besonders wesentliche Rechte. Das sind neben dem Wahlrecht das Recht der Meinungsfreiheit, der Pressefreiheit und ein Zensurverbot²³. Im Rahmen der Meinungsfreiheit kann jedermann den Inhalt und die Verbreitungsmittel seiner Meinung – das ist eine gedankliche Stellungnahme zu irgendwelchen Fragen wissenschaftlicher, kultureller, politischer, technischer oder sonstiger Art - frei bestimmen. Eine Meinung enthält immer ein Werturteil, sie kann neu sein, aber auch nur die von anderen geäußerte Ansicht wiedergeben (Walter/Mayer 1992, S 507).

²² Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen kann viel Positives bewirken, wie beispielsweise die Förderung demokratischer Kompetenzen, das Erleben von Demokratie, Kontakt mit Politiker/innen und Entscheidungsträger/innen, die generationsübergreifende Kommunikation, Mitgestalten in der Politik bzw. in der Schulpolitik usw. Damit tragen Kinder und Jugendliche zur Stärkung von demokratischen Strukturen bei. Erwachsene müssen ihnen deshalb entsprechende politische Beteiligungsmöglichkeiten einräumen (http://www.partizipation.at/kinder_und_jugend.html, 29.04.2014, Seite 1 von 2).

²³ Die Meinungsfreiheit umfasst alle Ausdrucksmittel wie Wort, Schrift, Druck, Film, Theater. Die Pressefreiheit ist juristisch gesehen ein Sonderfall der Meinungsfreiheit. Die Pressefreiheit ist im österreichischen Rechtssystem durch Artikel 13 Absatz 2 Staatsgrundgesetz und Ziffer 2 des Beschlusses der provisorischen Nationalversammlung vom 30.10. 1918, StGBL 3, besonders verankert. Nach herrschender Lehre bzw. nach der Judikatur, gewährt das Institut der Pressefreiheit einen Schutz in dreifacher Hinsicht. Die Presse darf nicht durch ein Konzessionssystem beschränkt werden, die Presse darf nicht unter Vorzensur gestellt werden und administrative Postverbote finden auf inländische Druckwerke keine Anwendung (Walter/Mayer 1992, S 507 ff)

3.4.4 Moderne Möglichkeiten politischer Partizipation

3.4.4.1 Grundlegendes

Sozialwissenschaftliche Untersuchungen, wie beispielsweise jene von Putnam im Jahre 1995, brachten das Ergebnis, dass ein klarer Zusammenhang zwischen politischer Teilnahme und gesellschaftlicher Integration besteht. Gesellschaftliche Integration verbessert grundsätzlich die Demokratiequalität und kann sich positiv auf das Politikinteresse auswirken (Putnam 1995, S 1 ff).

Personen, die gute Möglichkeiten der politischen Partizipation haben bzw. davon Gebrauch machen, sind auch in Phasen der Individualisierung und der Erosion von Gesellschaften in Netzwerke und in Organisationen eingebunden. Sie entscheiden dadurch auch mit an der Legitimation der repräsentativen Demokratie und deren inhaltlichen Ausrichtungen. Politische Teilnahme ist hier wichtig für das Politikinteresse und die Demokratiequalität (Norris 2002; vgl. auch Verba 2003).

Die organisierte Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaft und mögliche Formen der politischen Beteiligung wurden grundsätzlich bereits dargestellt. Österreich ist aber seit 1. Jänner 1995 auch Mitglied der Europäischen Union (EU), weshalb auch das Thema Partizipation und nachhaltige Entwicklung in Europa von großer Relevanz ist. Hier ist auch die Unterscheidung Zivilgesellschaft, ein Gesellschaftsmodell mit Charakteristika von gewaltfreien, selbstorganisierten und demokratischen Strukturen, und organisierte Zivilgesellschaft wesentlich. Organisierte Zivilgesellschaft nennt gezielt die Interessenvertretungen – die sich als Vereine, NGOs, NPOs, private Stiftungen usw. bekennen – mit rechtlicher bzw. verfassungsrechtlicher Grundlage

(Partizipation: Lexikon der Zivilgesellschaft; vgl. auch <http://www.partizipation.at/736.html>, 28.08.2013, Seite 1 und 2 von 2).

Gender Mainstreaming

Auf Ebene der Europäischen Union versteht man darunter eine Strategie, die zur Erreichung der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern eingesetzt wird. Das gilt natürlich auch besonders für die politische Partizipation. Es werden hier unterschiedliche Lebenswelten aus der Perspektive von Frauen und Männern wahrgenommen und diese Unterschiede in der Politik und in der Planung wahrgenommen. Die differenzierte Geschlechterperspektive wird bewusst zur Norm erklärt (Partizipation: Lexikon der Zivilgesellschaft).

Die Konsultation

Konsultation bedeutet das Einholen von Informationen und auch anderer Rückmeldungen Beteiligter, Betroffener oder auch Expert/innen zu geplanten Vorhaben, meistens vor einer politischen Entscheidung (Partizipation: Lexikon der Zivilgesellschaft).

Lobbyist/in

Lobbying²⁴ besteht aus Informationsbeschaffung, Informationsaustausch und auch aus gezielter Einflussnahme. Meistens eine zielgerichtete Beeinflussung von Entscheidungsträger/innen. Historisch betrachtet verstand man darunter die in der Vorhalle (der Lobby) der Parlamente wartenden Vertreter/innen verschiedener Gruppen, die für Volksvertreter/innen sachspezifische Informationen aufbereiteten und dadurch Vertreter der Politik bzw. die Politik punktuell und tendenziell mitbeeinflussen konnten (Partizipation: Lexikon der Zivilgesellschaft).

²⁴ Eine klare Abgrenzung zwischen Lobbying als Beteiligungsmöglichkeit an der Politik und Korruption ist bisher noch nicht erfolgt, sie ist aber sicher auch nicht einfach. Es gibt hier viele Gemeinsamkeiten und wenig Unterschiede, weil manche Vorteile bzw. Ziele in den Bereichen der wirtschaftlichen und politischen Macht sehr ident sind. Die Grenze zwischen Korruption und Lobbyismus ist kaum sichtbar. Es ist aber Aufgabe der Politik diese Abgrenzung klar zu treffen (Zeilner 2007/2008; vgl. auch www.lobby) Lobbying und politischer Gedankenaustausch sind Thema in Nationalstaaten aber auch in der Europäischen Union. In Brüssel sind die Grenzen zwischen politischen Arbeitsgruppen und Lobbying – Foren nicht klar ersichtlich bzw. fließend. Derzeit listet das Lobbying-Register (Transparenzregister) der EU über 5800 NGOs, Unternehmen, Konzerne, Beratungsfirmen, Denkfabriken, Interessengemeinschaften, Gewerkschaften und Industrieverbände auf. Zudem gibt es auch interfraktionelle Arbeitsgruppen, die Schnittstellen zwischen EU-Abgeordneten, Konzernen und Zivilgesellschaft sind (EU: Lobbying und politischer Gedankenaustausch – Profil Online).

Die Nichtregierungsorganisation (Non-governmental organisation (NGO)

NGOs sind privat gegründete Organisationen, die nicht auf Gewinn ausgerichtet sind bzw. keinen Profit anstreben. Sie bekennen sich zu Öffentlichkeit und zu Transparenz und übernehmen selbst organisiert in speziellen Themenbereichen Verantwortung für die Gesellschaft. Die meisten NGOs haben die Rechtsform eines Vereins, der Begriff selbst hat aber keine Gesetzesgrundlage. Die bekanntesten NGOs sind sicher Greenpeace, Global 2000, SOS Kinderdorf, die Freien Radios, Amnesty International usw. Im Rahmen von NGOs entstehen viele Möglichkeiten politischer Partizipation der Bürger/innen wobei hier bereits auch Schüler/innen einzubeziehen sind bzw. eine Thematisierung im Unterricht erfolgen soll (Partizipation: Lexikon der Zivilgesellschaft).

Es entsteht hier aber auch vielfach der Wunsch nach Verortung politischer Macht in konkreten, amtierenden politischen Persönlichkeiten. Begründet wird dies durch zunehmende Unübersichtlichkeit bzw. durch Komplexität der Politik durch ökonomische und kulturelle Globalisierung, sowie auch durch Internationalisierung politischer Gemeinwesen wie etwa im Bereich der Europäischen Union. Gleichzeitig besteht aber der Wunsch nach aktiver Politikgestaltung bei den Bürger/innen. In der Politikwissenschaft ist diesbezüglich bereits Interesse vorhanden „Political Leadership“ in zivilgesellschaftlichen Institutionen (NGOs), nicht nur im Bereich individueller Political Leadership, sondern vermehrt im Bereich kollektiver Political Leadership zu erforschen (http://de.wikipedia.org/wiki/Political_leadership, 29.04.2014, Seite 2 von 3).

NGO-compact

NGO-compact bedeutet eine Vereinbarung zwischen dem Staat und den Organisationen der Zivilgesellschaft. Diese Vereinbarung regelt Zweck und Form der Einbindung in die Politikmitgestaltung einer Regierung (Partizipation: Lexikon der Zivilgesellschaft).

Non-profit organisation (NPO)

NPOs sind nicht am Gewinn orientierte Organisationen. Sie können sowohl privat gegründet werden wie etwa als Verein oder auch vom Staat als Organisation der Gemeinwirtschaft.

Diese Organisationen definieren sich daher in Abgrenzung zur gewinnorientierten Marktwirtschaft. Sie agieren zivilgesellschaftlich und in der Marktwirtschaft (Partizipation: Lexikon der Zivilgesellschaft).

Der soziale Dialog

Der soziale Dialog bezeichnet das Beratungssystem zwischen Institutionen und Sozialpartnern eines Landes. Auf Ebene der Europäischen Union bedeutet er eine Festlegung sozialer Standards in Fragen von Arbeitsbeziehungen. Vom sozialen Dialog sind Diskussion, Konsultation, Verhandlung und gemeinsame Maßnahmen der Sozialpartner umfasst, er kann sektoral auf Branchenebene, als zweiseitiger Dialog branchenübergreifend zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaftsorganisation oder auch als dreiseitige Konzentrierung, wenn auch öffentliche Stellen beteiligt sind, erfolgen. Die Sozialpartnerschaft beruht grundsätzlich auf der Überzeugung, dass Interessenkonflikte durch Dialog gelöst werden können, aber auch dass zwischen wirtschaftlichen und sozialen Interessen ein Ausgleich durch Kompromiss herbeigeführt werden kann (Partizipation: Lexikon der Zivilgesellschaft).

Der zivile Dialog

Ziviler Dialog bedeutet die Beratung von Regierungen mit Organisationen der Zivilgesellschaft zum Zwecke der Politikgestaltung. Vom zivilen Dialog sind Konsultation durch festgelegte Mindeststandards, öffentliche Anhörungen, schriftliche Stellungnahmen und auch Internetportale umfasst. Hier haben sich auch die EU Mitgliedstaaten verpflichtet, mit Organisationen der Zivilgesellschaft einen offenen, transparenten und geregelten Dialog zu führen (Partizipation: Lexikon der Zivilgesellschaft).

Der Dialog kann dabei „top down“ erfolgen, wenn beispielsweise eine Regierung zur Konsultation einlädt, oder „bottom up“ als Forderung von Organisationen auf Einhaltung des Rechts zur Mitgestaltung eines Politikbereiches. Der zivile Dialog erhielt im Reformvertrag der EU eine klare Aufgabe. Er soll die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger/innen an der Politik stärken. Im Unterschied zum sozialen Dialog, der mit Sozialpartnern und Gewerkschaften erfolgt, bezieht sich der zivile Dialog aber auf den Dialog mit der Zivilgesellschaft, der auch viele unterschiedliche Interessengruppen einbezieht und mitunter auch erst identifizieren muss (www.partizipation.at/eu_zivilgesellschaft.html).

Bei allen möglichen Formen politischer Partizipation können sich Bürger/innen auch bzw. nur darauf beschränken, die Politik der Akteure kritisch und mit Kompetenz zu verfolgen bzw. zu begleiten, besonders sollten sie diese aber genau kontrollieren. Im Rahmen der Politischen Bildung erworbene Kompetenzen sind hier von besonderer Wichtigkeit und sollen auch zur Erkenntnis führen, dass Gewalt für Menschen, die in Demokratien leben, grundsätzlich kein Mittel für politische Auseinandersetzungen ist (Breit/Frech 2010, S 37 f).

3.5 Die Entwicklung der politischen Partizipation in Österreich nach 1945

3.5.1 Grundlegendes

Bildung und Erziehung stehen im gesellschaftlichen Kontext, was natürlich besonders für die Politische Bildung gilt. In diesem Kontext haben demokratische Staaten großes Interesse an der politischen Einstellung ihrer Bürger/innen, die demokratisch gesinnt sein sollten. Besonders seit der Gründung der Zweiten Österreichischen Republik im Jahre 1945²⁵ stehen deshalb auch Fragen der „Erziehung zur Demokratie“ im Zentrum des Politikunterrichts. Die Entwicklung verlief anders als in Deutschland mit der re-education, die hier von den Alliierten nicht als notwendig erachtet wurde und eine unbeabsichtigte Verzögerung von Entwicklungen im Bereich des Politikunterrichtes zur Folge hatte (Goethe Universität – Demokratie und Erziehung; <http://www.fb03.uni-frankfurt.de/43341755/demokratie-und-erziehung>, 15.04.2014, Seite 1 von 1).

Durch die Besatzungszeit begann für Österreich die Periode der eingeschränkten Souveränität, die von 1945 bis 1955 dauerte. Das österreichische politische System hatte in diesem Zeitraum eine Konzentrationsregierung bzw. Allparteienregierung und eine große Koalition als Regierungsformen (Zöllner/Schüssel 1985, S 251 ff).

Nach Erhalt des Staatsvertrages am 15. Mai 1955 und der dadurch wieder erlangten vollen Souveränität war dann auch die Fortsetzung der großen Koalition bis zum Jahre 1966 bzw. einer permanenten Koalition von 1955 bis 1966 wesentlich für die politische Situation. Von 1966 bis 1970²⁶ war die Alleinregierung unter Joseph Klaus, der ab 1970

²⁵ Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann für Österreich eine zehnjährige Besatzungszeit durch die vier Besatzungsmächte, die bis zum Jahre 1955 dauerte. Mit dem Beginn der Zweiten Österreichischen Republik im Jahre 1945 entstand erstmals auch ein Österreichbewusstsein, d.h. es entstand eine österreichische Nation und damit auch ein bestimmtes Nationalbewusstsein, das grundsätzlich auch für das Politikinteresse und für die politische Beteiligung wichtig ist. Es begann damals ein Bewusstwerdungsprozess* nationaler Besonderheit, vorbereitet schon vor dem Jahre 1938, der dann 1945 beschleunigt wurde. Das Ergebnis war ein deutliches, aber nicht widerspruchsfreies österreichisches Nationalbewusstsein (Bruckmüller 1985, S 520)

²⁶ In Österreich wurden bereits gegen Ende der 1960er Jahre Schritte eingeleitet und auch weiter fortgesetzt, die ein neues Blickfeld eröffneten, das war das Blickfeld der Politischen Bildung. In diesem Zusammenhang sollten auch die Möglichkeiten der politischen Partizipation, angeregt besonders durch die Entwicklungen der deutschen Bildungsreformdiskussion, verbessert werden (Rada 1980, S10).

jene von Bruno Kreisky folgte und die bis 1983 dauerte, die aktuelle Regierungsform (Zöllner/Schüssel 1985, S 251 ff).

Besonders zur Zeit der Alleinregierung unter Joseph Klaus wurden auch „neue soziale Bewegungen populär“. Das waren gesellschaftliche Strömungen und Gruppierungen, die durch die politische Student/innen Bewegung 1968 angeregt wurden und außerhalb des etablierten Parteien- und Institutionensystems politische Agenden verfolgten (Stiftung Bruno Kreisky Archiv: Erinnerungsort Wien; vgl. auch http://www.erinnerungsort.at/thema7/h_thema.htm, 27.08.2013, Seite 1 von 3).

Seit 1945 war in Österreich die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei beinahe selbstverständlich, allmählich erfolgte aber eine Änderung der politischen Kultur durch diese neuen Bewegungen, die dann besonders auch in den folgenden 1970er Jahren festzustellen war. Damals glaubten viele Menschen, dass ihre Interessen durch die politischen Parteien nicht mehr ausreichend vertreten werden. Als Folge schlossen sich viele zu politischen Bewegungen und zu Interessengruppen²⁷ zusammen. Dies erfolgte eben auch außerhalb der vorhandenen politischen Parteien (Gutschner/Rohr 2008, S 52).

Diese Form der politischen Teilnahme war auch von der Überzeugung getragen, mehr tun zu müssen als nur vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Man wollte jedenfalls nun auch außerparlamentarisch auf die Probleme der Gesellschaft aufmerksam machen.

²⁷ In den folgenden Jahren wurden solche Möglichkeiten der politischen Beteiligung zur „Normalität“, die politische Beteiligung der Bürger/innen ging nun auch weit über die Teilnahme an Wahlen hinaus. Die Leistungen der politischen Parteien, die in diesem Jahrzehnt auch „Modellarbeit“ leisteten, die zu politischer Partizipation anregten, waren aber weiterhin sehr wichtig. Neben diese Modellarbeit traten 1972 die Politischen Akademien, die für die Politische Bildung und die politische Partizipation von erheblicher Bedeutung waren und sind (Khol 1982, S 12 f).

Die Politik und auch die Wirtschaft sollten durch eine „Politik auf der Straße“ zu Reaktionen bewegt werden, wozu auch eigene Organisationsformen und Strukturen geschaffen wurden

(http://de.wikipedia.org/wiki/Soziale_Bewegung, 27.08.2013, Seite 1 von 4).

Zudem erhielten auch die Instrumente direkter Demokratie²⁸ einen höheren Stellenwert im Bereich der österreichischen Realpolitik. Ein Beispiel dafür ist die Volksabstimmung* für oder gegen das Atomkraftwerk im niederösterreichischen Zwentendorf im Jahre 1978. Aus dieser Volksabstimmung entstand dann in Folge das Atomsperrgesetz, womit sowohl die Errichtung als auch die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken in Österreich verboten wurde (BGBl. 1978/676).

Neben der Volksabstimmung um Zwentendorf erfolgten weitere basisdemokratische Orientierungen bzw. außerparlamentarische Initiativen. Das waren die Auseinandersetzungen um das geplante Donaukraftwerk Hainburg und das Konrad Lorenz Volksbegehren (Puntschner–Rieckmann 1992, S 419).

3.5.2 Ein Wandel im Bereich der politischen Kultur

Grundsätzlich stehen politische Kultur und Politische Bildung in engem Zusammenhang mit politischer Sozialisation*. Eine klassische Definition für politische Kultur ist „die jeweilige Verteilung von Orientierungsmustern gegenüber politischen Gegenständen“ in einer konkreten Gesellschaft

(<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40358/p>, 30.04.2014, Seite 1 von 3; vgl. auch Almond/Verba 1963, S 1 ff).

Ein Wandel im Bereich der politischen Kultur steht grundsätzlich auch in Zusammenhang mit Entwicklungen im Bereich der Politik bzw. von politischen Parteien. Das betrifft auch das Partizipationsverhalten der Bürger/innen, das in

²⁸ Bereits gegen Ende der 1970er Jahre wurde ein zunehmendes Interesse der Bürger/innen an Instrumenten der direkten Demokratie festgestellt. Die dadurch ermöglichte politische Partizipation war nun mehr individualisiert und problembezogen und ließ auch den Wunsch vieler Menschen nach mehr direkter Mitsprache erkennen (Ucakar 1970, S 146).

Österreich bis etwa Ende der 1960er Jahre überwiegend eine Beteiligung an der Politik durch Teilnahme an Wahlen bedeutete. Gegen Ende der 1960er Jahre, besonders dann aber in den 1970er Jahren, kam es zu einem größeren Umfang im Bereich politischer Partizipation. Aktuell wurden nun besonders Teilnahmeformen²⁹ im Bereich Protest, aber auch informelle Aktionsformen bzw. Beteiligungsformen, die auch zu einer Unterscheidung in konventionelle und unkonventionelle Formen politischer Partizipation führten (Plasser/Ullrich 2002, S 47).

Die unkonventionellen politischen Bewegungen³⁰ bzw. Aktionen waren im Unterschied zu konventionellen bzw. zu traditionellen Interessenvertretungen, wie etwa Gewerkschaften, für alle besonders an der Politik interessierten Menschen offen und daher eine wesentliche Partizipationsmöglichkeit. Durch Formen der außerparlamentarischen Opposition sollten gezielte politische, gesellschaftliche, kulturelle oder ökonomische Reformen in Gang gesetzt, verhindert oder in ihrer Entwicklung beeinflusst werden (Stiftung Bruno Kreisky Archiv: Erinnerungsort Wien; vgl. auch <http://erinnerungsort.at/thema7/h.thema>, htm, 27.08.2013, Seite 1 von 3).

Die Unterscheidung in konventionelle und unkonventionelle Beteiligungsformen hatte auch zur Folge, dass ein Spannungsverhältnis zwischen positiver Bindung an das demokratische bzw. das politische System und der Forderung nach politischem Wandel in das Blickfeld der „Civic-Culture-Forschung“ rückte. Mit der Thematisierung der sogenannten „unruhigen Jugend“ im Zusammenhang mit der 1968er-Bewegung

²⁹ Verwiesen werden kann hier besonders auf eine „Political Action Studie“, die ländervergleichend darauf ausgerichtet war zwischen konventionellen und unkonventionellen Formen politischer Partizipation zu unterscheiden. Nach Plasser und Ullrich wurde zudem als Ergebnis weiterer Studien zwischen grundsätzlich institutionalisierten bzw. nichtinstitutionalisierten Partizipationsformen, formalen und informellen, legalen und illegalen und auch zwischen direktdemokratischen und repräsentativen Formen der politischen Beteiligung unterschieden (Plasser/Ullrich 2007, S 47).

³⁰ In den Sozialwissenschaften wird unter einer sozialen Bewegung bzw. Bewegung ein kollektiver Akteur verstanden, der unterschiedliche Organisationsformen umfasst und mit unterschiedlichen Mobilisierungs- und Handlungsstrategien versucht, gesellschaftlichen Wandel zu beschleunigen, zu verhindern oder auch umzukehren (http://de.wikipedia.org/wiki/Soziale_Bewegung, 27.08.2013, Seite 1 von 4).

und den Protestbewegungen der 1970er-Jahre wurden nun „Generationenkonflikt“, „Emanzipation“, „Soziale Ungleichheit“, „Bildungsreform“ usw. zu politischen Themen (<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40358/p...>, 30.04.2014, Seite 2 von 3).

Bildungsreformdiskussionen führten dann auch zu Veränderungen und zu Verbesserungen politischer Aktions- und Beteiligungsformen. Dazu sollte in Österreich auch das 1978 eingeführte Unterrichtsprinzip Politische Bildung in den Schulen beitragen. Unterrichtsminister Dr. Fred Sinowatz konnte nach Konsenserreichung aller drei damaligen Parlamentsparteien, das waren SPÖ, ÖVP und FPÖ, dieses Unterrichtsprinzip einführen. Dadurch erfolgte auch ein Bruch gegenüber der bisherigen Tradition, weil im gesamten Erlass kein einziges Mal der Begriff „Staat“ vorkommt und an dessen Stelle nun der für die Politische Bildung und die politische Kultur so wesentliche Begriff „Demokratie“ trat (Grundsatzterlass GZ 33.464/6-19a/78 – Wiederverlautbarung mit GZ 33.466/103-V/4a/94).

In den 1980er-Jahren³¹ erfolgte ein weiterer Wandel im Bereich der politischen Kultur in Österreich verbunden mit neuen Partizipationsmöglichkeiten wie etwa Umweltschutzinitiativen usw. Die wichtigsten Formen dieser politischen Bewegungen waren damals Demonstrationen, Petitionen und Versammlungen auf regionaler, aber auch auf internationaler Ebene

(Stiftung Bruno Kreisky Archiv: Erinnerungsort Wien; vgl. auch http://www.erinnerungsort.at/thema7/h_thema.htm, 27.08.2013, Seite 1 von 3).

1995 erfolgte dann der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union (EU) und damit auch eine politische Wende. 66,4 Prozent der Österreicher/innen stimmten mittels

³¹ Besonders 1986 war diesbezüglich für die Weiterentwicklung der österreichischen Gesellschaft ein zentrales Jahr. Damals formierte sich aus den verschiedenen Umweltschutzinitiativen eine neue Wahlpartei, das war die Grüne Alternative. Im Laufe der folgenden Jahre verloren die beiden großen Parteien ÖVP und SPÖ kontinuierlich an Wählerstimmen, die Protest- und Wechselwähler/innen nahmen zu. 1986 wurde auch Jörg Haider Obmann der FPÖ und Kurt Waldheim österreichischer Bundespräsident. In Folge begann sich auch das Ende der Opferthese abzuzeichnen (Gutschner/Rohr 2008, S 55).

Volkabstimmung am 12. Juni 1994 für den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Damit wurde besonders durch Fördermaßnahmen ein wesentlicher Beitrag zur Errichtung einer effizienten Bildungsinfrastruktur im Zeichen lebensbegleitenden Lernens geleistet, wovon auch Bildungsbereiche mit politischen Lehrinhalten profitierten (Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945, S 133).

3.5.2.1 Der Wandel im Bereich der politischen Kultur in Zeiträumen

Der Wandel im Bereich der politischen Kultur in der zweiten österreichischen Republik kann auch in Zeiträume bzw. Stufen eingeteilt werden. Diese Unterteilung bzw. die Übersicht die Haerpfer vorgenommen hat, sieht die historische Entwicklung der Formen politischer Partizipation in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg bzw. mit Beginn der Zweiten Österreichischen Republik in drei Stufen vor. Das ist der Zeitraum von 1945 bis 1969 mit moderner Demokratie und konventionell-institutioneller Partizipation, der Zeitraum von 1970 bis 1988, in dem der Übergang von der modernen zur postmodernen Demokratie erfolgte mit dem Schritt von der institutionellen zur individuellen Partizipation, sowie der Zeitraum von 1989 bis 1995 mit postmoderner Demokratie und individueller, nicht institutioneller politischer Partizipation (Haerpfer 1996, S 426 ff).

Besonders der Schritt zur individuellen Partizipation verbesserte die Möglichkeiten politischer Beteiligung und vielfach auch die Qualität der politischen Kultur. Die politischen Bewegungen, besonders die Jugend- und Studierendenbewegung der 1960er Jahre, waren anfangs grundsätzlich ein Erfolg kleinerer Intelligenzgruppen, die aber nicht die Verursacher der neuen Massenbewegungen³² waren (Bremer et al 2013, S 57 ff).

³² Diese neuen Massenbewegungen waren eine vielschichtige politische Bewegung, die die „herrschenden Verhältnisse“ kritisierte und bekämpfte. Ihr zweifellos vorhandener Erfolg entstand aus der Konvergenz der jungen intellektuellen Bewegungen mit den großen Veränderungen der Alltagskultur, die zuerst in der Rockmusik festzustellen war. In der populären Musik der Beatles wurde sie dann zur Massenerscheinung (Bremer et al 2013, S 57 ff).

3.5.2.2 Forschungen im Bereich Political Leadership: Verbesserungsmöglichkeiten der politischen Kultur?

Im Zusammenhang mit der Qualität der politischen Kultur in Österreich und der Qualität der politischen Führung ist der Begriff Political Leadership aktuell und Forschungen zu diesem Thema interessant geworden. Eine Studie der OEGPW-Sektion Political Leadership brachte diesbezüglich wesentliche Erkenntnisse. Die Studie erfolgte in der Überzeugung, dass ein Erkenntnisgewinn in Fragen der politischen Führung über die enge wissenschaftliche Sphäre hinaus von gesamtgesellschaftlicher Relevanz ist. Besonders im Sinne einer nachhaltigen, an den Menschen orientierten Politik, womit auch ein Beitrag zur Qualität der politischen Kultur in Österreich und der politischen Führung geleistet wurde. „Political Leadership“ steht mittlerweile auch im Zentrum wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Debatten. Für die politische Partizipation, das Politikinteresse und die Demokratiequalität sind hier besonders das Wollen und die Fähigkeit einer Person oder einer Gruppe gesellschaftliche Prozesse nachhaltig zu gestalten, besonders wesentlich. Demokratische Werte haben eine große Bedeutung. Das sind beispielsweise die Einhaltung der Menschenrechte, das Allgemeinwohl vor Eigennutz und die Einbindung der Beteiligten vor Alleingängen (www.political-leadership.co.at).

4 DAS POLITIKINTERESSE

4.1 Grundlegendes zur politischen Einstellung und Motivation

Unter dem Begriff „Einstellung“ versteht man in der Kognitionspsychologie eine beliebige vorbereitende Aktivität, welche dem Denken oder der Wahrnehmung vorausgeht. Grundsätzlich kann eine Einstellung³³ die Qualität einer menschlichen Wahrnehmung verbessern, sie kann diese aber auch hemmen (Solso 2005, S 412).

Im Bereich der Politikwissenschaft versteht man grundsätzlich unter Einstellungen Orientierungen von Menschen gegenüber politischen Objekten die kognitive, das sind Wahrnehmungen und Kenntnisse, affektive/evaluative, das sind Bewertungen und Gefühle, und auch konative, das ist das Handeln, Komponenten umfassen. Motivation ist hier von wesentlicher Bedeutung. Implizite Motive im Bereich der Politik sind beispielsweise politisches Interesse, politisches Selbstbewusstsein, Systemvertrauen und die sogenannten Bürger/innen Tugenden³⁴, die auch die wesentlichen Facetten der Kompetenzdimension Einstellung und Motivation bedeuten und für das Politikinteresse wesentlich sind (<http://www.bpb.de/apuz/148216/die-vier-dimensionen-der-politikkompetenz?p=all>, 21.04.2014, Seite 3 und 4 von 5).

³³ Einstellungen beeinflussen das Denken, das Fühlen, das Handeln und das Urteilen des Menschen, sie sind individuelle Besonderheiten in der Bewertung konkreter Objekte der Wahrnehmung oder des Denkens. Sie sind in diesem Zusammenhang ein kognitives Schema, womit das Wissen über einen Gegenstand repräsentiert und die Verarbeitung von Informationen erleichtert, aber auch erschwert werden kann (Asendorpf 2007, S 254 ff).

³⁴ Bürger/innen Tugenden sind im Bereich der Politikwissenschaft auch in Katalogen festgelegt, sie sind gemeinsinnorientiert, affektiv verankert und auch handlungsmotivierend. Dadurch wird Wissen und Handlungsbereitschaft in konkretes politisches Handeln umgesetzt (Buchstein 1995, S 295 ff)

4.2 Die Festlegung bzw. die Beschreibung des politischen Interesses

4.2.1 Grundlegendes

Als sehr wesentliche Voraussetzung für das tatsächliche politische Engagement gelten einige handlungsbezogene politische Einstellungen. Das sind ganz besonders das politische Interesse und die Überzeugung, selbst etwas politisch verändern zu können. Personen, denen diese Einstellungen fremd sind, beteiligen sich grundsätzlich weniger an politischen Prozessen. Beide Faktoren sind von erheblicher Relevanz und in hohem Maße abhängig von der Bildung und vom Einkommen. Informelles politisches Engagement ist besonders stark bei einkommensstarken Gruppen. Soziale Ungleichheit bei der politischen Partizipation kann die Legitimität demokratischen Regierens negativ beeinträchtigen. Das politische Interesse ist bei sozial benachteiligten Personen grundsätzlich geringer (Bödeker 2012, S 2 ff).

4.2.2 Aspekte bei der Festlegung des politischen Interesses

Bei der Festlegung des politischen Interesses können einige Aspekte unterschieden werden. Das sind:

- Politisches Interesse bedeutet eine selektive Aufmerksamkeit gegenüber politischen Objekten und Ereignissen. Beispielsweise gehört zum politischen Interesse die Einstellung, dass im Vergleich zu anderen Lebensbereichen Politik für einen persönlich von Bedeutung ist.
- Politisches Interesse bewirkt ein Streben, die Inhalte bzw. die Merkmale des Gegenstandsbereichs Politik zu verstehen (<http://www.bpb.de/apuz/148216/die-vier-dimensionen-der-politikkompetenz?p=all>, 21.04.2014, Seite 3 von 5).

Vom politischen Interesse ist das politische Selbstbewusstsein³⁵ zu unterscheiden, welches zwei theoretische Dimensionen umfasst. Das ist erstens die interne politische

³⁵ Politisches Selbstbewusstsein bedeutet im Wesentlichen die Einschätzung der eigenen Fähigkeit, Politik zu verstehen, angemessen zu beurteilen und auch Einfluss auf Politik nehmen zu können. Das Systemvertrauen oder das politische Responsivitätsgefühl bedeutet die Einschätzung, dass die politischen Akteur/innen verantwortlich sind und

Effektivität oder das subjektive politische Kompetenzgefühl und zweitens die extern politische Effektivität oder das politische Responsivitätsgefühl (Niedermayer 2005, S 30).

4.2.3 Der Zusammenhang Politische Bildung und Politikinteresse

Im Zusammenhang Politische Bildung und Politikinteresse ist es wesentlich, dass ein subjektives Interesse an Politik positiv mit dem Interesse am Politikunterricht bzw. an Politischer Bildung korreliert. Interesse an den Unterrichtsgegenständen „Geschichte und politische Bildung“ und „Politische Bildung und Recht“ bzw. an den durch das Unterrichtsprinzip vermittelten politischen Inhalten, fördert die Ausdauer, die Freude und verbessert auch die kognitive Verarbeitung. Lernerfolge wirken sich positiv auf die eigenen Fähigkeiten aus und steigern auch das Selbstwertgefühl der Schüler/innen. Bereits intensive Gespräche über Politik im Unterricht können das eigene Kompetenzgefühl stärken und damit auch das Politikinteresse fördern

(<http://www.bpb.de/apuz/148216/die-vier-dimensionen-der-politikkompetenz?p=all>,

21.04.2014, Seite 4 von 5).

Besonders wird das Politikinteresse aber durch Themen gefördert, die mit der realen Lebenswelt der Schüler/innen in Zusammenhang stehen. Das sind bei Schüler/innen mit hohem Bildungsstand grundsätzlich alle Themen, von denen sie selbst und ihre Familie betroffen sind. Beispielsweise waren das 2013 neben der Familie das Bildungssystem, der Arbeitsmarkt, Energiefragen und die wirtschaftliche Situation (Zeilner 2013).

5 POLITISCHE BILDUNG UND POLITISCHE LERNPROZESSE IM KONTEXT DES ÖSTERREICHISCHEN SCHULSYSTEMS

5.1 Historisches zum Unterricht in Politischer Bildung in der Zweiten Österreichischen Republik

5.1.1 Grundlegendes

Die Entwicklungen im Bereich der politischen Erziehung bzw. der Politikunterrichts lassen sich bis in die Antike, konkret bis ins fünfte Jahrhundert vor Christus zurückverfolgen. Im Mittelalter und in der Neuzeit waren dann besonders die Fürstenspiegel ermahnende und belehrende Schriften. Das Zeitalter der Aufklärung³⁶ brachte die Erziehung zum Staatsbürger, die Nationalerziehung, wo durch Demokratisierungsprozesse damals bereits die politische Sozialisation zu einem fundamentalen Problem des politischen Systems wurde (Zeilner 2011, S 175).

Im 19. Jahrhundert waren dann bereits erhebliche Unterschiede zur Thematik staatsbürgerliche Erziehung bzw. politische Bildung zwischen dem Herrscherhaus und der sogenannten Bildungselite, besonders den Universitätslehrern, in Österreich erkennbar. Ein Beispiel dafür war die Inaugurationsrede von Adolf Exner an der Universität Wien, der Politische Bildung für alle Studierenden als unbedingt notwendig erachtete (Zeilner 2011, S 175).

In Österreich begannen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts³⁷ auch bereits Debatten über die politische Erziehung der heranwachsenden Jugend, um sie für den Staat zu gewinnen. Zwei Grundkonzepte standen sich damals gegenüber. Eines wollte über eine verstärkte religiöse, katholisch-sittliche Erziehung die Loyalität gegenüber dem Kaiserhaus sicherstellen, das andere war jenes der Liberalen mit dem Ziel für

³⁶ Die Epoche der Aufklärung war gekennzeichnet durch den Willen zu politischer Emanzipation durch Vernunft und Bildung. Dazu gehörten auch die Entstehung einer öffentlichen Meinung über Zeitungen, Theater und Klubs und auch bereits die Diskussion politischer Fragen unter Bürgern (Hof 1993, S 213 ff).

³⁷ Zu dieser Zeit befand sich die Schule jedoch im Einflussbereich der Kirche und damit auch die ersten Schritte der Politischen Bildung im Schulbereich (Morawek 2003, S 169).

vermehrte Aufklärung und ethische Unterweisungen über Wesen, Ziele und Aufgaben des Staates (Dachs 2008, S 17).

Die Bürgerkunde³⁸ war damals das relevante Fach zur Umsetzung dieser Ziele und damit das Vorgängerfach für die Staatsbürgerkunde und die Politische Bildung. Die Bürgerkunde sollte besonders Einblick in die Einrichtungen des öffentlichen Lebens und ihre Bedeutung für den Einzelnen und für die Gemeinschaft – anhand der österreichischen Verfassung – vermitteln (Anlage zur Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht vom 1. Juni 1928, S 2).

5.1.2 Die Zeit nach 1945

Während die Alliierten in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg ein „Umerziehungsprogramm“, die sogenannte Re-education einleiteten, sahen sie diese Notwendigkeit in Österreich nicht, weil Österreich damals als befreites Land galt. Unbeabsichtigte Konsequenz dieser Beurteilung war allerdings ein Rückstand in der Disziplin Politikwissenschaft bzw. in der Politischen Bildung. Die neuen Lehrpläne für Österreichs Schulen nach dem Zweiten Weltkrieg knüpften dann auch an jene der Zwischenkriegszeit an, die besonders die Förderung des Heimatbewusstseins vorsahen (Akademischer Senat, Jahrbuch der Universität Salzburg 1975 – 1977, S 11).

³⁸ In Österreich erfolgte die Entwicklung im Politikunterricht von der Bürgerkunde zur Staatsbürgerkunde zur Politischen Bildung bis zur Demokratiepolitischen Bildung im Rahmen unterschiedlich bezeichneter Unterrichtsfächer. Es lässt sich hier eine Entwicklung im Schulwesen von der vaterländisch-dynastischen Erziehung, das war im Wesentlichen eine Erziehung zu kaisertreuen Bürger/innen, über eine technisch-instrumentelle Staatsbürgerkunde, die überwiegend Institutionenlehre war, zur Politischen Bildung und zur „Education for Democratic Citizenship“ als Unterrichtsprinzip und als Unterrichtsfach nachvollziehen (Zeilner 2011, S 175).

Beispielsweise wurde im Lehrplan für „Bürgerkunde“ aus dem Jahre 1946, die damals in der achten Klasse des Gymnasiums im Rahmen des Faches Geschichte zu lehren war, als wesentliches Unterrichtsziel, „die Erziehung der Jugend zu bewussten Republikanern und zu treuen Bekennern des österreichischen Volksstaates“ festgeschrieben (Akademischer Senat, Jahrbuch der Universität Salzburg 1975 – 1977, S 11).

Der nächste wesentliche Schritt für die Politische Bildung im Schulbereich erfolgte dann 1949 mit dem Erlass zur „Staatsbürgerlichen Erziehung“. Im Sinne dieses Erlasses war es das explizite Ziel der Schulen, die Schüler/innen zu guten, treuen und tüchtigen Bürger/innen der Republik Österreich zu erziehen. Die für dieses Fach wesentliche Kritikfähigkeit und die Bildung von eigenen Meinungen waren damals jedoch noch nicht vorgesehen. Unter „Politik“ wurden zu dieser Zeit ausnahmslos Angelegenheiten des Staates, d.h. der Republik Österreich, verstanden (Wolf 1998, S 7).

Dieser Erlass von 1949 wurde dann in Folge auch zur Basis aller weiteren diesbezüglichen Bemühungen im schulischen Bereich und war ein wesentlicher Schritt in Richtung politische Erziehung bzw. Politische Bildung. Es kamen damals der staatsbürgerlichen Erziehung an Österreichs Schulen zwei Aufgaben zu. Das war erstens, die „Weckung und Pflege des österreichischen Heimat- und Kulturbewusstseins (Heimaterziehung)“ und zweitens, die Erziehung zu „treuen und tüchtigen Bürgern der Republik“. (Akademischer Senat, Jahrbuch der Universität Salzburg 1975 – 1977, S 11).

Bei der österreichischen Jugend sollte ein tiefes „Volks- und Kulturbewusstsein“ mit besonderer Rücksicht auf die österreichische Eigenart, eine „lebendige Staatsgesinnung“ und die „Erziehung zum bewussten Österreichertum“ geweckt werden. Dieser Erlass zur staatsbürgerlichen Erziehung zeigte damals besonders den Pädagog/innen auch die Möglichkeit auf, wie diese erwarteten Ziele zu erreichen waren. Für die Bildung eines Österreichbewusstseins wurde beispielsweise empfohlen, Heimatkunde und Ausflüge sowie auch die Herausstellung der österreichischen künstlerischen, historischen und wirtschaftlichen Leistungen zu forcieren bzw. im Unterricht durchzunehmen. Zudem wurde zur Ausbildung einer

lebendigen Staatsgesinnung empfohlen, folgende Inhalte zu beachten: die Erlebnisse der Schulklasse, die Achtung der staatlichen Symbole, eine Schüler selbstverwaltung, die Durchführung von Ferienlagern, die Mitarbeit am Aufbau der durch den Krieg zerstörten Heimat, öffentliche Staatsfeiern usw. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass man den Schüler/innen nicht nur Kenntnisse vermitteln solle, sondern auch „Herz und Gemüt der Jugend für die österreichische Republik“ zu gewinnen seien (Akademischer Senat, 1975-1977, S 11).

5.1.3 Die 1950er und die 1960er Jahre

1951 war dann der Erlass über „Staatsbürgerliche Erziehung“ im Schulbereich von maßgeblicher Bedeutung. Mit diesem Erlass wurde damals den Lehrer/innen an österreichischen Schulen die Verpflichtung zugewiesen, die österreichischen Schüler/innen zu verantwortungsvollen, kritischen Staatsbürgern zu erziehen und ihnen konkrete Demokratie-Erfahrungen zu ermöglichen. (Widder 1998, S 248).

1955 verwendeten die Mittelschulen in Österreich erstmals den Terminus „Staatsbürgerkunde“, ohne jedoch im bisherigen Lehrplan inhaltlich etwas Wesentliches zu verändern (Widder 1998, S 248).

Bereits 1956 reagierten die „Empfehlungen der zweiten Tagung der Ständigen Pädagogischen Konferenz zur staatsbürgerlichen Erziehung“ auf die neue politische Situation in Österreich. Das waren der Abschluss des Staatsvertrages und das Neutralitätsgesetz aus dem Jahre 1955. Damals wurde besonders gefordert, dass die staatsbürgerliche Erziehung zu einem allgemeinen Erziehungs- und Bildungsgrundsatz im Rahmen der gesamten Erziehung werden müsse. Es seien hier besonders Toleranz, selbständiges Denken, Verwertung der Erziehungskraft der staatsbürgerlich bedeutsamen Symbole, die Ausweitung des österreichischen Staatsbewusstseins hin zum Europagedanken und zur Idee der Vereinten Nationen anzustreben (Widder 1998, S 12).

1958 auf der dritten Tagung der Ständigen Pädagogischen Konferenz, die im Jänner dieses Jahres abgehalten wurde, kam die staatsbürgerliche Erziehung in ihrer

wichtigen Beziehung zum Europagedanken zur Sprache. Besonders eine Diskussionsgruppe für allgemein bildende Mittelschulen erörterte hier verschiedene Möglichkeiten, wie man im Rahmen der Staatsbürgerkunde in Richtung Vereintes Europa erziehen könne. Die staatsbürgerliche Erziehung war damals bereits auch eine Grundlage für diese europäische Zielsetzung (Widder 1998, S 12).

Die Umbrüche der 1960er Jahre veränderten dann auch das Politikverständnis im österreichischen Schulwesen, angeregt durch die deutsche Bildungsreformdiskussion. Es fanden auch mehrere Arbeitstagungen der Lehrer zur „Politischen Bildung“ statt, mit Diskussionen über Entwicklungen und Aufgaben. In Lehrerfortbildungszeitschriften wurden neue Lehrmethoden vorgestellt usw. (Widder 1998, S 75).

Bis in die 1960er Jahre war die Zielrichtung des politischen Unterrichts an österreichischen Schulen eine Erziehung zum Staat. Diese Erziehung der Schüler/innen begann bereits ab dem Jahre 1869, als die Institution Schule dem Einflussbereich der Kirche entzogen wurde. Ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wurde dann auch langsam begonnen, die „Erziehung zur Demokratie“ ins Zentrum der politischen Erziehung zu rücken. Die diesbezüglich festgelegten Erziehungsleitlinien für das österreichische Schulwesen wurden aber bald brüchig (Wolf 1998, S 9).

Ein Beispiel für die Erziehung zum Staat war auch der Erlass aus dem Jahre 1961 „Die Republik Österreich als Rechtsstaat“, der auch darauf hinwies, dass die staatsbürgerliche Erziehung für Lehrer/innen und Schüler/innen die „gestaltende Kraft nicht zuletzt aus dem sicheren Bewusstsein von der Republik Österreich als Rechtsstaat“ empfangen. Der Staat sollte anhand eines ausführlich dargelegten Längsschnitts durch die österreichische Verfassungsgeschichte als lebendige Rechtsgemeinschaft, als Verkörperung von Rechtskultur gezeigt werden (Akademischer Senat, Jahrbuch der Universität Salzburg 1975-1977, S 12).

Ein Jahr später brachte dann das Schulorganisationsgesetz vom 25. Juli 1962 weitere inhaltliche Zielsetzungen. Für die staatsbürgerliche Erziehung war der so genannte Zielparagraph, konkret § 2 des Schulorganisationsgesetzes, wesentlich. Bis heute ist er die Grundlage und der gesetzliche Ausgangspunkt für alle Bemühungen um

staatsbürgerliche und politische Erziehung im schulischen Bereich in Österreich (Akademischer Senat, Jahrbuch der Universität Salzburg 1975-1977, S 12).

Die Aufgabe der österreichischen Schule wird darin in folgender Weise festgelegt:

„Die österreichische Schule hat die Aufgabe, an der Entwicklung der Anlagen der Jugend nach den sittlichen, religiösen und sozialen Werten des Wahren, Guten und Schönen durch einen ihrer Entwicklungsstufe und ihrem Bildungsweg entsprechenden Unterricht mitzuwirken. Sie hat die Jugend mit dem für das Leben und den zukünftigen Beruf erforderlichen Wissen und Können auszustatten und zum selbständigen Bildungserwerb zu erziehen. Die jungen Menschen sollten zu gesunden, arbeitsfähigen, pflichttreuen und verantwortungsbewussten Gliedern der Gesellschaft und Bürgern der demokratischen und bundesstaatlichen Republik Österreich herangebildet werden. Sie sollen zu selbständigem Urteil und sozialem Verständnis geführt, politischem und weltanschaulichem Denken anderer aufgeschlossen sowie befähigt werden, am Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs, Europas und der Welt Anteil zu nehmen und in Freiheits- und Friedensliebe an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken“ (Schulorganisationsgesetz 1962).

Mit der Festlegung der Aufgaben der österreichischen Schule in § 2 des Schulorganisationsgesetzes war nun ein sehr wichtiger Schritt in Richtung Politische Bildung gesetzt worden. Durch die Regelungen in § 2, in welchem die Aufgaben der österreichischen Schule zusammengefasst wurde und auf den sich der spätere Grundsatzterlass über die Politische Bildung in den österreichischen Schulen stützte, war nun bereits zu Beginn der 1960er Jahre ein konkreter Weg vorgegeben (Rada 1980, S 11).

In diesem Jahrzehnt erfolgte auch noch mit der Einführung der Sozialkunde in Kombination mit dem Fach Geschichte eine für die staatsbürgerliche Erziehung bedeutende Entwicklung. Weiters auch der AHS – Lehrplan für die Oberstufe für das Fach Geschichte und Sozialkunde (Akademischer Senat, Jahrbuch der Universität Salzburg 1975-1966, S 13).

Dieser AHS – Lehrplan beinhaltete damals Folgendes:

„Die gründliche Behandlung der Geschichte Österreichs und der Staatsbürgerkunde soll Achtung vor den Leistungen der Vergangenheit und Aufgeschlossenheit für die Aufgaben der Gegenwart und Zukunft bewirken und das staatsbürgerliche Bewusstsein stärken. Die sozialkundlichen Bildungsstoffe sollen ein besseres Verstehen historischer Vorgänge sowie der Gesellschaftsordnungen und ihrer Entwicklung ermöglichen, zu höherem sozialem Verantwortungsbewusstsein führen, zu aktiver Teilnahme am öffentlichen Leben anregen und zu einer von Toleranz und Humanität geprägten Lebensführung beitragen“ (AHS – Lehrplan Geschichte und Sozialkunde, Oberstufe).

Es gab damals auch Bedenken wegen der eingeführten Kombination Geschichte und Sozialkunde. U.a. wurde die Meinung vertreten, dass das Fach Geschichte bereits sehr überladen sei und die Arbeitsmethoden im Vergleich zur Sozialkunde sehr unterschiedlich seien. Geschichte zeige, wie die Welt geworden ist, Politische Bildung aber habe das historische Material aufgrund systematischer Kriterien zu theoretisieren bzw. nach der jeweiligen Funktionalität der politischen Einrichtungen zu fragen (Akademischer Senat, Jahrbuch der Universität Salzburg 1975-1977, S 13).

Abgesehen von schulischen Entwicklungen erhielt die Politische Bildung in den späteren 1960er Jahren durch gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Entwicklungen einen anderen Stellenwert. Der Grundsatzterlass für Politische Bildung wirkte sich dann bereits in der Vorbereitungsphase auch auf andere Bildungseinrichtungen in Österreich aus. Obwohl nur für die Schulen rechtswirksam, hatte er experimentelle Vorstufen auch in anderen Bereichen (Widder 1998, S 251).

Es wurden nun in Österreich Schritte eingeleitet und durchgeführt, die ein neues Blickfeld eröffneten, das war jenes der Politischen Bildung. Der seit 1949 gültige Erlass über die Staatsbürgerliche Erziehung wurde nun allmählich zu eng, um die allgemeine Forderung nach dem „Mündigen Bürger“ erfüllen zu können. Mit der Staatsbürgerkunde wurde nur ein Teil von dem erfüllt, was die Schüler/innen brauchten, um sich in der politischen Welt gut zurechtzufinden (Rada 1980, S 10).

Zum Blickfeld der Politischen Bildung gehörten in diesem Jahrzehnt auch bereits wesentliche Impulse in der Schul- und Bildungspolitik in Richtung Vereintes Europa, die besonders durch die deutsche Bildungsreformdiskussion angeregt wurden und auch zu einem besseren Demokratieverständnis führten (Widder 1998, 251).

5.1.4 Die 1970er Jahre

Bereits 1970 wurde „Politische Bildung“ als unverbindliche Übung an den Allgemeinbildenden Höheren Schulen in Österreich eingeführt. Dieser Schritt erfolgte also bereits vor Einführung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung, es gab auch kein eigenes Unterrichtsfach im Schulbereich (Dachs 1977, S 9 ff).

Man glaubte damals, dass sich aus dem Zusammenwirken von Sozialkunde und Wirtschaftskunde eine zeitgemäße Staatsbürgerkunde entwickeln werde, weshalb im Schuljahr 1971/72 als weiterer wesentlicher Schritt die Einführung der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte und Sozialkunde – Geographie und Wirtschaftskunde“ für die achten Klassen der AHS erfolgte. (Folkmann 1988, S 14).

Um diese zeitgemäße Staatsbürgerkunde zu entwickeln, wurde dann im Schuljahr 1972/73 die seit dem Schuljahr 1971/72 für die achten Klassen AHS eingeführte unverbindliche Übung „Politische Bildung“ nun auch auf die siebenten Klassen ausgeweitet (Folkmann 1988, S 14).

1973 wurde im Bundesministerium für Unterricht und Kunst eine eigene Abteilung für Politische Bildung und Staatsbürgerliche Erziehung im schulischen Bereich gegründet. In der Abteilung 1/9 bestand zu dieser Zeit besonders bei deren Leiter, Sektionsrat Dr. Leopold Rettinger, die Absicht, überall dort, wo die Ansätze für Politische Bildung vorhanden waren, diese als Gegenstand einzuführen. Die Vorstellungen Rettingers wurden damals auch in einer Ministerinformation zusammengefasst (Rada 1980, S 12).

1974 wurden dann im damaligen Bundesministerium für Unterricht und Kunst Überlegungen angestellt, die Politische Bildung an Österreichs Höheren Schulen als eigenen Gegenstand einzuführen. Dieser Gegenstand sollte an die Stelle der bis zu

diesem Zeitpunkt vorhandenen Arbeitsgemeinschaften „Geschichte und Sozialkunde – Geographie und Wirtschaftskunde“ treten und in der achten Klasse AHS eingeführt werden (Akademischer Senat, Jahrbuch der Universität Salzburg 1975-1977, S 16).

Eine Einführung des Faches „Politische Bildung“ als Pflichtgegenstand scheiterte dann aber am Widerstand der damaligen Parlamentsparteien. Die brisante Diskussion mündete dann letztendlich in einem Entwurf zur Einführung der „Politischen Bildung“ als übergreifendes Unterrichtsprinzip für alle Unterrichtsgegenstände an allen Schulen Österreichs (Baumgartner 2007, S 12).

Neben den bedeutenden Arbeitsleistungen für die Erstellung des Grundsatzerlasses erfolgte 1976 im AHS Bereich ein weiterer Schritt zur Förderung der Politischen Bildung im Unterricht. Die seit dem Schuljahr 1971/72 für die achten Klassen der AHS eingeführte unverbindliche Übung Politische Bildung konnte ab dem Schuljahr 1976/77 auch auf die sechste Klasse ausgedehnt werden. Als Ziel dieser unverbindlichen Übung war im konkreten Lehrplan vorgesehen: „In einer Arbeitsgemeinschaft „Politische Bildung“ soll der Schüler Kenntnisse über Faktoren und Funktionszusammenhänge der Ordnungen und des Geschehens in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erwerben. Der junge Mensch soll Kriterien gewinnen, um zu kritischer Urteilsfähigkeit und zu rational kontrollierten Entscheidungen zu gelangen. Initiative und Selbsttätigkeit des Schülers seien dafür wesentliche Voraussetzungen (Akademischer Senat, Jahrbuch der Universität Salzburg 1975-1977, S 15).

1978 war für die Politische Bildung an Österreichs Schulen durch den „Grundsatzerlass“ ein ganz entscheidendes Jahr. Der Entwurf zur Einführung „Politischer Bildung“ als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip für alle Unterrichtsgegenstände an allen Schulen Österreichs konnte – nachdem ein Konsens aller drei Parlamentsparteien erzielt wurde – in diesem Jahr von Unterrichtsminister Dr. Fred Sinowatz unterzeichnet werden (Baumgartner 2007, 12).

Im darauf folgenden Schuljahr 1978/79 wurde mit dem Grundsatzerlass „Politische Bildung in den Schulen“ in Österreich das lange Bemühen in den Schulen eine zeitgemäße Politische Bildung einzuführen, verwirklicht. Unter zeitgemäßer Politischer

Bildung verstand man damals eine Politische Bildung, die dem pluralistischen, konflikthaften Charakter demokratischer Gesellschaften Rechnung trägt. Die Schüler/innen sollen dadurch ermutigt werden, eigene Standpunkte zu beziehen und Bestehendes kritisch zu hinterfragen lernen. Im Wesentlichen erfolgte mit diesem Erlass eine klare Abkehr vom bis dahin geltenden Erlass zur „Staatsbürgerlichen Erziehung“ aus dem Jahre 1949 (Wolf 1998, S 8).

Das dem Erlass zugrundeliegende Politikverständnis formulierte den Grundsaterlass „Politische Bildung in den Schulen“ folgendermaßen:

„Wesentliche Anliegen der Politischen Bildung sind die Erziehung zu einem demokratisch fundierten Österreichbewusstsein, zu einem gesamteuropäischen Denken und zu einer Weltoffenheit, die vom Verständnis für die existentiellen Probleme der Menschen getragen ist. Politische Bildung ist einem Demokratieverständnis verpflichtet, das in der Anerkennung legitimer Herrschaft und Autorität keinen Widerspruch zur postulierten Identität von Regierungen und Regierten steht. Im Mittelpunkt aber steht die Frage, wodurch Herrschaft und Autorität von der Gesellschaft als rechtmäßig anerkannt werden: in einem demokratischen Gemeinwesen wird unabänderliches Merkmal sein, dass Autorität und Herrschaft aus der Quelle der freien Bestellung, der freien Kontrolle und der freien Abrufbarkeit durch die Regierten bzw. durch die von diesen eingesetzten Organe geschöpft werden. Dabei wird ein demokratisches Regierungssystem umso erfolgreicher arbeiten können, je mehr der Gedanke der Demokratie auch in anderen Bereichen der Gesellschaft anerkannt wird“ (Baumgartner 2007, S 12).

Betrachtet man den Erlass „Politische Bildung in den Schulen“ inhaltlich und in seiner Gesamtheit vor dem Hintergrund der bis zu diesem Zeitpunkt erfolgten historischen Entwicklung in Österreich, so kann als ein wesentliches Ergebnis festgestellt werden, dass damit ein Bruch gegenüber der Tradition erfolgte. Dies kommt sicher dadurch am deutlichsten zum Ausdruck, dass im gesamten Erlass kein einziges Mal der Begriff „Staat“ vorkommt und an dessen Stelle nun der für die Politische Bildung so wesentliche Begriff „Demokratie“ getreten ist (Grossmann/Wimmer 1979, S 145).

Der Grundsatzterlass zum Unterrichtsprinzip Politische Bildung aus dem Jahre 1978 konkretisierte diese Anliegen und nannte auch drei Bereiche als Basis der Vermittlung von Politischer Bildung:

- Politische Bildung ist Vermittlung von Wissen und Kenntnissen: Die Schüler/innen sollen Einblick in die Ordnungen und die verschiedenen Ausformungen des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens gewinnen.
- Politische Bildung ist Entwicklung von Fähigkeiten von Einsichten: Politische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenhänge sollen erkannt und kritische Urteilsfähigkeit erworben werden.
- Politische Bildung ist Weckung von Bereitschaft zu verantwortungsbewusstem Handeln: die Schüler/innen sollen bereit sein, von sich aus politische Vorgänge mit zu gestalten (BMUKK 2006, S 7).

Wie in Schüler/innen die Überzeugung geweckt wird, dass sich Demokratie nicht in einem innerlich unbeteiligten Einhalten ihrer Spielregeln erschöpft, sondern dass es auch ein hohes Maß an Engagement erfordert, für unantastbare Grundwerte wie Menschenwürde und Freiheit einzutreten, wurde im Grundsatzterlass von 1978 in den grundlegenden Hinweisen für die Gestaltung des Unterrichts festgeschrieben. Beispielsweise auch durch die folgenden konkreten Vorschläge für den Unterricht: Förderung des Erlebens demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen, Ansetzen der Lernprozesse beim Erfahrungsbereich der Schüler/innen, offene Darstellung und Austragung von unterschiedlichen Auffassungen im Dialog, Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern (BMUKK 2006, S 7).

Der Erlass beauftragte alle Lehrer/innen, nicht nur jene des Gegenstandes Geschichte, den Schüler/innen im Rahmen ihrer Möglichkeiten im Unterricht Politische Bildung zu vermitteln.

Zielsetzungen eines fächerübergreifenden Unterrichts Politische Bildung waren das Erkennen gesellschaftlicher Strukturen und Zusammenhänge; das Wecken der Überzeugung, dass Demokratie ein hohes Maß an Engagement erfordert und die Bereitschaft, persönlich im demokratischen Willensbildungsprozess mitzuarbeiten; die

Hinführung zu einer toleranten Einstellung gegenüber politisch Andersdenkenden; das Verständnis für die Aufgaben der umfassenden Landesverteidigung; die Förderung der Bereitschaft, für unantastbare Grundwerte wie Freiheit und Menschenwürde einzutreten (Erlass Wiederverlautbarung des Grundsaterlasses von 1978).

5.1.5 Die 1980er und die 1990er Jahre

Zu Beginn der 1980er Jahre begann das als wissenschaftliches Institut der Erwachsenenbildung konzipierte ÖIPB auch Aufgaben für die Fort- und Weiterbildung der Lehrer/innen an öffentlichen Schulen zu übernehmen. Damit erfolgte auch ein wichtiger Schritt im Bereich der Politischen Bildung im Schulbereich (Baumgartner 2007, S 21).

Ein weiterer wesentlicher Schritt für die Qualität der Politischen Bildung an Österreichs Schulen erfolgte auch 1986. In diesem Jahr wurde das Programm „Umwelt und Schulinitiativen“ (ENSI) im Rahmen eines OECD – Projektes vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung eingerichtet. Seit diesem Zeitpunkt beschäftigt sich dieses Programm mit Umweltprojekten³⁹, bei denen die aktive Beteiligung von Schüler/innen sowie auch die Förderung „dynamischer Fähigkeiten“ im Mittelpunkt stehen (Posch 2006, S 248).

Das Jahr 1989 war dann besonders für den AHS Bereich wieder von Bedeutung. Mit einem Erlass des BMU kam es damals zur Ergänzung des Wahlpflichtfaches „Geschichte und Sozialkunde“ in den Oberstufen der AHS um den Begriff „Politische Bildung“ (Wolf 1998, S 8).

³⁹ Diese Umweltprojekte wurden im Rahmen mehrerer Studien auch systematisch untersucht. Der Stellenwert von politischer Partizipation durch Lehrpläne, Grundsaterlässe, gesetzliche Grundlagen und Grundsatzpapieren der Europäischen Union usw. wurde klar gemacht und der Realität im österreichischen Schulsystem gegenübergestellt. Die Veränderung der Lehrer/innen Rolle im Zusammenhang mit guten Teilnahmemöglichkeiten wurde damals als besondere Herausforderung gesehen (Posch 2006, S 248).

Ab dem Jahre 1991 wurde dann in den BMS und BHS schrittweise in jenen Fächern, in denen das Wort „Staatsbürgerkunde“ beinhaltet war, dieses durch „Politische Bildung“ ersetzt (Wolf 1998, S 8).

1994 kam es dann unter der Geschäftszahl GZ 33.466/103-V/4a/94 zur Wiederverlautbarung des Grundsatzerlasses Politische Bildung GZ 33.464/6-19a/78. Man sah in Politischer Bildung eine Voraussetzung sowohl für die persönliche Entfaltung von Einzelpersonen, als auch für die Weiterentwicklung der Gesellschaft und damit einen Beitrag zur Verwirklichung der Demokratie. Die Erziehung zu einem demokratisch fundierten Österreichbewusstsein, zu einem gesamteuropäischen Denken und zu einer Weltoffenheit, die vom Verständnis für die existentiellen Probleme der Menschheit getragen ist, waren damals wesentliche Anliegen der Politischen Bildung (BMUKK und Zentrum Polis, S 7).

1997 begann dann ein Programm des Europarates⁴⁰ (Council of Europe) mit der Bezeichnung „Education for Democratic Citizenship“ (EDC), welches europaweit eine inhaltliche und argumentative Basis für verstärkte Maßnahmen zur Politischen Bildung sein sollte. Die besonders für den Schulbereich postulierten Zielsetzungen gaben Richtungen vor, um entscheidende Aspekte des Lernens festzulegen, Unterrichts- und Partizipationsstrukturen weiter zu entwickeln und im schwierigen Bereich der Evaluation Fortschritte zu erzielen. (Diendorfer/Steininger 2006, S 233 f).

Im Bereich der Politischen Bildung in Österreich erkannte man bereits damals, dass der erfolgreiche Erwerb von Wissen, Haltungen, Werten und Schlüsselkompetenzen im Sinne einer Education for Democratic Citizenship ein demokratisches Umfeld braucht. Initiativen wie „Partizipation und nachhaltige Entwicklung“ trugen und tragen mit ihren Informationen zur Stärkung und Weiterentwicklung demokratischer Beteiligungsprozesse bei (Sigrid Steininger, BMUKK; vgl. auch http://www.partizipation.at/demo_citicen.html, 20.10.2013, Seite 1 von 2).

⁴⁰ Die erste Phase dieses Programms bzw. des Projektes dauerte bis zum Jahre 2000 und wurde als Erkundungsrunde konzipiert, mit starkem Fokus auf globalem und lebenslangem Lernen. Die Definition von EDC, sowie die Identifizierung von Fähigkeiten für die praktische Anwendung von EDC, standen damals im Mittelpunkt (EDC – Projekt des Europarates).

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts traten in Österreich die Anknüpfungspunkte der Politischen Bildung zu anderen Fächern immer stärker hervor. Kaum ein anderes Fach bzw. ein Fächerkanon im schulischen Bereich hatte so viele interdisziplinäre Anknüpfungspunkte wie die Politische Bildung (Klepp/Rippitsch (Hg.) 2008, S 233).

Seit dem Jahre 2000 haben sich die Politische Bildung in den Schulen Österreichs und die Politik grundsätzlich auch in die Richtung verändert, dass nun analog zu vergleichbaren Kommunikationsgesellschaften eine so genannte „Mediendemokratie“ bereits überwiegend war. Die Vermittlung des Lehrstoffes bzw. die Politikvermittlung entzog sich zunehmend interpersonalen Kontakten und verlagerte sich auf die massenmediale Ebene (Filzmeier 2006, S 39).

5.1.6 Das 21. Jahrhundert

Im Jahre 2001 fand die Disziplin Eingang in das AHS - Pflichtfach „Geschichte und Politische Bildung“, was für die nachhaltige Entwicklung des Faches im Schulbereich besonders wichtig war. Mit einstimmigem Beschluss des Nationalrates bzw. der damaligen vier Parlamentsparteien, das waren ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grüne, wurde die neue Gegenstandsbezeichnung „Geschichte und Politische Bildung“ für die siebte und achte Klasse der AHS eingeführt. Damit wurde in der AHS nachgeholt, was bereits in anderen Oberstufenformen in den Jahren zuvor mit parlamentarischer Zweidrittelmehrheit durch das Ersetzen des Wortes „Staatsbürgerkunde“ mit dem wesentlich weiter gefassten Begriff „Politische Bildung“ in den einschlägigen Pflichtgegenständen bereits vollzogen war, nämlich ein Pflichtgegenstand mit „Politischer Bildung“ (Austrian Education News 2002, S 1 ff).

Dadurch wurde verwirklicht, was lange Zeit im österreichischen Schulsystem nicht möglich schien, weil Politische Bildung nun nicht mehr nur in Form des seit dem Jahre 1978 existenten „Unterrichtsprinzips Politische Bildung“, sondern als Pflichtgegenstand mit der Bezeichnung „Geschichte und Politische Bildung“ an der AHS etabliert wurde (Ebd.).

Diese Etablierung als Pflichtgegenstand war für dieses Fach ein wichtiger Schritt, weil bereits eine Stundenkürzung in der Oberstufe erfolgte. Der dann 2002 erlassene neue Lehrplan stellt an die Pädagog/innen besonders die Forderung, politisches Alltagsverständnis, Akteure der internationalen und nationalen Politik und die Rolle der Medien zu lehren. Die Methodenkompetenz war, so wie auch bereits beim bisherigen Lehrplan, von besonders hoher Relevanz (Molnar 2008, S 239).

2001 begann auch die zweite Phase des EDC – Projektes des Europarates, die bis 2004 dauerte. In diesem zweiten Schritt ging es um die Entwicklung von Methoden, um die Kluft zwischen Theorie und praktischer Anwendung zu schließen. Es wurden während dieser Phase auch Netzwerke errichtet, wie beispielsweise EDC coordinators und zudem Studien zum Stand in den einzelnen Mitgliedstaaten erstellt (EDC – Projekt des Europarates).

Das Jahr 2005 war dann sowohl für den Bereich Schule als auch für den außerschulischen Bereich ein sehr wesentliches für die Politische Bildung⁴¹, weil der Europarat erklärte bzw. empfahl, dass „Politische Bildung“ in Zukunft „Demokratiepolitische Bildung“ heißen soll. Ab diesem Zeitpunkt sollte eigentlich von „Demokratiepolitischer Bildung“ gesprochen werden. Durch den Zusatz „Demokratie“ vor Politischer Bildung wurde damals eine wesentliche Prämisse gegeben, das Jahr 2005 auch zum Jahr der Demokratiepolitischen Bildung erklärt. Wesentliches Ziel war mehr Bürger/innen für Politik zu interessieren und auch zu politischem Engagement zu ermutigen, besonders aber die Schüler/innen (Diendorfer/Steininger 2006, S 95 ff).

*

2006 begann dann die dritte Phase des EDC – Programms des Europarates, die bis 2009 dauerte. Der aktuelle Schwerpunkt lag darauf, EDC vor allem in Schulen⁴² zu implementieren, Lehrer/innen Fortbildung zu forcieren und den Austausch von

⁴¹ Der im deutschen Sprachraum übliche Begriff „Politische Bildung“ ist weniger präzise als beispielsweise die englischsprachige Bezeichnung „Education for Democratic Citizenship“. Mit dem Zusatz erfolgte eine wichtige Präzisierung, die am besten mit „Demokratiepolitische Bildung“ übersetzt wird (Ebd.).

⁴² Hier zeigt sich auch der Facettenreichtum von Demokratiepolitischer Bildung. Anders formuliert ist aktives Engagement von Schüler/innen bzw. Bürger/innen mehr als die Abgabe des Stimmzettels bei der nächsten Wahl. Besonders Schüler/innen haben hier auch viele Möglichkeiten der politischen Teilnahme. Diese umfassen besonders

Informationen und Best Practise Beispielen zu verbessern (EDC-Projekt des Europarates)

Im Schuljahr 2008/2009 forderte dann die Mehrheit der 14- bis 16-jährigen Schüler/innen im Bundesland Oberösterreich ein eigenes Unterrichtsfach „Politische Bildung“. Diese Forderung wurde damals auch von Vertretern der Bundesschüler/innen gestellt. Zwei Drittel der befragten Schüler/innen waren mit dem derzeitigen Angebot unzufrieden (OÖ. Nachrichten, 15.05.2008., S 4).

Ab dem Schuljahr 2008/2009 war Politische Bildung dann auch im Fach „Geschichte und Politische Bildung“ fix auf dem Stundenplan aller achten Schulstufen. Ab diesem Zeitpunkt war nun dieses Fach gesetzlich verankert, der rechtserhebliche Lehrplan wurde neu gestaltet. Die zuständige Ministerin, Dr. Claudia Schmied, erklärte diesbezüglich, dass es mit der Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre notwendig wurde, die Politische Bildung in Österreichs Schulen zu intensivieren (Ebd.).

Aus diesem Grunde erarbeitete dann auch eine vom BMUKK eingesetzte Kommission vom Dezember 2007 bis zum März 2008 ein sogenanntes „Kompetenzstrukturmodell Politische Bildung“. Durch dieses Modell sollten jene durch Politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen, die mündige, wahlberechtigte österreichische Staatsbürger/innen aus gesellschafts- und demokratiepolitischen Gründen während ihrer Sozialisation erwerben, näher bestimmt und auch beschrieben werden (Krammer 2008, S 5 f).

die Themen Demokratie in Schulen, Demokratiepoltische Bildung und Medien, Partizipation von Jugendlichen in ihrem regionalen Umfeld, Citizenship und der Umgang mit Behinderten, Citizenship und nachhaltige Entwicklung, EDC und die Bekämpfung von Terrorismus, EDC im Kontext von Migration und Minderheiten, Ethischer Tourismus, Gender Mainstreaming in Schulen, die Partizipation von Ausländern im öffentlichen Leben, verantwortungsvoller Konsum und Investitionen (EDC – Projekt des Europarates).

In Österreich war damals bereits das sogenannte Arbeitswissen Grundlage für den Erwerb von Kompetenzen im Bereich Politische Bildung. Dieses ist anlassbezogen, hat instrumentellen Charakter und ermöglichte erst politische Lernvorgänge, die zur Entwicklung politischer Kompetenzen notwendig waren bzw. sind. Als Grundlage für das Kompetenzstrukturmodell in Österreich diente das Kompetenzmodell der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE). Zwischen diesen beiden Modellen bestehen aber Unterschiede, die übersichtlich auch in Tabellen dargestellt wurden (Praxis Politische Bildung 2009,S 11).

Der anlassbezogene, instrumentelle Charakter des Kompetenzstrukturmodells mit der Grundlage des Arbeitswissens ermöglicht viele Lernvorgänge. Für Schüler/innen ist es manchmal schwierig die Grenze zwischen dem politischen und dem nichtpolitischen Bereich einer Gesellschaft zu erkennen bzw. abzugrenzen. Wesentlich ist, dass individuelles Handeln im Mikrobereich in Summe gesehen auch Folgen im Makrobereich hat bzw. haben kann. Die Konsequenz ist politisches Handeln. Es gibt viele Beispiele im persönlich-privaten Bereich, die mit dem politischen Makrobereich verknüpft sind, dazu zählt auch die Bildungspolitik. Es kann hier zu Konfliktgegensätzen zwischen individuellem bzw. privatem Wohl und dem Gemeinwohl kommen, das mit den unterschiedlichen Interessen der Bürger/innen im Mikro- und Makrobereich zu begründen ist (Zeilner 2007/2008).

5.2 Grundlegendes zur politischen Bildung im österreichischen Schulbereich

5.2.1 Das Recht auf Bildung als soziales Grundrecht

Das Recht auf Bildung bezieht sich auch auf den Politikunterricht und ist möglichst umfassend zu verwirklichen. Es zielt auf volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auch darauf, dass jeder Mensch an der Gesellschaft teilhaben kann. Damit ist Bildung auch wesentlich für den Bereich der Politik und der politischen Partizipation (<http://bim.ibg.ac.at/de/print/1761>, 07.04.2013, Seite 1 von 2).

Das Verhältnis von Bildung und Politik bzw. diesbezügliche Probleme können unter einer bildungstheoretischen Perspektive sichtbar gemacht werden, konkret an einem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Das Thema eines Kongresses dieser Gesellschaft im Jahre 2010 lautete „Bildung in der Demokratie“ und begann mit den Worten „Es ist unbestritten, dass Demokratien nur dann gut funktionieren, wenn Menschen in ihr eine hohe Bildung erlangen. Bildung und Demokratie sind also eng miteinander verbunden“. Der Anspruch auf Bildung als Bürgerrecht und die Notwendigkeit von Bildung als zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Partizipation als Lebenselixier demokratischer Gesellschaften waren damals die wesentlichsten Begründungen in diesem Zusammenhang (Bremer et al 2013, S 80).

Das Recht auf Bildung ist bzw. muss für alle Menschen ein soziales Grundrecht sein. Der Grundkonsens in der Europäischen Union und auch in Österreich über Bildung als Voraussetzung für erfolgreiche Volkswirtschaften der Zukunft ist hier vorhanden. Das Recht auf Bildung ist auch wesentliches Thema der internationalen und der nationalen Politik und des Politikunterrichtes (Zeilner 2007/2008).

5.2.2 Sozialisationsfelder für Politische Bildung und der Beginn politischer Lernprozesse

5.2.2.1 Sozialisationsfelder für Politische Bildung

Sozialisation bedeutet grundsätzlich den Prozess des Hineinwachsens einer Person in die Gesellschaft, in der sie lebt. Die Vermittlung und die Aneignung von Wissen, Normen und Werten – hier auch der Politischen Bildung bzw. der Politik, Demokratie usw. - in Bildungsinstitutionen, wie beispielsweise der Schule, ist hier von besonderer Wichtigkeit (http://www.d-a-sh.org/dossier/14/03_sozialisation.html, 10.03.2013, Seite 1 von 6).

Im Bereich der österreichischen Schule gibt es aber bereits seit langer Zeit die Forderung den Schulunterricht zu verbessern. Eine „gute Schule“ und ein qualitätsvoller, von gut ausgebildeten und motivierten Pädagog/innen durchgeführter

Unterricht sind auch für den Erfolg im Politikunterricht, wozu bereits das Politikinteresse zählt, wesentlich. Eltern sollten für ihr Kind bzw. für ihre Kinder die „richtige Schule“⁴³ auswählen. Das ist sicher nicht leicht, aber langfristig gesehen wahrscheinlich der beste Weg. Ein guter Kontakt zu den Lehrer/innen mit Einbeziehung der Kinder ist hier besonders wichtig. Ein Maßstab für die „Qualität“ einer Schule ist es vielfach, ob die unterrichtenden Lehrer/innen ihre eigenen Kinder auch an dieser Schule haben oder nicht. Der Trend von Pädagog/innen ist es nach wie vor die eigenen Kinder auf ein Gymnasium zu schicken, wo auch die Wahrscheinlichkeit für einen anspruchsvollen Politikunterricht relativ hoch ist (<http://www.welt.de/debatte/article8493697/Der-Schulunterricht-muss-dringend-verbessert> werden, 26.04.2014, Seite 1 von 4).

Für alle Schulen gilt, besonders der Mediensektor ist Mittler politischer Sozialisation und Politischer Bildung. Medien haben deshalb auch für den Unterricht in Politischer Bildung eine große Bedeutung, wenn sie richtig bzw. zielgerichtet eingesetzt werden. Sie bieten für den Politikunterricht viele Möglichkeiten, besonders auch für die politische Sozialisation (http://www.d-a-s-h.org/dossier/14/03_sozialisation.html, 10.03.2013, Seite 5 von 6).

5.2.2.2 Der Beginn politischer Lernprozesse

Der Zugang zur (Höheren) Bildung ist nicht für alle Menschen gleich, weshalb Lernprozesse und das Erreichen von Kompetenzen auch zu unterschiedlichen Lebensaltern einsetzen bzw. einsetzen können. Nach derzeitigem Stand der Forschung beginnen politische Lernprozesse bereits bei dreijährigen Kindern. Zu diesem Ergebnis gelangten beispielsweise mehrere US-amerikanische Studien (Reeken 2001, S 18).

⁴³ Neben der Schule sind weitere wichtige Instanzen, in denen Sozialisation von Jugendlichen stattfindet, die Familie, Vereine, Gleichaltrige und andere Bildungseinrichtungen wie etwa die Universitäten. Ebenso auch der Konsum-, Freizeit- und Mediensektor, sowie politische und soziale Institutionen. Hier findet überall politische Sozialisation statt bzw. sollte diese stattfinden (http://www.uni-due.de/agip/agip/agip_16405.shtml, 10.03.2013, Seite 3 von 3).

Es stellt sich diesbezüglich aber die Frage, ob für eine Frühförderung im Kindergartenalter bzw. dann mit Beginn der Schulpflicht die notwendigen Voraussetzungen gegeben sind, um solche Ziele zu verwirklichen. Aufgabe der Schule im Bildungsbereich ist es auch zur Entwicklung der „gesamten Persönlichkeit“⁴⁴ beizutragen. In diesem Rahmen sind politische Lernprozesse sicher positiv mit Weitblick in die Zukunft. In moderner Diktion werden Werte, Eigenschaften und Fähigkeiten auch als sogenannte Skills bezeichnet (Rich 2001, S 11 f).

Skills haben auf die Entwicklung bzw. die Persönlichkeitsentwicklung Einfluss, weshalb sie auch gefördert werden sollten. Das gilt besonders für den Schulbereich, wo sie für den Prozess des systematischen politischen und gesellschaftlichen Lernens wesentlich sind. Man sollte diesbezüglich bereits im Unterricht der Grundschule bzw. der Volksschule bei den vorhandenen Voraussetzungen der Schüler/innen – die sozialisationsbedingt unterschiedlich sind - ansetzen. Politische Lernprozesse könnten dadurch vielfach verbessert werden (Kühberger/Windischbauer 2010, S 23).

Diese politischen Lernprozesse bzw. die rechtzeitige und gute Förderung der Kinder und Jugendlichen beim „Politiklernen“ ist besonders für das Politikverständnis wichtig. Die Art und Weise, wie Menschen sich zur Politik verhalten, steht auch damit im Zusammenhang, was sie von Politik verstehen und mit welchen Konzepten sie Politik wahrnehmen und interpretieren. Die Förderung politischer Lernprozesse und das Erkennen der Wichtigkeit Politischer Bildung, am besten als eigenes, leider aber noch nicht vorhandenes, Unterrichtsfach ist für das Politik- und Demokratieverständnis bzw. für politische Bildungsprozesse von erheblicher Relevanz (Zeilner 2011, S 175 ff).

Aktives Lernen und schüler/innenorientierte Lehr- und Lernmethoden sind ab einer bestimmten Altersgruppe zur Förderung aktiver Bürger/innenschaft bzw. politischer

⁴⁴ Um den Begriff „gesamte Persönlichkeit“ definieren zu können, sind auch moderne Bezeichnungen wie beispielsweise „Soft Skills“ und „Mega Skills“ relevant. Mega Skills sind Werte, die für den Erfolg in verschiedenen Lebensbereichen, wie etwa der Schule, entscheidend sind. Sie werden in den Sozialisationsinstanzen vermittelt. Unter dem Begriff Soft Skills werden besonders Eigenschaften und Fähigkeiten verstanden, wie etwa Ausdauer, Disziplin, Fürsorge, Motivation bzw. Leistungsmotivation, Selbstvertrauen, Teamgeist, Verantwortung usw. (Rich 2001, S 11 f).

Partizipation wesentlich. Problembasiertes Lernen (PBL)⁴⁵ in Verbindung mit den Schlüsselkompetenzen ist wahrscheinlich ein guter Weg. Konkret bedeutet dies, die thematischen PBL Module mit denen der Schlüsselkompetenzen zu kombinieren, um das Training der Kompetenzen der Schüler/innen zu verbessern (Beutler/Lange (Hrsg.) 2010, S 6).

Im Bereich der Schlüsselkompetenzen bzw. des Kompetenzbegriffes im politischen Bildungsprozess sind auch die Überlegungen von Frederick de Moll, Christian Kirschner, Markus Riefling und Margit Rodrian-Pfenning interessant. Sie üben Kritik an einem Kompetenzbegriff, der im Wesentlichen auf einen engen Politikbegriff und einer Output-Orientierung von politischen Bildungsprozessen gerichtet ist. Sie stellen dem unter Rückgriff auf Theorieansätze von Antonio Gramsci, Jacques Ranciere Ernesto Laclau/Chantal Mouffe, ein eigenes radikal-demokratisches Modell politischer Bildung gegenüber. Dieses Modell bezieht subjektive und gesellschaftliche Ebenen mit ein. Sie behaupten, dass gegebene Ordnungen das Resultat diskursiver, durch verschiedene Machtbeziehungen gelenkte Prozesse sind. Diese Prozesse sind hinterfragbar, unabgeschlossen und dadurch auch grundsätzlich veränderbar⁴⁶ (Bremer et al 2013, S 25).

⁴⁵ Problembasiertes Lernen entstand gegen Ende der 1960er Jahre in der Medizinausbildung in Kanada. Es ist sehr variantenreich, das Hauptaugenmerk liegt darauf, dass den Schüler/innen zu Beginn des Lernprozesses ein unstrukturiertes, komplexes reales Problem präsentiert wird. Es wird gemeinsam in kleinen Gruppen gearbeitet. Die Schüler/innen identifizieren ihre eigenen Lernprozesse und engagieren sich in der Recherche und Diskussionen, mit dem Ziel gemeinsam kreative Lösungen für komplexe Fragestellungen zu entwickeln. Die Lehrer/innen sind nicht mehr die „Wissenslieferant/innen“, sondern leisten besonders Lernunterstützung. Die Lernenden entwickeln ihre eigenen Lernstrategien und Lösungen (Beutler/Lange 2010, S 6).

⁴⁶ Eine Konsequenz daraus sei nun die Aufgabe der Politischen Bildung, vorhandene Grenzziehungen zu hinterfragen, Widersprüche usw. aufzuzeigen. Dadurch wird ein Bildungsbegriff beschrieben, der an den Fähigkeiten des Subjekts ansetzt und die Erweiterung der individuellen Handlungsmöglichkeiten fokussiert. Damit ist die Förderung kritisch-reflexiver politischer Aktivität das Ziel politischer Lern- bzw. Bildungsprozesse (Bremer et al 2013, S 25).

5.2.3 Die derzeitige Situation des Politikunterrichtes bzw. der politischen Bildung an österreichischen Schulen

5.2.3.1 Grundlegendes

Für Forschungen im Bereich der Politischen Bildung im österreichischen Schulsystem ist es wesentlich den Ist-Zustand zu erheben. Das führt zum Ergebnis, dass es an Österreichs Schulen noch kein eigenes Unterrichtsfach „Politische Bildung“, mit einigen historischen Ausnahmen, gibt. Eine Ausnahme ist bzw. waren Polytechnische Schulen, Berufsschulen und berufsbildende Schulen. Es gibt aber aktuell die Unterrichtsfächer „Geschichte und politische Bildung“ und „Politische Bildung und Recht“ (Zeilner 2011, S 175 ff).

Das wesentliche Fach ist hier „Geschichte und politische Bildung“, das seit dem Schuljahr 2008/2009 als Pflichtgegenstand in allen Stundenplänen der achten Schulstufen vorgesehen ist. Bereits vom Dezember 2007 bis März 2008 erarbeitete damals eine vom BMUKK eingesetzte Kommission ein sogenanntes „Kompetenzstrukturmodell Politische Bildung“. Durch diese Modell sollten jene durch Politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen, die mündige wahlberechtigte österreichische Staatsbürger/innen aus gesellschafts- und demokratiepolitischen Gründen während ihrer Sozialisation erwerben, näher bestimmt und auch beschrieben werden (Krammer 2008, S 5 f; vgl. auch Zeilner 2011, S 95).

5.2.3.2 Konkrete Lehrpläne (Auswahl)

Für die achte Schulstufe der AHS beinhaltet der Lehrplan im Fach „Geschichte und Politische Bildung“ als allgemeines Bildungsziel wesentliche Aspekte Politischer Bildung in folgenden Bereichen:

- Leitvorstellungen des Bildungs- und Erziehungsprozesses (z.B. Befähigung der Schüler/innen, demokratische Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten wahrnehmen zu können).
- Aufgabenbereiche der Schule (Entwicklung von Sozialkompetenz).

- Bildungsbereiche: Der Bildungsbereich „Mensch und Gesellschaft“ umfasst die Zielsetzung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung (Politische Bildung im Lehrplan der Allgemein Bildenden Höheren Schule (AHS-Lehrplan 8 Schulstufe).

Der Lehrplan für den Wahlpflichtgegenstand Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung umfasst neben den Lehrinhalten für Geschichte und Sozialkunde für „Politische Bildung einschließlich Rechtskunde“ folgende Inhalte:

- Entwicklungslinien politischer Ideen und Theorien - internationale Politik, Außenpolitik (Bündnissysteme)
- Der politische Prozess in der Demokratie - politisches System in Österreich, Vergleich mit anderen Systemen
- soziologische, religiöse und physische Phänomene in der Politik
- Medien und Politik
- Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik
- Entwicklung des Rechtsdenkens
- Grundfragen des Rechtsstaates, Verfassungsrecht
- Grund- und Freiheitsrechte, Menschenrechtspolitik
- Völkerrecht
- Zivil- und Strafrecht
- Arbeits- und Sozialrecht (Lehrplan für den Wahlpflichtgegenstand Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung).

Die Lehrpläne der Allgemein Bildenden Höheren Schulen haben ein selbständiges Handeln, Mitgestaltungsmöglichkeiten, den Erwerb von Fähigkeiten usw. klar festgehalten, was auch für jene im Hauptschullehrplan bzw. der Neuen Mittelschule gilt. Das Wahrnehmen von demokratischen Mitsprache- und Mitgestaltungsrechten bzw. Mitentscheidungsmöglichkeiten in den unterschiedlichen Lebens- und Gesellschaftsbereichen erfordert die Befähigung⁴⁷ der Schüler/innen zur sach- und

⁴⁷ Um diese Fähigkeiten entwickeln zu können, muss Selbstsicherheit und auch selbst bestimmtes und selbst organisiertes Lernen und Handeln besonders gefördert werden. Die Schüler/innen sollen eigene weltanschauliche Konzepte entwerfen und ihre eigenen Lebenspläne und eigenen Vorstellungen von beruflichen Möglichkeiten entwickeln bzw. entwickeln können. Sie sind auch zum selbständigen Handeln und zur Teilnahme am sozialen Geschehen anzuhalten. Die Schüler/innen sollen auch im Rahmen der Schulgemeinschaft Fähigkeiten erwerben, die später in Ausbildung und Beruf dringend notwendig sind, wie etwa für die Bewältigung

wertbezogenen Urteilsbildung und zur Übernahme sozialer Verantwortung (BGBL.: II/Nr. 133/2005, Erster Teil der Lehrpläne der Allgemein Bildenden Höheren Schulen)

„Politische Bildung und Recht“ ist ein weiteres Fach im österreichischen Schulsystem. Beispielsweise ist es im Lehrplan der Handelsakademie im IV. Jahrgang mit drei Wochenstunden vorgesehen. Die Bildungs- und Lehraufgabe lautet hier: Die Schüler/innen sollen wesentliche rechtliche Informationsquellen unter Verwendung moderner Datenbanken zielorientiert nutzen können, ihre Kenntnisse über österreichisches und europäisches Recht aktualisieren, erweitern und in die Praxis umsetzen können, Entwicklungstendenzen der heutigen Gesellschaft kennen, sozialkritisch, konsumkritisch und umweltbewusst handeln, ihre Rechte und Pflichten als Bürger/innen, insbesondere als Unionsbürger, im öffentlichen Bereich und in der Gesellschaft kennen und verantwortungsbewusst wahrnehmen können, rechtliche Kenntnisse erwerben, die sie befähigen, in einfachen Rechtsangelegenheiten eigenständig tätig zu werden bzw. über die Wege der Rechtsdurchsetzung Bescheid zu wissen und mit Rechts- und Wirtschaftsfachleuten fachbezogen kommunizieren können (BGBL.II – Ausgegeben am 19. Juli 2004 – Nr. 291).

Der Lehrstoff umfasst als Basislehrstoff: Rechtsordnung und internationale Organisationen. Arten des Rechts, Auslegung und Auslegungshilfsmittel, Rechtssubjekte, Zugang zum Recht; Grund- und Freiheitsrechte, Funktion der wichtigsten internationalen Organisationen und Systeme der kollektiven Sicherheit. Europäisches Recht: Grundstrukturen der EU, Grundsätze des EU-Rechts und der Rechtsdurchsetzung, kollektive Sicherheit in Europa; Reform und Weiterentwicklung der EU. Österreichisches Recht: Rechtliche und politische Grundbegriffe: Rolle des Einzelnen im politischen und rechtlichen Umfeld, Parteien und Ideologien, Sozialpartner, Grundstrukturen des Staates: Staatselemente, Staats-

kommunikativer und kooperativer Eigenschaften (BGBL.: II/Nr. 133/2004, Erster Teil der Lehrpläne der Allgemein Bildenden Höheren Schulen).

und Regierungsformen; Prinzipien der Bundesverfassung, Gesetzgebung Bund und Länder, Verwaltungsaufbau, Selbstverwaltung, Kontrolle der Staatsgewalt, Gerichtsorganisation (BGBL. II – Ausgegeben am 19. Juli 2004 – Nr. 291).

Rechtsanwendung im Alltag: Regelungen des ABGB und seiner Nebengesetze, Grundlagen des Personenrechts, Familienrechts, und Erbrechts; Sachenrecht und Schuldrecht (Grundlagen der Vertragsgestaltung, Beweisbarkeit des Vertragsabschlusses, Anfechtung von Verträgen bzw. Vertragsinhalten, Vertragsstörungen, Mittel der Erfüllungssicherung), Schadenersatzrecht; Wohnungseigentums- und Mietrecht, Konsumentenschutzrecht; E-Commerce-Gesetz, Signaturgesetz, Fernabsatzgesetz; Strafrecht (Voraussetzung für Strafbarkeit, Wirtschaftsdelikte). Rechtsdurchsetzung Verwaltungsverfahren (insbesondere Verwaltungsstrafverfahren), Überblick über Zivilgerichts- und Strafverfahren; Besonderheiten des arbeits- und sozialgerichtlichen Verfahrens, Zwangsvollstreckung, Insolvenzverfahren. Unternehmer und Arbeitnehmer in Recht und Wirtschaft: Grundlagen des Gewerberechts und des gewerblichen Rechtsschutzes, des Urheberrechts (unter Berücksichtigung von Rechtsproblemen im Internet); Produkthaftungs- und Produktsicherheitsgesetz; arbeitsrechtliches Normensystem, typische und atypische Arbeitsverhältnisse, Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis, Funktionen des Betriebsrats, Beendigung des Arbeitsverhältnisses, wichtigste Bestimmungen des Arbeitnehmerschutzes und des Arbeitsverfassungsgesetzes. Berufsausbildungsgesetz. Dazu ist noch ein Erweiterungslehrstoff, IT-Bezug und ein Übungsfirmen-Konnex vorgesehen (BGBL. II – Ausgegeben am 19. Juli 2004 – Nr. 291).

Neben den Fächern „Geschichte und politische Bildung“ und „Politische Bildung und Recht“ gibt es seit dem Jahre 1978 das „Unterrichtsprinzip Politische Bildung“⁴⁸. Derzeit gibt es im österreichischen Schulsystem insgesamt zwölf Unterrichtsprinzipien, in deren unterschiedlichen Grundsaterlässen umfassende Hinweise und Vorgaben zu partizipativer Unterrichtsgestaltung festgehalten sind. Auch im Grundsaterlass zur Politischen Bildung im Unterricht wird partizipative Unterrichtsgestaltung gefordert. Zu

⁴⁸ Das Unterrichtsprinzip Politische Bildung bedeutet, dass alle Pädagog/innen in ihrem Fach Politische Bildung thematisieren bzw. mitberücksichtigen sollen. Es ist ein fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip für alle Unterrichtsgegenstände an allen Schulen Österreichs (Baumgartner 2007, S 12).

begründen ist dies mit der Formulierung In diesem Sinne sollen die Schüler/innen die Möglichkeit zu selbständiger verantwortungsbewusster Tätigkeit nützen (Grundsatzterlass Politische Bildung im Unterricht, GZ 33.464/619a/78; wiederverlautbart mit GZ 33.466/103-V/4a/94 des bm:bwk).

Im Bereich der Politischen Bildung im österreichischen Schulsystem ist es daher absolut notwendig, klar zwischen einem Unterrichtsfach Politische Bildung und dem Unterrichtsprinzip Politische Bildung zu unterscheiden. Als Unterrichtsfach bzw. als Gegenstand gab es Politische Bildung im österreichischen Schulsystem⁴⁹ bis zum Jahre 2008 an Berufsschulen und an Polytechnischen Schulen (Filzmaier/Klepp 2009, S 7).

Dieser Blick auf die gegenwärtige Situation und auf historische Entwicklungen muss aber auch im Kontext der Politik insgesamt und deren Zusammenhang mit gesellschaftlichen Lebensbereichen gesehen werden. Verschiedene Problem- und Konfliktfelder, die auf das Feld Politik und die Politische Bildung wirken, sind hier von erheblicher Bedeutung. Beispielsweise sind das die Auswirkungen der Globalisierung, die zunehmende soziale Ungleichheit, die weltweit sich auswirkenden ökonomischen Krisen, ökologische Probleme, Individualisierungsprozesse und die neoliberale Beeinträchtigung kollektiver Orientierungen usw. (Bremer et al 2013, S 8).

Im Diskurs um die Politische Bildung ist es auch immer wesentlich nicht nur Krisen im Bereich der Politik und des politischen Systems aufzuzeigen, sondern auch Krisen im Bereich der Politischen Bildung selbst. Diese Krisen gab es und gibt es noch immer, weil auch das österreichische Schulsystem dafür anfällig ist. Im Jahre 1973 wurde

⁴⁹ Mit unterschiedlichen Namenskombinationen gab es Politische Bildung auch im BMHS Bereich, d.h. an den Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen. Im AHS Bereich (Gymnasien) wurde mit Beginn des Schuljahres 2001/2002 für die Oberstufe der Gegenstand Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung⁴⁹ als Pflichtgegenstand eingeführt. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es nur die Möglichkeit eines Wahlpflichtgegenstandes und einer unverbindlichen Übung (Filzmaier/Klepp 2009, S7).

aber mit der Errichtung der Abteilung 1/9 im Bundesministerium für Unterricht und Kunst für Politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung⁵⁰ ein wesentlicher, damals revolutionärer Schritt zur Verbesserung der Situation gesetzt (Zeilner 2011, S 76 ff).

⁵⁰ Der damalige Sektionsrat Dr. Leopold Rettinger fasste seine Vorstellungen hinsichtlich politischer Bildung auch in einer Ministerinformation zusammen. Wie schwierig es ist ein Fach Politische Bildung einzuführen, erkannte damals bereits Unterrichtsminister Dr. Fred Sinowatz. Es gelang ihm nicht gegen den vorhandenen Widerstand ein eigenes Unterrichtsfach Politische Bildung einzuführen, weshalb er dann 1978 per Grundsatzerlass das übergreifende Unterrichtsprinzip ins Leben rief (Zeilner 2011, S 76 ff).

Zl. 33.464/6-19a/1978

Der Erlass „Politische Bildung in den Schulen“, der allen Lehrern als Handexemplar zur Verfügung gestellt wird, löst einen fast dreißig Jahre alten Erlass zur staatsbürgerlichen Erziehung ab.

In all diesen Gesprächen hat sich ein erfreulich hohes Maß an Zustimmung zum Unterrichtsprinzip Politische Bildung in der vorliegenden Form gezeigt. Ebenso deutlich wurde auch daß der vorliegende Erlaß schulpraktischer Ergänzungen und praxisnaher Handreichungen bedarf. Ich habe dazu die Einrichtung von Lehrerarbeitsgruppen veranlaßt, die auch schon nominiert sind und im Laufe des Schuljahres 1978/79 allen Lehrern eine erste Lieferung solcher Unterrichtsmodelle zur Verfügung stellen werden. Auch in der Lehreraus- und Lehrerbildung wird die Politische Bildung vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst schwerpunktmäßig behandelt werden.

Wien, 11. April 1978

Der Bundesminister

Frederic

Eine entscheidende Änderung erfolgte auch, als im Schuljahr 2008/2009 zusätzlich das Fach „Geschichte und Politische Bildung“ für alle achten Schulstufen eingeführt wurde. Politische Bildung wurde damit erstmals flächendeckend in der Sekundarstufe I verankert (Baumgartner 2007, S 12).

- 79 -

Sowohl im Unterrichtsprinzip Politische Bildung als auch in den Fächern „Geschichte und politische Bildung“ und „Politische Bildung und Recht“ sind das fachliche Profil und die fachliche Qualität schulischer politischer Bildung wesentlich. Der inhaltliche Gegenstand des Unterrichtsprinzips und auch der Fächer ist die Politik. Politik kann aber sehr verschiedene Facetten haben und auch mit sehr unterschiedlichen sozialen Phänomenen in Zusammenhang stehen. Nicht nur das politische System⁵² bzw. politische Systeme, deren Institutionen und Ebenen sind politisch, sondern unter bestimmten Umständen auch viele andere Inhalte (Sander 2009, S 43).

Mögliche andere Inhalte sind beispielsweise die Pflege älterer Menschen, gentechnisch veränderte Pflanzen usw. Das Politische einer Situation wird hier erst im Zusammenhang und im Kontrast mit anderen fachlichen Perspektiven klar. Es ist hier aber eine gute Aufbereitung des Stoffes durch die Lehrer/innen bzw. gute Übersetzungsarbeit notwendig (Sander 2009, S 43 f).

Politische Bildung im Schulbereich ist deshalb auch zur Förderung politischer Handlungsfähigkeit und als Aufgabe der Schulkultur zur Verbesserung der politischen Kultur zu sehen. Die Kompetenzorientierung im Bereich der Politischen Bildung soll die Erreichung dieser Ziele fördern bzw. verbessern (Sander 2009, S 44 f).

⁵² Wesentliche Inhalte für das politische System sind etwa das politische Handeln selbst und grundsätzlich, die Spielregeln der Demokratie wie beispielsweise direkte und indirekte Demokratie, Präsidialsystem – parlamentarisches System, Demokratie in der Schule, die Grundprinzipien der österreichischen Verfassung, politische Parteien, das parlamentarische System, die Sozialpartnerschaft, Gebietskörperschaften, zivilgesellschaftliche Partizipation und die Bedeutung der Medien (Höglinger 2014, S 1 ff).

6 DIE KOMPETENZORIENTIERUNG IM BEREICH DER POLITISCHEN BILDUNG

6.1 Grundlegendes zur Demokratieerziehung

In der österreichischen Bildungspolitik ist Kompetenzorientierung bereits zu einem Megatrend geworden. Diese Entwicklung wurde auch im Bereich der Politischen Bildung erkannt, die nun ihre Ziele und Aufgaben besonders in Form von Kompetenzmodellen definiert. Neben dem österreichischen Kompetenzmodell haben beispielsweise auch Deutschland und die Schweiz ihre eigenen Modelle. Der Begriff der „Kompetenzen“⁵³ ist ein wesentlicher Referenzbegriff der politischen und der wissenschaftlichen Diskussion im Bereich der Bildungspolitik. Schule und Lernen sind nicht nur in der Bildungspolitik, sondern auch in der Bildungswissenschaft zentrale Themen (Sander 2009, S 293).

Lernen wird grundsätzlich als individueller Prozess verstanden, in dem ein staatlicher Rahmen, wie etwa die Schulpflicht, Rahmenlehrpläne, Schulstufen usw. vorgegeben sind. Lern- und Lebensalter sind aber nicht immer identisch, weil die Schüler/innen aufgrund unterschiedlicher familiärer Sozialisation, bisheriger Möglichkeiten des Lernens bzw. des Zuganges zu Lernressourcen vielfach sehr unterschiedlich⁵⁴ sind (Kühberger/Windischbauer 2010, S 145).

Deshalb werden Schüler/innen auch zu unterschiedlichen Zeitpunkten in den Kompetenzbereichen und den zu ihnen gehörigen Teilkompetenzen dasselbe Niveau erreichen oder auch nicht. Bei den Lernenden wird es eine bestimmte Varianz im

⁵³ In Anlehnung an die psychologische Expertise-Forschung werden Kompetenzen als domänenspezifisch – auf ein bestimmtes Wissensgebiet bezogen – verstanden. Nach diesem Verständnis ist eine Kompetenz eine Disposition, die Personen befähigt, bestimmte Arten von Problemen lösen zu können. Das sind grundlegende Handlungsanforderungen, der Schüler/innen in der Domäne ausgesetzt sind, und bedeutet, dass konkrete Anforderungssituationen eines bestimmten Typs bewältigt werden. Verbunden werden dabei Fähigkeiten, Wissen, Verstehen, Können, Handeln, Erfahrung und Motivation (Sander 2009, S 296; vgl. auch Bundesministerium 2003, S 21 ff).

⁵⁴ Chancengleichheit und Durchlässigkeit sind hier die Schlagworte. Hier ist es wichtig, den Ausgleich zwischen regionalen, geschlechterspezifischen und vor allem sozialen Unterschieden im Auge zu behalten. Ein breiter Zugang zu Bildung und Wissen – ohne soziale Selektion – unter Rücksichtnahme auf geschlechtsspezifische Bedürfnisse und mit dem Ziel der Chancengleichheit und Durchlässigkeit muss ein gesellschaftspolitisches Anliegen sein (<http://www.fsg-hgl.at/wir-fuer-sie/arbeitschwerpunkte/recht-auf-bildung-als-soziales>, 07.04.2013, Seite 1 von 2).

selbständigen Erreichen der Kompetenzen bzw. über Teilkompetenzen im Bereich Politik und Politischer Bildung geben (Krammer 2008, S 5 ff).

Das erste Mindestziel bzw. die Grundbildung, das Pädagog/innen mit ihren Schüler/innen erreichen sollen, ist es die Rolle einzuüben, die ein Verhalten nach gesellschaftlichen Regeln verlangt. Diese politische Alphabetisierung⁵⁵ kann in der Praxis am Besten in der Sozialkunde erreicht werden, hier wird bzw. kann bereits demokratische Praxis in der Schule eingeführt werden. Anhand praktischer Fälle sollen die Schüler/innen verstehen lernen, was ihre Rechte und Pflichten sind und wie ihre eigene Freiheit durch die Rechte und die Freiheit anderer begrenzt wird. Das sind wesentliche Inhalte im Bereich der Demokratieerziehung (Demokratieerziehung im Delorsbericht).

Demokratieerziehung in einem gut funktionierenden Bildungssystem, das von demokratischen Staaten anzustreben ist und gefördert werden muss, hat es allen Menschen ein Leben lang zu ermöglichen eine aktive Rolle in der Zukunftsgestaltung der Gesellschaft zu spielen. In unserer heutigen komplexen Gesellschaft, im Zeitalter der Globalisierung und der vernetzten Welt müssen aber alle Mitglieder einer Gemeinschaft auch täglich ihre persönliche Verantwortung⁵⁶ anderen Menschen gegenüber übernehmen. Das ist im Bereich der Erziehung zur Demokratie sogar sehr wesentlich (http://www.dadalos-d.org/politikdidaktik/grundkurs_I/delors-bericht.htm, 02.02.2013, Seite 1 von 2).

⁵⁵ Hier ist es auch notwendig, dass die Ausübung von Rechten und die Erfüllung von Pflichten eingeübt wird, besonders im Sinne einer synergetischen Beziehung zwischen Bildung bzw. dem Bildungssystem und demokratischer Praxis („Lernfähigkeit: Unser verborgener Reichtum. UNESCO- Bericht zur Bildung für das 21. Jahrhundert“).

⁵⁶ Beispielsweise trifft das im Arbeitsleben zu, bei kulturellen Aktivitäten, in Vereinen, besonders aber auch in der Geschäftswelt als Konsument/innen usw. (http://www.dadalos-d.org/politikdidaktik/grundkurs_I/delors-bericht.htm, 02.02.2013, Seite 1 von 2).

Die Erziehung zur Demokratie ist systematisch gesehen auch mit zwei Grundfragen konfrontiert. Erstens ist es wesentlich, über welche Kompetenzen und Einstellungen Bürger/innen verfügen sollen, die sich die Regeln ihres Zusammenlebens im Rahmen der kollektiven Selbstbestimmung selbst geben und zweitens muss untersucht werden, ob und, falls ja, wie diese Kompetenzen und Einstellungen auch lehr- und lernbar sind. Es ist besonders wesentlich, dass zur demokratischen Erziehung mehr als die theoretische Vermittlung der Grundlagen kollektiver Selbstbestimmung, insbesondere ihres diskurs-theoretischen Ideals und seiner Realisierung in demokratischen Institutionen, gehört⁵⁷. Besonders wesentlich ist hier auch das Umsetzen in der Praxis (Goethe – Universität; <http://www.fb03.uni-frankfurt.de/43341755/demokratie-und-erziehung>, 15.04.2012, Seite 1 von 1).

Zudem ist es wesentlich, dass die österreichischen Schüler/innen mittlerweile auch EU-Bürger/innen, gleichzeitig aber auch Landesbürger/innen des betreffenden Bundeslandes und natürlich österreichische Staatsbürger/innen sind. Die Besonderheit dieser Entwicklung war und ist die Entkoppelung von nationaler Staatsbürgerschaft grundsätzlich. Durch diese Entkoppelung wird eine Vielzahl von Rechten, die aus historischer Sichtweise an die Zugehörigkeit zu einem Staatswesen gekoppelt waren, von der Ebene des Nationalstaats losgelöst (Fassmann/Davlik 2011, S 238).

⁵⁷ Die Schule hat hier die wichtige Aufgabe zu erfüllen, Kompetenzen durch Teamwork zu entwickeln und die Schüler/innen über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären. Keine anderen Unterrichtsfächer als Geschichte und Politische Bildung, Politische Bildung und Recht und das Unterrichtsprinzip Politische Bildung sind dazu besser geeignet. Besonders die Bedeutung von Rechten hat sich in den vergangenen Jahrzehnten auch wesentlich geändert. Beispielsweise durch die Ausweitung von sozialen und politischen Rechten für Migrant/innen in Westeuropa seit den 1960er Jahren oder die Gewährleistung von Menschenrechten auf globaler Ebene und auch die Möglichkeit, diese mithilfe internationaler Gerichtshöfe, wie dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, durchzusetzen, sowie die Herausbildung einer EU-Staatsbürgerschaft bildeten und bilden Driving Forces für eine postnationale Staatsbürgerschaft (Fassmann/Davlik 2011, S 238).

6.2 Mehr Demokratie in der Schule als ein Ziel der Politischen Bildung

Demokratie lernen und Politik lernen dürfen weder in der Theorie noch in der Praxis der Politischen Bildung als Gegensätze verstanden werden. In der modernen Gesellschaft ist es eine Herausforderung für die Politische Bildung Demokratie und Politik, Demokratie lernen und Politik lernen, Schulkultur und Unterricht, Wissen und Erfahrung als Zusammenhang in der Vielfalt von Theorie und Praxis herzustellen. Politische Bildung als Demokratie lernen verwandelt das Kernproblem von Politik in eine Grundfrage politischen Lernens. Demokratie lernen ist auch Politik lernen. Politische Bildung fördert hier auch die Demokratiequalität (Henkenborg 2009, S 277 ff).

Demokratie lernen und auch leben ist eines der fundamentalen Ziele Politischer Bildung. Diesbezüglich werden bereits seit längerer Zeit auch Workshops veranstaltet. Das sind im Schulbereich Deutschlands und Österreichs beispielsweise das „Deliberationsforum“ und die „Zukunftswerkstatt“. Daneben gibt es zahlreiche weitere Möglichkeiten für das „Demokratielernen“ und das Interesse an Politischer Bildung zu forcieren. Politische Planspiele und die Europapolitische Bildung sind hier besonders aktuell (<http://blk-demokratie.de/termine/veranstaltungen/bericht-zum-10-bundeskongress-fuer>, 26.10.2012, Seite 1 von 2).

6.2.1 Das Deliberationsforum: eine neue Form des politischen Lernens in der Schule

In diesem Bereich des politischen Lernens werden auch Erkenntnisse aus der Grundlagenforschung herangezogen. In einer Deliberation, das ist ein gemeinsames Abwägen und Beraten, wird auch ohne Konsensbildung ein abschließendes Abstimmungsergebnis als legitimer empfunden als eine Konfrontation am Ende einer Debatte oder Diskussion (Sliwka 2005, S 1 ff).

6.2.2 Die Zukunftswerkstatt: mehr Demokratie wagen in der Schule

Die Idee der Zukunftswerkstatt stammt von Robert Jungk, einem Zukunftsforscher. Jungks Idee war es, durch Zukunftswerkstätten Bürger/innen bzw. Schüler/innen stärker in das gesellschaftliche und politische Geschehen mit einzubeziehen. In der gegenwärtigen Praxis wird diese Methode beispielsweise genutzt, um Bürger/innen in kommunale Planungsprozesse, einem wichtigen Bereich politischer Partizipation, mit einzubeziehen. Im Schulbereich dienen Zukunftswerkstätten vor allem auch zur handlungsorientierten Gestaltung von Unterricht. Die Zukunftswerkstatt ist ein geeignetes Instrument um Teilnehmer/innen behilflich zu sein, sich ihrer Ideen, Konzepte, Probleme und Wünsche bewusst zu werden und diese auch zu formulieren. Ein weiteres Ziel ist es kreative Lösungen für bestehende Probleme zu entwickeln. Die Planung und Durchführung besteht aus drei Kernphasen. Das sind eine Vorbereitungsphase, eine Nachbereitungsphase und eine Kritikphase (Böttger 2006, S 1 ff).

6.2.3 Politische Planspiele

Planspiele, besonders auch politische bzw. politisch-ökonomische Planspiele, haben bereits eine lange Tradition im Bereich der Politischen Bildung. Sie wurden anfangs für Lern- und Entscheidungsprozesse in der Wirtschaft und in der Politik eingesetzt, später dann auch im Unterricht im Schulbereich. Das trifft hier besonders für den Bereich der Politischen Bildung zu, wo sie von engagierten Pädagog/innen besonders in der neuen Mittelschule, im AHS und BHS Bereich zur Förderung der Kreativität und des Politikverständnisses verwendet werden. Im modernen Schulunterricht sind politisch-ökonomische Planspiele Bestandteil einer methoden- und abwechslungsreichen Pädagogik. Das aktiv-produktive Lernen der Schüler/innen wird gefördert und macht auch den Transfer des Gelernten auf reales politisches Geschehen möglich. Es ist für interessierte Schüler/innen eine gute, aktuelle Möglichkeit der politischen Partizipation. Es ermöglicht eine kritische und konstruktive Auseinandersetzung mit politisch und gesellschaftlich begründeten Verhaltensweisen, Einstellungen für politisch-ökonomische Prozesse, Werte und Normen. (Virtuelle) politische und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse laufen hier ab, die Schüler/innen

können selbst Entscheidungs- und Einflussmöglichkeiten wahrnehmen, die sie dann auch in realen Situationen umsetzen können (<http://noe.arbeiterkammer.at/online/planspiele-59864.html>, 17.05.2012, Seite 1 von 2).

6.3 Die Europapolitische Bildung

Der Europapolitischen Bildung an Schulen kommt insbesondere im Hinblick auf das Verständnis und den Erwerb von Grundlagen der Europäischen Union, besonders auch wegen der Wahlen zum Europäischen Parlament, eine große Bedeutung zu. Für Jugendliche ist besonders die Schule ein wichtiger Ort für politische Partizipation und damit auch für eine qualitative Europainformation und Europapolitische Bildung (Schreiben BMUKK-27.778/25-I6b/2013 vom 20.09.2013).

Die Europapolitische Bildung im österreichischen Schulsystem umfasst viele Bereiche, das sind vor allem die Politik, die Gesellschaft, das Recht, die Wirtschaft usw. Der Unterricht erfordert hier einen interdisziplinären und systemischen Ansatz. Ein reflektiertes Europabewusstsein ist wesentliches Ziel der Europapolitischen Bildung. Verschiedene europäische Themen werden fokussiert, wobei besonders ein Zusammenhang mit der realen Lebenswelt der Schüler/innen hergestellt werden soll. Die Europapolitische Bildung⁵⁸ ist auch im Bereich des österreichischen Kompetenzmodells für Politische Bildung von besonderer Relevanz (<http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/europaerziehung.xml>, 05.10.2013, Seite 1 von 5; vgl. auch www.bmukk.gv.at).

⁵⁸ Die Europäische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist bereits vielfältig. Dazu zählen das Europäische Jugendparlament (EYP), ab 16 können Österreichs Jugendliche Mitglieder des EU Parlaments wählen, an einer grenzüberschreitenden Europäischen Bürger/innen Initiative teilnehmen oder diese starten – zur Anordnung neuer Rechtsvorschriften im Verantwortungsbereich der EU, wobei mindestens eine Million EU-Bürger/innen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten erforderlich sind (Bürgerausschuss), an einer öffentlichen Konsultation der Europäischen Bürger/innen teilnehmen

„Deine Stimme in Europa“, Beschwerden einreichen beim Europäischen Bürgerbeauftragten, an Umfragen und Debatten teilnehmen, an europäischen Bürger/innen Konferenzen teilnehmen usw. (polis aktuell Nr.4, 2012, S 18)

6.4 Das österreichische Kompetenzmodell für Politische Bildung

Auch das österreichische Modell nimmt die drei Kompetenzbereiche auf, die das Deutsche und das Schweizer Modell strukturieren. Es ist ein wichtiger Nebeneffekt der Kompetenzorientierung, dass in den deutschsprachigen Ländern zu den grundlegenden Aufgaben im Bereich Politischer Bildung ein inhaltlicher Konsens und eine ähnliche sprachliche Darstellungsform gefunden wurden. Politische Bildung soll junge Menschen in die Lage versetzen, Politik reflektiert beurteilen zu können, politisch handlungsfähig zu werden und diesbezüglich die notwendigen methodischen Kompetenzen zu erwerben (Sander 2009, S 300 f).

In Österreich versucht das von Experten errichtete Kompetenzstrukturmodell für Politische Bildung⁵⁹ viele reale Probleme zu berücksichtigen. Es schreibt deshalb nicht fest, zu welchem Zeitpunkt die Schüler/innen bestimmte Kompetenzen auf einem bestimmten Niveau erlangt haben sollten. Durch die Definition von Lernkorridoren wird aber darauf verwiesen, dass die Schüler/innen bereits in der Grundschule bzw. der Volksschule – das ist bereits die Frühphase der schulischen Politischen Bildung – aber sogar schon im vorschulischen und außerschulischen Bereich Teilkompetenzen erwerben bzw. erwerben sollen (Kühberger/Windischbauer 2010, S 134 f).

Der Unterricht in Politischer Bildung muss aber im Hinblick auf diese Zielerreichung die sozialisationsbedingten Unterschiede der Schüler/innen berücksichtigen. Aus diesem Grunde wurden die „Lernkorridore“ definiert. Die vier domänenspezifischen Kompetenzen der Politischen Bildung sind im österreichischen Kompetenzmodell klar festgelegt (Kühberger/Windischbauer 2010, S 24 ff).

⁵⁹ Im Zusammenhang mit dem „Kompetenzmodell“ für Politische Bildung wird also ein im Verlauf der Absolvierung der Pflichtschulzeit zu durchlaufender Korridor vorgeschlagen. Ein wesentliches Ziel des politischen Lernens ist das Erreichen der politischen Mündigkeit – als Ziel einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft, die folgendermaßen verstanden wird: „Jugendliche sollten die dafür grundlegende Ausprägung ihrer politischen Kompetenzen mit dem Eintritt in das Wahlalter erreicht haben“ (Krammer/Kühberger 2008, S 10).

6.5 Die vier zu erwerbenden politischen Kompetenzen (Methoden-, Urteils Sach- und Handlungskompetenzen)

Partizipation ist für den Erwerb von Kompetenzen, die wiederum für ein niveauvolles politisches Handeln entscheidend sind, eine fundamentale Voraussetzung. Für Schüler/innen wird Politische Bildung auch über politische Partizipation bzw. über die dadurch gemachten Erfahrungen, verwirklicht (Zeilner Unterrichtsvorbereitung BMHS, 2008/2009).

Das österreichische Kompetenzmodell leistet für den Unterricht eine wichtige Hilfestellung. Die vier angestrebten Kompetenzen sind:

Die Methodenkompetenz; Um über Verfahren und Methoden verfügen zu können, die es erlauben, sich mündlich, schriftlich, visuell und/oder in modernen (Massen)Medien politisch zu artikulieren.

Die Urteilskompetenz: Um politische Entscheidungen, Probleme und Kontroversen selbständig, begründet und möglichst sach- und/oder wertorientiert beurteilen zu können.

Die Sachkompetenz⁶⁰: Um Begriffe und Konzepte des Politischen verstehen und anwenden zu können (Kühberger/Windischbauer 2010, S 23).

Die Handlungskompetenz: Ist notwendig, um eigene Positionen in politischen Fragen formulieren und artikulieren zu können. Positionen anderer aufzugreifen sowie an der Lösung von Problemen unter Rücksichtnahme auf eigene und fremde Bedürfnisse teilnehmen zu können (Kühberger/Windischbauer 2010, S 23).

⁶⁰ Durch die politische Sachkompetenz wird das für das Fach bedeutsame Wissen repräsentiert. Das österreichische Kompetenzmodell lehnt sich mit der Unterscheidung zwischen „Arbeitswissen“ und „Sachkompetenz“ an ein Kompetenzmodell der FUER-Gruppe für den Geschichtsunterricht an, in der bereits der Terminus „Sachkompetenz“ als Bezeichnung für einen Kompetenzbereich in einem fachspezifischen Kompetenzmodell umstritten war. Nach Sander bzw. seiner Kritik ist Sachkompetenz im österreichischen Modell inhaltlich nichts anderes als Wissen in einer gewissen Nähe zum „konzeptuellen Deutungswissen“ des GPJE Modells (Sander 2009, S 301 f).

Diese vier festgelegten politischen Kompetenzen deklinieren jene Bereiche und die in ihnen identifizierbaren Teilkompetenzen aus, in denen die Kinder und Jugendlichen über Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften verfügen sollten. Durch die Kompetenzorientierung werden die Schüler/innen zu handlungsfähigen Individuen erzogen, die in der Lage sind zielorientiert zu handeln und ihr erworbenes Wissen und Können in neuen Situationen zu aktivieren. Die erlernten Kompetenzen sind auch transferierbar, d.h. sie werden nicht allein aufgaben- und prozessgebunden erworben, sondern sie sind ablösbar von Unterrichtssituationen, zukunftsfähig und problemoffen. Sie ermöglichen eine lebenslange Kultivierung, Steigerung und Verfeinerung (Klime/Eckert et al., 2003, S 65) vgl. auch Meyer/Klapper 2006, S 89).

6.6 Die Lernkorridore für den Erwerb der politischen Kompetenzen einschließlich der Europapolitischen Bildung

Für die mitumfasste Europapolitische Bildung im österreichischen Kompetenzmodell für Politische Bildung ist es jedenfalls wesentlich, dass unter Kompetenzen „jene Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften, die es den Schüler/innen ermöglichen, selbständig Probleme in unterschiedlichen Situationen zu lösen“ verstanden werden. Die Lernkorridore im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Kompetenzen sollen die Erreichung der Ziele und die Reflexionsmöglichkeiten fördern bzw. verbessern (<http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/europaerziehung.xml>, 05.10.2013, Seite 1 von 5).

Der Lernkorridor Urteilskompetenz (im Bereich des Nachvollziehens, Überprüfens und Bewertens vorliegender politischer Urteile/Entscheidungen). Der Lernkorridor Urteilskompetenz (im Bereich des Treffens und Formulierens eigener Urteile). (Krammer/Kühberger/Windischbauer, 2008).

In der Europapolitischen Bildung bezieht sich die Urteilskompetenz beispielsweise auf Kompetenzen des Erkennens von Konflikten zwischen Interessensgruppen und deren Zielen, in Wechselspielen zwischen nationalen und europäischen Interessen, in Spannungen zwischen Regionalismus und Zentralismus (Föderalismus,

Subsidiarität,), in Chancen und Herausforderungen und auch Problemen der Europäischen Integration und auch Kompetenzen, die für Kompromisse im Bereich der Europäischen Union charakteristisch sind (<http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/europaerziehung.xml>, 05.10.2013, Seite 1 und 2 von 5).

Der Lernkorridor Handlungskompetenz (im Bereich des Artikulierens und Durchsetzens von Interessen, Entscheidungen und Meinungen). Der Lernkorridor Handlungskompetenz (im Bereich des Nutzens der Angebote von Institutionen und politischen Einrichtungen). (Krammer/Kühberger/Windischbauer 2008).

In der Europapolitischen Bildung bezieht sich die Handlungskompetenz beispielsweise auf die aktive Nutzung der Informationsangebote zur Europäischen Union insbesondere über neue Medien, auf Planspiele oder Europäische Projekte um diese selbst durchführen zu können, auf Gruppenentscheidungen bzw. diese kennen zu lernen und organisatorisch zu beherrschen, auf Beteiligungsmöglichkeiten in der Politik (<http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/europaerziehung.xml>, 05.10.2013, Seite 2 von 5).

Der Lernkorridor Methodenkompetenz (im Bereich des Entschlüsselns und Verstehens von fertigen Manifestationen des Politischen). Der Lernkorridor Methodenkompetenz (im Bereich des Aufbaus eigener Manifestationen des Politischen). (Krammer/Kühberger/Windischbauer 2008).

In der Europapolitischen Bildung ist im Bereich der Medienkompetenz die selbständige Aneignung von Wissen besonders wichtig. Das bezieht sich auch auf Wissen über neue Medien, weshalb die Methodenkompetenz hier die Inhalte umfasst: „Wie kann ich mich informieren?, Welche Ziele werden mit der angebotenen Information verfolgt?, Was ist die Funktion der verschiedenen Medien?“ Hier ist beispielsweise auch der Fernsehkanal des Europäischen Parlamentes, der EU-Server usw. von Relevanz, Wie kann ich selbst meine Meinung kundtun? In diesem Bereich sind

besondere Möglichkeiten politischer Partizipation vorhanden
(<http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/europaerziehung.xml>, 05.10.2013,
Seite 2 von 5).

Der Lernkorridor Sachkompetenz (im Bereich des Verfügen Könnens über Begrifflichkeiten). Der Lernkorridor Sachkompetenz (im Bereich des Verfügen Könnens über Kategorien und Konzepte) (Krammer/Kühberger/Windischbauer, 2008).

In der Europapolitischen Bildung bezieht sich die Sachkompetenz auf die Fähigkeit zwischen europäischer und nationaler Verantwortlichkeit unterscheiden zu können, die verschiedenen Entscheidungsebenen zu erkennen, Entwicklungstendenzen zu erkennen wie etwa die prozesshafte (Weiter) Entwicklung der Europäischen Union, über die Europäische Union als Friedensprojekt, über supranationale (EU) und internationale Zusammenschlüsse, über die Möglichkeit von Kompromissen und besonders auch über die europäische Berichterstattung
(<http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/europaerziehung.xml>, 05.10.2013,
Seite 2 von 5).

6.7 Die Teilkompetenzen der Politischen Bildung

Die Teilkompetenzen⁶¹ sind zur Prüfung vorliegender politischer Entscheidungen und Urteile, zum selbständigen Fällen politischer Urteile, zur Artikulation und der Durchsetzung von Interessen, um Angebote verschiedener Institutionen und politischer Einrichtungen zu nutzen, zur Entschlüsselung fertiger Manifestationen und zum Aufbau eigener Manifestationen festgelegt (Krammer, 2008)

⁶¹ Die Teilkompetenzen der Politischen Bildung umfassen auch jene der Europapolitischen Bildung. Hier ist die Klarstellung wesentlich, dass es im Bereich der Europapolitischen Bildung, so wie natürlich im Bereich der Politischen Bildung grundsätzlich, besonders wesentlich ist, konkrete Beispiele zu verwenden, die bevorzugt an konkreten, interessierenden Themen und an der realen Lebenswelt der Schüler/innen orientiert sind. Für die politische Partizipation* sind solche Beispiele besonders förderlich.
(<http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/europaerziehung.xml>, 05.10.2013, Seite 2 von 5)

Die hier aufgezeigten Kompetenzen, die Lernkorridore und die Teilkompetenzen der Politischen Bildung stehen auch in Zusammenhang mit den Entwicklungs- und Lernfähigkeiten der Personen bzw. der Schüler/innen. Nach Kaufmann, einem ehemaligen Hochschullehrer an der Universität of Michigan in Ann Arbor und der University of California in Los Angeles (UCLA), kommen Entwicklungs- und Lernfähigkeiten nicht erst durch Partizipation zum Ausdruck, sondern diese erhalten durch Partizipation überhaupt erst die Möglichkeit sich zu entfalten. Diese Überlegung sah er auch in Zusammenhang mit den Möglichkeiten einer „partizipatorischen Demokratie“⁶² (Bremer et al 2013, S 14 f).

Im Rahmen einer partizipatorischen Demokratie und der vier nach dem österreichischen Kompetenzmodell zu erwerbenden Kompetenzen soll besonders auch Medienkompetenz erreicht werden. (Massen)Medien, besonders das Internet und das Fernsehen, liegen im besonderen Interesse der Politischen Bildung, weil sie eben zur Schlüsselinstanz der Politikvermittlung und auch selbst Bestandteil des Politikprozesses geworden sind. In einer Mediendemokratie ist die Medienqualität unabdingbar für die Demokratiequalität (<http://www.didacties.eu/index.php?id=525>, 04.04.2013, Seite 1 von 1).

⁶² Eine partizipatorische Demokratie – man könnte annehmen, dass das Wort partizipatorisch im Bereich von Demokratien als zusätzliches Wort überflüssig ist – fokussiert besonders die Notwendigkeit und die Verbesserungsmöglichkeiten politischer Beteiligung. Sie hat jedoch kein klares theoretisches Modell, wie etwa die ideale Form eines Staates aussehen soll. Fundamental im Kontext einer Theorie der partizipativen Demokratie ist aber die Forderung nach Verfahren und Institutionen, die ein höheres Ausmaß an politischer Partizipation ermöglichen bzw. diese verbessern (Zittel 2004, S 57 ff).

7 POLITISCHE PARTIZIPATION IM SCHULBEREICH

7.1 Grundlegendes

Im Bereich der Schule geht es um Bildung bzw. um Ausbildung. Der Zugang zur Bildung ist aber grundsätzlich unterschiedlich und verbindet damit größere und geringere Chancen im weiteren Leben, die mit dem Bildungsstand verbunden sind (Filzmaier u.A. 1999, S 229).

Bildung, besonders Politische Bildung, leistet einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft, besonders zur Verwirklichung und Weiterentwicklung der Demokratie und der Menschenrechte. Die zunehmende Komplexität in vielen Bereichen des menschlichen Lebens, die Globalisierung, die Massenkommunikation, hier besonders auch die Phänomene der Mediendemokratie kennzeichnen auch die Politik und den Politikunterricht. Zudem die Internationalisierung, die Probleme der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen und besonders auch die ungleiche Macht- und Ressourcenverteilung zwischen den Ländern, den Generationen und zwischen Frauen und Männern. Diese Lebenswirklichkeiten müssen im Bildungsbereich berücksichtigt werden, sie sind aktuelle und interessante Themen des Politikunterrichtes und beeinflussen bei interessierten Schüler/innen die politische Partizipation, das Politikinteresse und die Demokratiequalität grundsätzlich positiv (bm:ukk-Politische Bildung, 3.1.2013, Seite 1 von 2).

Politische Partizipation bedeutet im Schulbereich für Kinder und Jugendliche die Möglichkeit zu haben an schulischen Entscheidungen, die deren Lebenswelt beeinflussen, teilzunehmen oder aktiv mitzuwirken. Für diese Partizipation⁶³ gibt es viele unterschiedliche Möglichkeiten, wie beispielsweise die eigene Meinung über Probleme und deren Lösungsmöglichkeiten kundzutun, sich an Gestaltungsaufgaben im gesellschaftlichen Umfeld zu beteiligen usw. (Posch 2006, S 11).

⁶³ In diesem Bereich politischer Partizipation ist auch die Bereitschaft zu politischem Engagement (prospektiv) von der tatsächlichen Aktivität (retrospektiv) zu unterscheiden. Bei Schüler/innen bzw. Jugendlichen ist es sinnvoll sich beide Fragestellungen anzusehen, weil hier die Möglichkeit besteht, dass noch nicht die Möglichkeit zu bestimmten Formen der Partizipation vorhanden sein könnte (Abschlussbericht der Expert/innengruppe 5 „Innovative Demokratie“, S 93).

Für Schüler/innen bzw. für Jugendliche bedeutet das nach einer Definition von Richard Schröder, dem Leiter des Büros „ProKids“ in Herten: „Partizipation heißt, Entscheidungen, die das eigene Leben und das Leben der Gemeinschaft betreffen, zu teilen und gemeinsame Lösungen für Probleme zu finden“. Nach dieser Definition lässt sich die Frage ob Partizipation⁶⁴ stattfindet oder nicht an der Frage festmachen: hatten die Kinder und Jugendlichen Einfluss auf die Entscheidungen? Damit wird auch klargemacht, dass Partizipation auch immer mit der Verteilung gesellschaftlicher Macht verbunden ist (Richter 2007, S 103).

Über die politische Partizipation im Schulbereich hinausgehend gibt es im Bereich der politischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Politik grundsätzlich drei Begründungsmuster. Das sind ein politisches⁶⁵, ein dienstleistungstheoretisches und ein pädagogisches (Richter 2007, S 103 f).

7.2 Außerschulische Formen der politischen Partizipation

Die Skala der politischen Beteiligungsmöglichkeiten ist groß, über die möglichen Formen der politischen Partizipation gibt es auch unterschiedliche Ansichten, das wurde bereits dargestellt. Im Bereich der außerschulischen politischen Partizipation für Kinder unterscheidet Knauer drei Formen von Partizipation, das sind repräsentative, offene und an Projekten orientierte. Für repräsentative Partizipationsformen ist wesentlich, dass Kinder und Jugendliche bzw. Schüler/innen sich stellvertretend für

⁶⁴ Damit wird aber auch klar, dass die Frage der politischen Partizipation im (österreichischen) Schulbereich auch immer die Frage inkludiert, welchen Einfluss die Schüler/innen tatsächlich auf Entscheidungen haben bzw. haben könnten (Richter 2007, S 103).

⁶⁵ Aus politischer Begründung ist die Partizipation von Jugendlichen mit der Absicht verbunden, diese zu politischer Beteiligung zu motivieren. Aber durch ihre Beteiligungsmöglichkeit Probleme zu vermeiden bzw. zu reduzieren und auch für die Politik zu motivieren. Es ist auch Ziel demokratischer Gesellschaften und verbessert die Demokratiequalität (Schnurr 2001, S 1331).

andere Personen an politischen Entscheidungen und Planungen beteiligen. Transparenz, Freiheit des Willens und eine Begleitung (voll) geschäftsfähiger Personen sind entscheidend. Offene Formen politischer Partizipation sind für alle interessierten Kinder und Jugendlichen bzw. Schüler/innen offen Richter 2007, S 110 f; vgl. auch Stange 1996)⁶⁶.

7.3 Beteiligungsmöglichkeiten an der Politik im Rahmen der Europapolitischen Bildung

Die Möglichkeiten der politischen Partizipation im Bereich der Europapolitischen Bildung sind grundsätzlich ident mit jenen der Politischen Bildung. Darüber hinaus werden aber auch interessante Themenbereiche besonders im Zusammenhang mit der Europäischen Union fokussiert, das wurde bereits dargestellt. Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (bmukk) leistet diesbezüglich wichtige Beiträge^{67,68}

(<http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/europaerziehung.xml>, 05.10.2013, Seite 3 von 5).

⁶⁶ Die Beteiligungsmöglichkeiten sind hier sehr vielfältig. Projektorientierte Formen politischer Partizipation sind grundsätzlich auf ein Thema fokussiert. Sie richten sich an konkrete Zielgruppen und sind zeitlich begrenzt. Wichtige Beispiele aus der Praxis sind hier die Zukunftswerkstatt, die Beteiligungsspirale usw. (Richter 2007, S 110 f vgl. auch Stange 1996).

⁶⁷ Das sind im Bereich EU allgemein für die Schule besonders das Themendossier Europa, Informations- und Unterrichtsmaterialien zu Europa und der Europäischen Union, eine Folienpräsentation zum Thema EU, eine Lehrer/innenecke der EU mit Materialien zu verschiedenen Themengebieten wie etwa Umwelt, Energie, Wirtschaft, Konsumentenschutz usw., eine Lehrer/innenseite der Europäischen Zentralbank wo auch Planspiele zur Geldpolitik usw. beinhaltet sind, Stadtspaziergänge zum Thema Europa um Bezugspunkte wie etwa Denkmäler kennen zu lernen, eine EU Kinderecke, die Europatage Grafenbach mit Projekttagen für Schüler/innen zum Thema Europäische Union, die EU Bildungsprogramme der Nationalagentur Lebenslanges Lernen, Lehren und Lernen im Ausland, der Europass* usw. (<http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/europaerziehung.xml>, 05.10.2013, Seite 3 und 4 von 5).

⁶⁸ Zudem gibt es im Bereich Debattieren über Europa, der für die politische Partizipation der Schüler/innen sehr aktuell ist, EU-Debatten online, Open Days im Europahaus in Wien die Europawerkstatt der Demokratiewerkstatt im Parlament, Euroscola und den Referendendienst der Vertretung der Europäischen Kommission. Neben diesen dargestellten Möglichkeiten politischer Partizipation im Rahmen der Europapolitischen Bildung sind als weitere noch Europa-NGOs, die österreichischen EU – Informationsstellen, die allgemeinen Informationen über die Europäische Union wie besonders der EU Server und Besucherdienste für Gruppen in Brüssel wesentlich (<http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/europaerziehung.xml>, 05.10.2013, Seite 4 und 5 von 5).

7.4 Politische Partizipation Jugendlicher im Internet

Das Internet, besonders Anwendungen und Dienste des Social Web, wie beispielsweise Blogs und Social Networking – Sites, sind für Schüler/innen bzw. für Jugendliche bereits selbstverständliche Bestandteile ihres Alltagslebens und werden auch zur politischen Partizipation genutzt. Andrian Kreye erklärte bereits 2011, dass das Internet für Jugendliche „nicht nur Mittel ist, sondern auch Identitäts- und Sinnstifter“. Im Bereich der Politischen Bildung ist es daher wesentlich zu erforschen, wie Jugendliche das Internet und besonders die Formen des Informations-, Identitäts- und Beziehungsmanagements im Social Web für politische Partizipation und zur Teilhabe an der Gesellschaft nutzen. e-Partizipation ist im Bereich der politischen Teilnahme ein wesentlicher Faktor (<http://journal.kommunikation-medien.at/2012/04/politische-partizipation-jugendlicher...>, 06.09.2013, Seite 2 von 15).

e-Partizipation, die oft auch in Zusammenhang mit e-Government, e-Administration und e-Demokratie steht, bedeutet die Einbindung in Diskussions-, Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse mittels Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) wie beispielsweise besonders das Internet und elektronische Medien. Die hier möglichen elektronischen Beteiligungsformen bzw. Möglichkeiten umfassen Abstimmungen, Debatten, Eingaben, Informationen, Konsultationen usw. Der Vorteil der e-Partizipation liegt grundsätzlich in größerer Transparenz und vielen neuen Zugängen für Beteiligungsprozesse (polis aktuell Nr.4 2012, S 17 f).

7.5 Ein Modell: Die fünf Stufen der Partizipationspyramide

Das Spektrum politischer Partizipationsformen ist für Kinder und Jugendliche bereits sehr groß geworden, das wurde auch klar aufgezeigt. Die Intensität reicht

beispielsweise von Möglichkeiten der Mitsprache über Mitwirkung und Mitbestimmung bis hin zu mitverantwortlicher Selbstbestimmung. Andere Gradmesser, die für politische Beteiligung herangezogen werden, sind beispielsweise die „Information“, die „Konsultation“ und die „Kooperation“. Informiert sein bzw. informiert zu werden ist eine notwendige Voraussetzung für politische Partizipation, zählt aber noch nicht zur eigentlichen Teilnahme (polis aktuell Nr.4 2012, S 6).

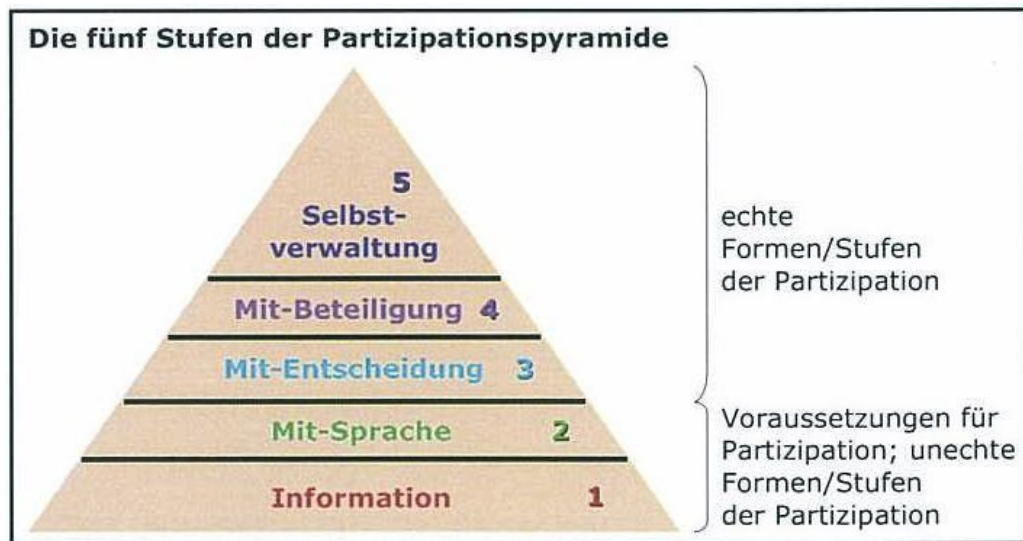


Abbildung 2: Die fünf Stufen der Partizipationspyramide (Quelle: funtasy projects, www.funtasy-projects.ch)

Das Modell der hier dargestellten Partizipationspyramide bietet eine Möglichkeit, um den Grad der Mitentscheidung der beteiligten Personen sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich, einzuschätzen. Die Qualität der politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen ergibt sich grundsätzlich aus den Aspekten „gut zu Entscheidungen zu kommen“, das ist ein Prozess und „gute Entscheidungen zu treffen“, das ist das angestrebte Ergebnis (polis aktuell Nr.4 2012, S 6).

7.6 Jugendpartizipation unter dem Blickwinkel von Geschlecht und Migration

Manche bisher durchgeführten sozialwissenschaftlichen Studien zur politischen Partizipation von Jugendlichen bewerten deren Teilhabe und Teilnahme an politischen Prozessen im Vergleich mit erwachsenen Bürger/innen als defizitär. Im Bereich der Forschung sind zwei Aspekte bzw. zwei Differenzierungen von besonderer Relevanz, das sind das Geschlecht und der Migrationshintergrund. Beide Bereiche sind in Zeiten veränderter Familien- und Soziostruktur, anhaltend hoher Migrant/innen Anteile unter Kindern und Jugendlichen und erwarteter Neuzuwanderungen besonders aktuell.

Das Resümee einer Wiener Forschergruppe zur politischen Partizipation Jugendlicher – junger Frauen und junger Migrant/innen: „Das Wissen über das Verhalten und die Interessen von Jugendlichen ist bescheiden, insbesondere gibt es Wissensdefizite über sich neu entwickelnde Formen politischer Beteiligung“⁶⁹ (Demokratieinitiative der Bundesregierung, Themenfeld 5: „Innovative Demokratie“).

Studien wiesen aber auch darauf hin, dass junge Frauen und Migrant/innen ein spezifisches Interesse an lebensweltlichen Themen und unkonventionellen Formen politischer Beteiligung haben. Diese sind aber eher außerhalb des formalpolitischen Rahmens angesiedelt. Besonders auffallend ist hier, dass die politische Manifestation oft kurzfristig, situativ und an ganz spezifischen Themen orientiert ist („Innovative Demokratie“).

⁶⁹ Grundsätzlich weisen bisher durchgeführte wissenschaftliche Studien darauf hin, dass die Distanz zu formalpolitischer Beteiligung bei jungen Frauen und bei jungen Migrant/innen höher ist als bei jungen Männern der Mehrheitsgesellschaft. Begründet wird dieses Ergebnis mit der Konfrontation beider Gruppen mit bestimmten partizipationshemmenden und/oder politisch demobilisierenden Faktoren. Das sind der Bildungsgrad (besonders Sprachkenntnisse), kulturell bzw. gesellschaftlich tradierte Wert- und Normvorstellungen, der Zugang zum Arbeitsmarkt, Arbeitsteilung, Familienstrukturen und etablierte Geschlechterrollen usw. Dadurch wird das politische Partizipationsverhalten mitbestimmt, es überlagert und verstärkt sich bei jungen Frauen mit Migrationshintergrund. Es liegt hier eine Intersektion der sozialen Strukturmerkmale Migration und Geschlecht vor, was Marginalisierung und Exklusion bedeutet („Innovative Demokratie“).

7.7 Ein Beteiligungsscheck für Möglichkeiten politischer Partizipation

Besonders um Möglichkeiten politischer Partizipation für Schüler/innen bzw. Jugendliche übersichtlicher zu machen, ist auch die Erstellung eines Beteiligungsschecks sinnvoll. Die Schüler/innen sollen dazu angeregt werden zu überlegen, wie sie sich bisher an der Politik beteiligt haben und wie sie sich grundsätzlich an der Politik beteiligen könnten. Dadurch soll auch das Interesse an Politik und an Politischer Bildung gefördert werden. Der hier dargestellte „Beteiligungsscheck“ bzw. diese ausgewählten Möglichkeiten politischer Partizipation für Schüler/innen wurden bereits in der ersten Hälfte der 1990er Jahren angefertigt. Er war für Schüler/innen einer Maturaklasse bzw. einer fünften Klasse BHS im Unterrichtsfach „Staatsbürgerkunde und Rechtslehre“ in Verwendung und dann auch in den Fächern „Wirtschaft und Recht“ und „Geschichte und politische Bildung“.

Beteiligungsscheck (ausgewählte Möglichkeiten):

- Wie haben Sie sich bisher an der Politik bzw. an der Demokratie beteiligt?
- Was verstehen Sie grundsätzlich unter politischer Partizipation?
- Teilnahme an Wahlen (aktives und passives Wahlrecht)
- Beteiligung an Instrumenten der direkten Demokratie
- Demokratie in der Schule (Klassensprecher, Schulsprecher,)
- Politische Partizipation im Familien- und Freundeskreis
- Politische Partizipation durch Medien
- Diskussion mit Politikern (z.B. auch in Sprechstunde usw.)
- Unterschriftenaktionen
- Einsicht in Planungsvorhaben
- Bürger/innen Beteiligungen bzw. Initiativen (Unterschriftenaktionen,)
- Mitglied in politischen (Jugend) Organisationen bzw. politischen Parteien
- Jugendparlamente
- Politische Planspiele
- Teilnahme an Projekten zum Thema Politik und Politische Bildung
- Politische Partizipation im Bereich Protest (Teilnahme an Demonstrationen usw.)

- Veranstaltungen im Bereich Politische Bildung im Unterricht
- Beteiligung in den Fächern „Geschichte und politische Bildung“ und „Politische Bildung und Recht“
- Beteiligung im Rahmen der Umsetzung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung
- Sonstiges (Quelle: Franz Zeilner, Unterrichtsvorbereitung BMHS, 1997/98)

8 DIE BEDEUTUNG DER MEDIEN FÜR DIE TEILNAHME AN DER POLITIK BZW. DER POLITISCHEN BILDUNG

8.1 Grundlegendes zur Demokratie

Die Bedeutung der Medien, hier besonders das Internet, für politische Teilnahmemöglichkeiten von Schüler/innen wurde bereits dargestellt. Medien spielen sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich eine fundamentale Rolle für politische Partizipation. Das setzt sich auch fort für die Zeit nach dem Schulleben, wo Medien weiterhin viel für die politische Partizipation leisten bzw. diese ermöglichen. Deshalb ist der gezielte Einsatz von (Massen) Medien und das Erreichen von Medienkompetenz im Politikunterricht von großer Bedeutung. Medienkompetenz ist auch nach Beendigung der Schulzeit wesentlich, sie hat eine lebenslange entscheidende Bedeutung. In einer Mediendemokratie ist die Medienqualität wesentlich für die Politik und unabdingbar für die Demokratiequalität (Klafki 1991, S 49 ff).

Politik und Medien stehen aber in einem permanenten Spannungsfeld. Die Politik und ihre Akteur/innen beeinflussen die Medien und auch umgekehrt. Informationen bzw. Mitteilungen werden von der Politik bewusst in den Medien lanciert, wodurch diese dann auch aktuell für die Politik werden. Anders gesehen können aber auch Medien bewusst politische Botschaften veröffentlichen und dadurch versuchen die öffentliche Meinung zu konkreten Themen zu beeinflussen (Hellmuth/Klepp 2010, S M3; vgl. auch Hellmuth 2009 Unterrichtsbeispiel: Medien und Macht. Zur politischen Ambivalenz der Mediendemokratie).

Besonders beeinflussen die Massenmedien⁷⁰ das politische Geschehen in einem erheblichen Ausmaß. Vielfach wird dadurch auch die politisch wirksame öffentliche Meinung geprägt. Die Wirkung der hohen bzw. großen Publizität ist hier besonders wesentlich. Nur politische Themen, die das Interesse der Massenmedien finden bzw.

⁷⁰ Zu den Massenmedien zählen die Presse wie etwa Zeitungen, Zeitschriften usw., Fernsehen, Radio, das Internet usw. Es sind Medien die für alle – wenn auch nicht im gleichen Ausmaß – zugänglich sind. Botschaften werden hier indirekt über technische Mittel gesendet. Mit Ausnahme des Internets (Chatroom) werden Mitteilungen einseitig vermittelt. Der Empfänger kann nicht unmittelbar antworten bzw. reagieren (Hillgruber, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Februar 2003).

dort abgehandelt werden, sind in einer „Mediendemokratie“ von allgemeinem Interesse. Die Bürger/innen erhalten Informationen zu diesen Themen überwiegend aus den Medien. Vertreter der Medien beschaffen selbst Informationen, sie bereiten diese auch auf und nehmen dazu selbst Stellung. Dadurch wirken sie als orientierende Kraft. Medien haben schon längst nicht mehr nur die Rolle eines politikvermittelnden Beobachters und Kontrolleurs, sie sind auch Politikgestalter für bestimmte Themenbereiche. Das ist auch im Bereich der Politischen Bildung von Bedeutung (Hillgruber, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Februar 2003).

Neben der Medienkompetenz werden für die Zukunft besonders zwei weitere Themenbereiche in der Politischen Bildung von besonderer Relevanz sein. Das sind die Neubewertung politischer Institutionen und die Thematisierung der Bedrohung bzw. Gefährdung unseres Daseins und unserer bisherigen Lebensform. Die Medienkompetenz ist eines der vielen Ziele Politischer Bildung, sie ist aber ein besonders wichtiges (Filzmaier u.A., 1999, S 248).

Medien sind Schlüsselinstanz der Politikvermittlung und Medienkompetenz ist Ziel der Politischen Bildung, das wurde bereits aufgezeigt. Es stellt sich hier zudem auch die Frage, was bringt die Medienkompetenz für die Demokratiequalität bzw. das Verständnis von Demokratie und Politik? Vorweg ist hier auch die Feststellung notwendig, dass wir in einem Zeitalter der Informationsexplosion leben. Die digitale Datenexplosion veränderte die Welt und unser Leben auf eine radikale Art. Mit Stand Jahresbeginn 2013 wurden pro Sekunde weltweit 3,7 Millionen E-Mails verschickt und innerhalb von drei Monaten etwa 18 Milliarden Fotos auf Facebook hochgeladen. 90 % der weltweit existierenden Daten stammen aus den vergangenen beiden Jahren. Das Thema „Big Data“⁷¹ ist für den Bereich der Politischen Bildung bzw. der Demokratiepolitischen Bildung sehr aktuell oder sollte es im Unterricht von engagierten Pädagog/innen jedenfalls sein ([www.academia – superior.at](http://www.academia-superior.at)).

⁷¹ Diesbezüglich ist es für Schüler/innen auch wichtig zu wissen, dass unser Verhalten von Tag zu Tag durch das Anwachsen der Datenmenge, die wir hinterlassen, genauer vorhersehbar wird als es bisher war. Auch die Rechenleistung der Computer wird ständig verbessert, um diese riesigen Datenmengen zu erfassen und auch um neue Querverbindungen zwischen diesen Daten herzustellen bzw. diese Daten zu verknüpfen. Im Bereich der Massenmedien ist dies auch notwendig geworden (Die Presse, Freitag, 10. Mai 2013, S 1).

Diese „Datafizierung“⁷² ist revolutionär aber auch mit großen Risiken behaftet, weil sie auch neue Einblicksmöglichkeiten in sehr viele Bereiche unseres Lebens gewährt. Das betrifft auch die sogenannte „Privatsphäre“. Alles was ist und sein wird, hat auch ein Datum, das betrifft die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft. Datafiziert werden auch Dinge und Ereignisse, die bisher kaum Aufmerksamkeit erreichten. Diese Daten werden auch sehr gut verwertbar, dies den Schüler/innen im Politikunterricht bewusst zu machen, ist wesentlich, weil damit vielfach auch der Schutz der Privatsphäre verbunden ist bzw. dieser wirkungslos werden kann. Die Publikationswirkung von Massenmedien ist enorm hoch und eben auch mit Risiken verbunden (Die Presse, Freitag, 10.Mai 2013, S 1).

In einer funktionierenden Demokratie erfüllen Massenmedien bereits seit langem eine zentrale Aufgabe. Sie sollen Informationen beschaffen, bewerten, verbreiten und politische Institutionen oder andere politisch tätige Personen kontrollieren und kritisieren, mit dem Ziel dass Bürger/innen in der Lage sind, mündig zu entscheiden und zu handeln. Diese politische Mündigkeit ist wesentliches Ziel des Unterrichts in Politischer Bildung, besonders im 21. Jahrhundert.

(<http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/informationen-zur-politischen-bildung/7484/ma...>, 04.04.2013, Seite 1 von 1)

⁷² Big Data bietet auch im Hinblick auf Großdatenanalyse eine wichtige Zukunftschance. Die Politik und die Politische Bildung hat hier aber auch die Aufgabe auf mögliche Risiken hinzuweisen und aufzuklären. Das sind besonders Datenvernetzungen mit den Schlagworten „gläserner Mensch“ und „Datensicherheit“. Angebot und Vielfalt der Massenmedien hat sich in den vergangenen Jahrzehnten durch das Internet dramatisch gewandelt. Eine sinnvolle und verantwortungsbewusste Auswahl ist hier sehr entscheidend ([www.academia – superior.at](http://www.academia-superior.at)).

Die Menschen im 21. Jahrhundert leben in einer Informations- oder Multimediasgesellschaft, wo Nachrichten bzw. auch politische Nachrichten grundsätzlich rund um die Uhr verfügbar sind. Es ist kaum möglich sich dieser großen Informationsflut zu entziehen. Nicht alle Menschen haben aber freien Zugang zu allen Medien, was auch ein rechtliches Problem darstellt, wie zudem auch die Frage, was von den übermittelten Informationen „gefiltert“ und was „ungefiltert“ ist bzw. wie objektiv eine Berichterstattung ist. Neue Informations- und Kommunikationstechnologien⁷³ begünstigen sogar diese Entwicklungen, die einer Kontrolle durch verantwortungsbewusste Personen bedürfen ([www.academia – superior.at](http://www.academia-superior.at)).

Für Schüler/innen ist es im Bereich des Politikunterrichts bzw. der Medienkompetenz auch wichtig, dass Medien eine bestimmte Funktion erfüllen bzw. erfüllen sollen und sich demokratische Staaten durch eine Vielzahl an Medien auszeichnen. Beispielsweise wenden sich Zeitungen, das Radio, das Fernsehen und das Internet mit aktuellen politischen Inhalten an einen großen Adressatenkreis bzw. an eine große Anzahl Menschen. Massenmedien haben in einer Demokratie drei Hauptfunktionen. Das sind die Information, die Mitwirkung an der politischen Meinungsbildung und die Kontrolle und die Kritik (Filzmaier 2007, S 93 f).

Eine Vielzahl nicht zensurierter (Massen) Medien ist auch ein Parameter für die Demokratiequalität eines Staates und sollte im Politikunterricht auch thematisiert werden. Die Bedeutung der Medien bzw. deren Funktionen⁷⁴ für die Politik und den Politikunterricht ist sehr hoch. Neben den Printmedien trifft dies in Österreich besonders für den Rundfunk zu (ORF). Die Bedeutung des Fernsehens als Massenmedium führte im Parteienwettbewerb bereits dazu, dass sogenannte

⁷³ Die rasante Entwicklung dieser neuen Informations- und Kommunikationstechnologien hat im Bereich der Politikwissenschaft und auch im Bereich der Politischen Bildung zu teilweise hohen Erwartungen geführt. Es entwickelten sich Begriffe wie beispielsweise Mediendemokratie, digitale Demokratie und vor allem aber Medienkompetenz. Medien stehen in engem Zusammenhang mit dem politischen Wettbewerb weshalb das österreichische Mediensystem, hier besonders die Fernsehdemokratie, der Stellenwert von Zeitungen und das Internet, von besonderer Relevanz sind (Filzmaier 2007, S 93).

⁷⁴ Die wichtigsten Funktionen von Medien sind die Informationsfunktion, die soziale Funktion, die politische Funktion, die ökonomische Funktion und die Kritik- und Kontrollfunktion. Zu diesen Funktionen kommen jedenfalls noch die für den Bereich Politische Bildung sehr wichtige Bildungsfunktion und die Unterhaltungsfunktion dazu. Wesentlich sind hier besonders auch die Redezeit der Parteien und der Politiker im Bereich des österreichischen Rundfunks (ORF). 2011 war die Redezeit der Politiker in der ZIB 1 betreffend Werner Faymann vor Michael Spindelegger und Maria Fekter führend (Quelle: MEDIAWATCH, der Standard).

klassische Wahlkampfformen wie etwa Betriebsversammlungen, Rundreisen von Politiker/innen usw. vielfach nicht mehr so wesentlich sind. Medienbildung hat hier bereits eine große Bedeutung erreicht (Zeilner 2007/2008, Unterrichtsvorbereitung Geschichte und politische Bildung).

Politische Bildung und Medienbildung bzw. Medienerziehung ergänzen sich und brauchen einander. Inhaltliche und technische Medienkompetenz⁷⁵ ist eine Basisqualifikation und im Unterricht von erheblicher Relevanz. Medien reagieren auch auf gesellschaftliche Verhältnisse, auf Veränderungen und Entwicklungen, die bei vorhandener Medienkompetenz zu einem Informationsvorsprung führen können (Klafki 1991, S 49 ff).

Niveauvolle Medien⁷⁶ haben auch gegenwärtige und zukünftige Lebensverhältnisse der Menschen und deren Entwicklungsmöglichkeiten zum Thema, weshalb sie damit eine politische und pädagogische Verantwortung tragen. Der Fokus im Bereich der Medien, der Medienpädagogik und der Politischen Bildung sollte besonders auf der Sicherung des Friedens, der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Globalisierung, dem Abbau von gesellschaftlich bedingter Ungleichheit, der Gleichberechtigung von Mann und Frau und jedenfalls auch auf der Orientierung bzw. Orientierungsmöglichkeit in einer zunehmend unübersichtlicher werdenden Informations- und Kommunikationsgesellschaft liegen (Klafki 1991, S 49 ff).

⁷⁵ Die politische Bedeutung des Begriffes Medienkompetenz ist manchmal aber unklar. Im Bereich der Politischen Bildung wird Medienkompetenz sowohl als subjektive Handlungskompetenz aber auch als pädagogische Schlüsselqualifikation und als elementare Kulturtechnik gesehen. Hier ist aber anzumerken, dass Medienkompetenz auch eine politische Kategorie ist. Medien sind nicht nur ein Medium sondern auch Realität bzw. Faktor in der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung (Kübler 1999, S 25 ff).

⁷⁶ Die Anforderungen und die Verantwortung der Medienunternehmen bzw. deren Mitarbeiter sind hier sehr hoch und für das Politikinteresse und die Demokratiequalität sicher von besonderer Wichtigkeit, besonders auch weil die Reichweite vieler Medien und deren Beeinflussungsmöglichkeiten grundsätzlich sehr hoch ist (Quelle: www.media-analyse.at).

8.2 Die Reichweite von Medien am Beispiel ausgewählter österreichischer Tageszeitungen (Reichweite (RW) in % im Jahre 2010/2011)

Diese Reichweite sagt aus, wie viel Prozent der Bevölkerung mit einer konkreten Zeitung Kontakt haben. Die Auswahl betraf aktuelle Tageszeitungen und Wochenzeitungen in Österreich (Quelle: www.media-analyse.at)

8.2.1 Tageszeitungen

Tageszeitung	Reichweite (RW) in % ausgewählter österreichischer Tageszeitungen
Kronen Zeitung	(37,9)
Kleine Zeitung	(11,3)
Österreich	(10,0)
Kurier	(8,2)
Der Standard	(5,1)
O.Ö. Nachrichten	(4,8)
Tiroler Tageszeitung	(3,9)
Die Presse	(3,8)
Salzburger Nachrichten	(3,5)
Vorarlberger Nachrichten	(2,5)
Neue Kärntner TZ	(0,6)

8.2.2 Wochenzeitungen

Wochenzeitung	Reichweite (RW) in % ausgewählter Wochenzeitungen
TV-media	(13,0)

Die ganze Woche	(13,4)
News	(9,8)
Profil	(6,4)
e-media (14-tägig)	(3,4)
Format	(2,2)
Sportwoche	(2,6)
(Quelle: www.media-analyse.at)	

8.3 Die größten Medienunternehmen in Österreich

DER STANDARD-Ranking: Österreichs größte Medienunternehmen 2009		
ORF	Umsatz: 869 Millionen Euro [-25,8]	
- Umsatz: 869 Mio. Euro (2008: 884,8 Mio., Konzern gesamt mit Töchtern: 902,44 Mio.); 526,4 Mio. Gebühren (2008: 503,9 Mio.), 222,8 Mio. Werbung (263,3 Mio.) - Beschäftigte: 3524 (Vollzeitstellen ohne Töchter: 3648, Konzern ges. 4131, 2008: 4237) - Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) 2009: -44,5 Mio. Euro (*08: -79,7 Mio.)	Marktführer in: TV ORF1+ORF2 national 39,1 % Marktanteil, Kabel- u. Satellitenhaushalte 36,8 %, Publikum ab 12 Jahren, Radio Ö3, Ö1, FM4, Regionalsender: 76 % Marktanteil österreichweit, Hörer ab 10 Jahren Internet ORF.at mit vielen Unterseiten: 40,3 % Reichweite (im Monat)	Eigentümer: Stiftung, gehört sich praktisch selbst. Eigentümervertreter: Regierung, Bundesländer, Parteien, Interessenvertreter
Mediaprint	Umsatz: 463,6 Millionen Euro [-24,5]	
- Umsatz: 463,6 Mio. Euro [Geschäftsjahr 2008/09 bis 30. Juni 2009] (2007/8: 488,2 Mio., nach eigenen Angaben damals 485 Mio.) - Beschäftigte: 1820 (1880) - EGT 2008/9 lt. Firmenbuch: 1,3 Mio. (2007/8: 18,8 Mio.), Bilanzgewinn 2008/9: 706.625 Euro	Medien: Kronen Zeitung Nr. 1 Österreichs, 40,4 % Reichweite Kurier 8,7 % Reichweite Bezirksjournale (Gratiswochenzeitungen Wien, NÖ) : Kronehit (einziges nat. Privatradio; Krone, Kurier je 50 %) IPA (RTL Werbevermarkter in Österreich (Krone-Gesellschaft hält 50 %) Sat 1 Österreich (produziert Promotion-Programme, Kurier hält 24,9 %) - krone.at, kurier.at	- Eigentümer: Krone u. Kurier, (je 50 %) Gewinnverteilung lt. Kommanditanteilen 70 zu 30. Mediaprint ist gemeinsamer Verlag (Druck, Vertrieb, Anzeigen, Verwaltung). Kündigung der Mediaprint-Gesellschafterverträge seit 2008 möglich. - Eigentümer Krone: Hans Dichand (50 %), WAZ (50 %) - Eigentümer Kurier: Raiffeisen (rd. 50,6 %), WAZ (49,4 %)
Styria Media Group	Umsatz: 454 Millionen Euro [-32*]	
- Umsatz: 454 Mio. Euro (2008: 486 Mio., *laut Konzern nur bedingt vergleichbar wegen Verkauf von Unternehmen und Beteiligungen wie mehrWert, Media Consult Austria, Skip, Distripress mit laut Konzernangaben Volumen von 17,2 Mio. Euro; Distripress-Verkauf in Kroatien reduzierte alleine um 9,8 Mio.) - Beschäftigte: 3100 (2008: 3300 – laut Konzern nicht vergleichbar, weil nun Mitarbeiterzahl wie Umsätze nach Beteiligungshöhe gewichtet) - EGT 2008: 10,2 Mio. (Gruppe lt. Firmenbuch; 2007: 17,2 Mio.)	Medien in Österreich: Kleine Zeitung Wichtigster Geldbringer, Nr. 2 Österreichs, national 12,1 % Reichweite, Steiermark 53,2 %, Kärnten 52,4 % Die Presse Umsatz inkl. Online und Joint Venture mit Wirtschaftsblatt: 55 Mio. Euro (2008 vor JV, nicht vergleichbar: 61 Mio.), Mitarbeiter: 263 (2008: 248), Reichweite: 3,6 % - Wirtschaftsblatt Umsatz: 15,5 Mio. (2008: 18), Mitarbeiter: 123 (-2, inkl. Freie) Reichweite: 1,2 % Styria Multi Media Zweitgrößte Magazingroup nach News mit Diva, Wienerin, Wiener, Miss, Sportmagazin, Sportwoche – Umsatz: rd. 31 Mio. (nach Umstrukturierung, 2008: rd. 40) Beschäftigte: rd. 200 Die Furche Regionalmedien Austria (RMA) Verbund von Gratiswochenblättern (Bezirksblätter, Woche Kärnten/Steiermark, Wiener Bezirkszeitung), gehört	- zu 50 % Styria u. 50 % Moser, Umsatz: rd. 100 Mio. (konsolidiert rd. 85 Mio.) - Antennen Steiermark, Kärnten - Sat.1 Österreich (24,5 %) - Online (kleinezeitung.at, diepresse.com, wirtschaftsblatt.at, wilhaben.at (mit norwegischem Medienhaus Schibsted) - Medien Ausland (Umsatzanteil: rd. 25 %/116 Mio., Schätzung): - Marktführer in Kroatien mit 24sata, Vecernji List, Poslovni dnevnik - Slowenien: starke Marktposition mit Gratiszeitung Zurnal 24, Gratiswochenz. Zurnal, Beteiligung an Tageszeitung Dnevnik - Montenegro: Beteiligung an Daily Press mit marktführender Tageszeitung Vijesti - Norditalien/Friaul: Wochenzeitung Il Friuli - Eigentümer: Katholischer Medien Verein Privatstiftung (98,33 %) und Katholischer Medien Verein (1,67 %)

Abbildung 3: Die größten Medienunternehmen in Österreich (Quelle: MEDIAWATCH).

Medien sind auch internationale Akteure der Politik, das trifft besonders auf zentrale Nachrichtenagenturen und globale Medienkonzerne zu. Sie haben auch eine erhebliche machtpolitische Bedeutung. Für die Teilnahme an der Politik sind sie von besonderer Wichtigkeit⁷⁷ und haben im Politikunterricht zentrale Bedeutung (Filzmaier 2007, S 129).

⁷⁷ Beispielsweise beziehen etwa 21 Prozent der Österreicher/innen ihre politischen Informationen überwiegend aus Fernsehsendungen oder bezeichnen das Fernsehen als ihre wichtigste politische Informationsquelle. Im Jahre 2007 folgten Zeitungen mit 54 Prozent und Radio mit 21 Prozent (Filzmaier 2007, S 97).

8.4 Political Leadership aus journalistischer Sicht am Beispiel Österreich

Historisch betrachtet geht der Ursprung bzw. der Begriff „Political Leadership“ auf James MacGregor Burns in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zurück. Viele Wissenschaftler im angloamerikanischen Raum sehen darin einen Qualitätsanspruch, der auch ethische Komponenten und eine konstruktive Beziehung zwischen politischer Führung und den Bürger/innen bzw. der potentiellen Wählerschaft inkludiert (http://de.wikipedia.org/wiki/Political_leadership, 29.04.2014, Seite 1 von 3).

Damit ist auch grundsätzlich ein positiver Zusammenhang mit politischer Partizipation, mit dem Interesse an Politik und mit der Qualität von Demokratie herzustellen. Es besteht zunehmendes öffentliches Interesse, das im Kontext mit dem Phänomen der Personalisierung von Politik zu sehen ist. Politikvermittlung in den (elektronischen) Massenmedien und eine Politikunzufriedenheit der Bürger/innen in westlichen Demokratien sind hier besonders relevant und eröffnen ein interessantes Feld für Forschungen (http://de.wikipedia.org/wiki/Political_leadership, 29.04.2014, Seite 2 von 3).

Political Leadership basiert auf dem jeweiligen politischen Kontext und bedeutet das Wollen und die Fähigkeit einer Person oder einer Gruppe gesellschaftliche Prozesse nachhaltig zu gestalten, wobei die Einhaltung der Menschenrechte, das Allgemeinwohl vor Eigennutz und die Einbindung von beteiligten Personen in politische Prozesse vor Alleingängen wesentlich ist, das wurde auch bereits dargestellt. Daraus kann ebenfalls abgeleitet werden, dass Political Leadership für die politische Partizipation, für das Politikinteresse und für die Demokratiequalität grundsätzlich von Bedeutung ist und Forschungen in diesem Bereich sicher zielführend sind (www.political-leadership.co.at).

Die hier relevante, über zwei Jahre dauernde Studie fokussierte drei wesentliche Forschungsfragen. „Wie definieren Journalist/innen Political Leadership?“, „Wie

beurteilen Österreichs Journalist/innen die aktuelle Situation im Zusammenhang mit Political Leadership?“ und „Wo sehen Journalist/innen konkrete Verbesserungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit Political Leadership?“⁷⁸ (Studie der OEGPW-Sektion Political Leadership, S 1 ff).

Als ein Ergebnis der Online Befragung war u.A. ein Trend festzustellen bzw. bestätigte sich dieser, nämlich dass Österreichs Journalist/innen sich vom aktuellen Angebot an Political Leadership, Professionalität und Qualität in der Politik* eindeutig wenig begeistert zeigten. Die österreichische Politik wurde in allen drei Kategorien von deutlich über 80 Prozent der Journalist/innen als mittelmäßig bis schlecht beurteilt wobei sich hier immer deutlich mehr für die Kategorien eher schlecht bis schlecht entschieden und nicht für das Mittelmaß. Mit der Note Sehr gut gab es keine einzige Beurteilung (Studie der OEGPW – Sektion Political Leadership).

Knapp die Hälfte der Journalist/innen sah Österreich in diesen drei Kategorien international etwa gleich, aber mehr als 40 Prozent sahen Österreich schlechter. Eine negative-pessimistische Grundstimmung betraf auch die künftige Einschätzung, den Zukunftstrend. Diese Ergebnisse bestätigen die über Jahre beobachteten schlechten Imagewerte von Politiker/innen und ist innerhalb der Wahlforschung ident mit den zu beobachtbaren Entwicklungen bezüglich der Zunahme von Nichtwähler/innen, der zunehmenden Bedeutung von Protest als Wahlmotiv, der in absoluten und relativen Zahlen sinkenden Wähler/innenschaft der Regierungsparteien bzw. von SPÖ und ÖVP. Der Erfolg von politischen Populisten und Opportunisten ist für dieses Ergebnis wahrscheinlich ebenso relevant, wie es die mediale Berichterstattung mit den Themen Korruptionsfälle, Reformstau und Krise war (Studie der OEGPW – Sektion Political Leadership, S 3).

⁷⁸ Das aktuelle Leadership Verständnis wurde klargestellt. Die Beurteilung des IST-Zustandes war wesentlich und umfasste konkrete Personen, die Rahmenbedingungen für Political Leadership in Österreich und den möglichen Anteil der Medien. Ebenso war die Frage nach dem SOLL-Zustand von Political Leadership wesentlich, wobei hier auch explizit nach Optimierungspotential im Bereich der Politik und der Medien gefragt wurde.

Interessant im Rahmen dieser Studie war auch die Frage nach den Leadership – Kompetenzen, wo in den mit Journalist/innen durchgeführten Expert/innen Interviews⁷⁹

immer wieder auf Bildung/Ausbildung als Möglichkeit zur Verbesserung der aktuellen Situation verwiesen wurde. Eingefordert wurde dies für Politiker/innen, für Journalist/innen und auch für die Bevölkerung (Studie der OEGPW – Sektion Political Leadership, S 10).

Das war auch der Anlass des Forscherteams bzw. der Studienautor/innen Iris Ullmann, David F.J. Campbell, Kilian Franer, Regina M. Jankowitsch, Jeanette Müller und Bettina Pepek im Fragebogen eine Liste aus 20 Kompetenzen abzufragen. Die sogenannten Spitzenreiter⁸⁰ waren hier im Ergebnis aber soziale Kompetenz, passend zu Politik als Gesellschaftsphänomen und Problemlösungskompetenz (Studie der OEGPW – Sektion Political Leadership, S 10).

Ein wesentliches Ergebnis der Studie mit Relevanz für das Thema der gegenständlichen Arbeit war auch eine Absage an die Parteipolitik. Im Zentrum der Kritik im Zusammenhang mit der aktuellen Situation von Political Leadership standen der Parteienstaat, eine reine Parteipolitik und sogenannte Parteisoldaten. Die Meinung der Chefredakteur/innen war es, dass parteipolitisch professionelles Verhalten Political Leadership geradezu entgegenstünde. Ein Denken nicht über den nächsten Wahltag hinaus, Angst vor dem Wähler, Angst vor dem Boulevard usw. seien wesentliche

⁷⁹ Im Vergleich mit dem von mir mit einem Schüler einer Bundeshandelsakademie durchgeführten leitfadengestützten Experteninterview kann hier festgestellt werden, dass der Schüler ebenfalls Bildung bzw. Politische Bildung als wesentlich beurteilte und für ihn auch die Qualität der Politik bzw. des Politikunterrichtes davon abhängig ist. Er brachte klar zum Ausdruck, dass ein Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und Bildung bzw. Politischer Bildung besteht. Er nannte dies sogar als besonders wesentlich für die Einführung eines eigenen Faches Politische Bildung, weil dadurch grundsätzlich die politischen Teilnahmemöglichkeiten verbessert werden (Zeilner 2012, Interview 30. Mai).

⁸⁰ Medienkompetenz schaffte es in allen drei Fragen nur ins Mittelfeld, womit die Ergebnisse der Fokusgruppen und qualitativen Interviews, die Politiker/innen ausreichende Medienkompetenz zustanden, nicht bestätigt wurden. Gleichzeitig wurde aber auch auf die möglichen Negativfolgen einer nur auf Medienkompetenz abgestellten Kommunikationsstrategie verwiesen. Politische Bildung wurde im Rang um 6 Plätze hinter der Medienkompetenz gereiht (Studie OEGPW – Sektion Political Leadership, S 9 ff).

Hinderungsgründe. Diese betreffen grundsätzlich auch die politische Partizipation bzw. deren Art, das Politikinteresse und die Demokratiequalität (Studie OEGPW – Sektion Political Leadership, S 13).

Besonders hoch zu bewerten ist an dieser Studie die klare Fokussierung auf die besondere Rolle der Journalist/innen, die österreichspezifische Interpretation und die leadership- spezifische Interpretation im Kontext klarer Führungs- und Gefolgschaftsrollen. Die besondere Rolle der Journalist/innen⁸¹ resultiert aus der Funktion von Massenmedien in demokratischen Systemen, welche die politischen und journalistischen Akteur/innen in eine Beziehung gegenseitiger Interdependenz setzt. Massenmedien sind für die Bereiche Politikvermittlung und Medienkompetenz von enormer Bedeutung und beinahe unersetzlich. Das gilt auch für die Möglichkeiten politischer Teilnahme, für das Politikinteresse und für die Demokratiequalität (Studie OEGPW – Sektion Political Leadership, S 14).

Mit dieser Studie wurde ein erster, wesentlicher Schritt gesetzt, der es ermöglicht erste Einblicke in Political Leadership zu erhalten und in diesem Kontext auch die besondere Rolle der (Massen)Medien und der Journalist/innen aus deren eigener Sicht präsentiert zu erhalten. Die Macht der Massenmedien in demokratischen Systemen ist ein wesentliches Thema, das besonders im Politikunterricht bzw. im Bereich der Politischen Bildung Inhalt sein muss (Studie OEGPW – Sektion Political Leadership, S 17).

⁸¹ Auch für einen qualitätsvollen Politikunterricht ist es wesentlich aufzuzeigen, dass Journalist/innen als Störfaktor korrigierend in politische Prozesse eingreifen – Intervention durch Irritation – können. Medien können einerseits als Motor, andererseits als Bremse ablaufender politischer Prozesse wirken. Entscheidend ist hier, welche Strömung – konservativ oder progressiv – sie in ihrer Verstärkerfunktion im Bereich der Öffentlichkeit forcieren und dadurch beachtet werden. Sie erhalten „Gehör“, womit Auswirkungen auf die politische Partizipation, das Politikinteresse und die Demokratiequalität vorhanden sind (Studie OEGPW – Sektion Political Leadership, S 14).

9 DIE DEMOKRATISCHE UND DEMOKRATIETHEORETISCHE BEDEUTUNG DER POLITISCHEN PARTIZIPATION: DEMOKRATIEQUALITÄT UND DEMOKRATISIERUNG

9.1 Einstellungen zur Demokratie (Europäische Wertestudie)

Im Bereich der Forschung ist es nicht nur wesentlich, wie Forscher/innen selbst die Demokratie und die Demokratiequalität beurteilen, sondern auch, was die Betroffenen, besonders die Staatsbürger, dazu meinen. Die Betroffenen zeigen sich bei Umfragen oft viel kritischer, was auch aus der „Europäischen Wertestudie“ abzuleiten ist (Tanzer/Kremser 2013, S 7).

Für Österreich waren im Jahre 2008 im Rahmen dieser Studie die Einstellungen zur Demokratie betreffend als gut zu sehen. Die Österreicher/innen gehörten damals zu den Bevölkerungen, die im Vergleich zu anderen eine hohe Zufriedenheit aufwiesen. Diese Europäische Wertestudie ist aber jedenfalls so zu sehen, dass nur Teilaspekte gemessen werden. Zudem wäre es auch noch notwendig bei einigen dieser Staaten hinter die Kulissen zu blicken, was im Rahmen dieser Studie aber nicht erfolgte (Tanzer/Kremser 2013, S 7).

Einstellungen zur Demokratie zu messen ist von erheblicher Bedeutung, weil damit auch die Demokratiequalität tangiert wird. Es ist davon auszugehen, dass sich ein anspruchsvoller Politikunterricht positiv auf die Demokratiequalität auswirkt. Im Bereich der Demokratiemessung ist klar zwischen der Demokratiequalität von Staaten und der Demokratiequalität an Schulen zu unterscheiden. Einstellungen zur Demokratie und die Möglichkeiten der Demokratiemessung sollten zumindest bei Oberstufenschüler/innen als Unterrichtsinhalte Standard sein. Die Einstellung zur Demokratie und die Demokratiequalität sind für die gesamte Lebensspanne der Menschen, besonders nach Beendigung der Schulzeit, von großer Bedeutung (Zeilner 2007/2008).

Österreich erzielte sowohl 1999 als auch 2008 in den Bereichen Zufriedenheit mit der Entwicklung der Demokratie und Zustimmung zur Demokratie als politisches System gute Ergebnisse, die in der Europäischen Wertestudie klar zum Ausdruck kommen. Auch im Vergleich zu anderen Ländern (Einstellungen zur Demokratie, Europäische Wertestudie).

Land	Zufriedenheit mit der Entwicklung der Demokratie		Zustimmung zur Demokratie als politischem System	
	1999	2008	1999	2008
Österreich	77	53	96	92
Frankreich	49	39	89	91
Deutschland	75	65	95	91
Dänemark	67	76	98	99
Schweden	60	70	89	92
Finnland	57	54	87	97
Belgien	49	61	89	92
Griechenland	55	43	98	97
Großbritannien	54	32	88	87
Irland	64	64	90	84
Italien	36	32	97	97
Luxemburg	83	75	92	91
Niederlande	74	56	96	92
Norwegen		71		96
Portugal	77	42	91	92
Spanien	60	58	94	96
Westeuropa	58	49	93	93
Spalten 1 und 2: Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie (im Land) funktioniert; Prozentsatz der Befragten im jeweiligen Land, die mit „sehr zufrieden“ oder „ziemlich zufrieden“ antworteten				
Spalten 3 und 4: Prozentsatz der Befragten im jeweiligen Land, die das Statement „Man sollte ein demokratisches politisches System haben“ „sehr gut“ oder „ziemlich gut“ beurteilten				

Abbildung 4: Einstellung zur Demokratie (Europäische Wertestudie)

9.2 Grundlegendes zur Demokratiemessung

Demokratie bzw. Demokratiequalität kann grundsätzlich durch Kriterien geleitete Bestandsaufnahmen gemessen werden. Aktuelle Beispiele für die Messung von

Demokratie und Demokratiequalität sind die globalen (quantitativen) „Makromodelle“: „Freedom House“, „Democracy Index“ und „Democracy Ranking“ (Campbell/Barth 2009, S 209).

Aus der Map of Freedom von Freedom House können beispielsweise gute Resultate über die demokratische und demokratietheoretische Bedeutung der politischen Partizipation und der Demokratiequalität abgeleitet werden. Es wird hier bei der Einstufung von Staaten zwischen frei, teilweise frei (halbfrei) und nicht frei (unfrei) unterschieden. Ebenso ist die Map of Press Freedom für die Demokratiequalität wesentlich (Map of Freedom/Map of Press Freedom)

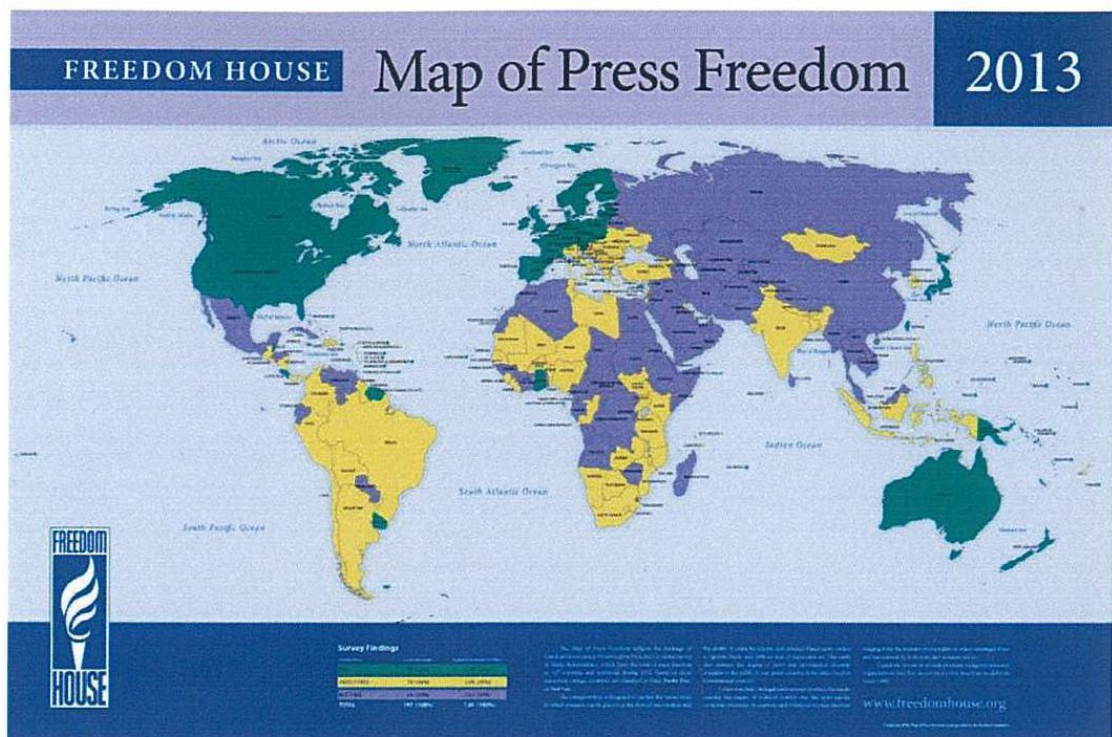


Abbildung 5: Map of Press Freedom 2013 von Freedom House

Vom Forschungsinstitut „Freedom House“ erfolgt eine in der Praxis oft zitierte Bewertung der Demokratiequalität. Die Republik Österreich bekam im Jahre 2010 gemeinsam mit 49 weiteren Staaten die Bewertung „Eins“ auf der siebenteiligen Skala

und zählte damit zu den 87 „freien Staaten“, während 60 als „halbfrei“ gewertet wurden und 47 als „unfrei“. Zur exakten Bewertung verwendet „Freedom House“ gut messbare Faktoren. Das sind politische Grundrechte (reguläre und freie Wahlen, allgemeines Wahlrecht für alle Erwachsenen usw.) und bürgerliche Freiheiten (Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Organisationsfreiheit, individuelle Freiheitsrechte). Soziale⁸² und wirtschaftliche Grundrechte werden hier nicht gemessen, weshalb hier eigentlich nur Teilaspekte der Demokratiequalität gemessen werden (Tanzer/Kremser, 2013, S 7).

Im Vordergrund stehen hier als mögliche Forschungsfragen:

- Wie unterscheiden sich die drei Initiativen konzeptionell und methodisch voneinander?
- Wie plausibel sind diese drei Makromodelle für Demokratiemessung?
- Wie ähnlich oder unähnlich sind die empirischen Messergebnisse von Demokratie und Demokratiequalität?

Für die damit notwendige umfassende Diskussion der Messergebnisse bzw. der Befunde sind auch (paarweise) Ländervergleiche bezüglich Demokratiequalität üblich. Solche Vergleiche bzw. Ergebnisse sind in der wissenschaftlichen Literatur bereits zahlreich vorhanden. Hier kann eine tendenzielle Übereinstimmung der Einschätzungen von Demokratiequalität sowohl der (quantitativen) Makromodelle als auch der eher qualitativen Länderanalysen zur Diskussion stellen (Campbell/Barth 2009, S 209).

⁸² Soziale Grundrechte sind im Unterschied zu den klassischen Grund- und Freiheitsrechten, die die Einzelperson vor staatlichen Eingriffen schützen (Status negativus) (noch) nicht in der Verfassung verankert. Sie stellen eine Forderung bzw. ein Handeln des Staates dar (Status activus) wie beispielsweise das Recht auf Arbeit usw. Eine Umsetzung sozialer Grundrechte wäre in der Praxis schwierig. Ob soziale Grundrechte für die Demokratiequalität wesentlich sind ist zumindest sehr fraglich. Es wird auch die Meinung vertreten, dass ihre Erfüllung den Menschen nichts bringen würde, wohl aber die normative Kraft der geltenden Grundrechtsordnung unterhöhlen würde (Walter/Mayer 1992, S 459 ff; vgl. auch soziale Grundrechte – Rechtlexikon).

Die frühere Forschung war stärker von einem dichotomen Verständnis gekennzeichnet. Es wurden beispielsweise Demokratien den Nicht-Demokratien gegenübergestellt. Als Folge globaler Ausbreitung von Demokratien war hier eine Bedarfssteigerung zu verzeichnen und auch vermehrt zwischen verschiedenen Formen von Demokratien zu unterscheiden. „Electoral democracies“ erfüllen beispielsweise nur Mindestanforderungen von Demokratie, etwa die regelmäßige Durchführung von Wahlen. Es gibt aber auch Demokratien mit einer mittleren oder höheren Qualität. Parameter sind hier beispielsweise ein umfassender und nachhaltiger Ausbau von Rechten und von Freiheiten – auch im möglichen Zusammenhang mit der Entwicklung von Gesellschaften (Campbell/Barth 2009, S 210).

Die Frage der Demokratie⁸³ ist hier von erheblicher Relevanz, weil sie mit dem Ausmaß von Demokratiequalität im Zusammenhang steht, das wurde bereits aufgezeigt. Demokratien sollen auch einer systematischen Demokratiemessung unterzogen werden, vielfach auch einer Demokratiequalitätsmessung. Beispielsweise thematisieren einfachere Messungen, wie oft in einer Demokratie ein politischer Wechsel von Regierungsparteien bzw. eines Regierungschefs erfolgt. Dagegen ist die Demokratiequalitätsmessung komplexer und könnte sich beispielsweise auf das Wechselspiel von Freiheit und Gleichheit beziehen (Campbell/Barth 2009, S 210).

Eines der wichtigsten Theoriemodelle über Demokratiequalität, das auch eine empirische Operationalisierung ermöglicht, ist jenes von Guillermo O'Donnell. Es gibt aber nicht nur eine Demokratietheorie (Theorie über Demokratiequalität), sondern viele. Das Feld der Demokratietheorien ist pluralistisch und heterogen. Es ließe sich wahrscheinlich sogar eine Metatheorie konstruieren. Wesentlich ist, dass es zwischen Demokratietheorie und Demokratiemessung wichtige Wechselbezüge gibt. Eine Weiterentwicklung bzw. Verbesserung einer Demokratietheorie macht auch systematische Versuche der Demokratiemessung notwendig. Es ist hier aber klar

⁸³ Die Legitimation einer Demokratie und politischer Entscheidungen gilt insbesondere als abhängig von der politischen Partizipation. Die Legitimität einer politischen Entscheidung ist von dem Grad abhängig, in dem von der Entscheidung betroffene Personen in den Entscheidungsprozess einbezogen wurden bzw. werden (Young 2000, S 5 ff).

festzuhalten, dass es weder eine perfekte Demokratietheorie gibt noch eine perfekte Demokratiemessung (Helms/Wineroither (Hrsg.) 2012, S 294 f).

Bei der Demokratiemessung ist die politische Partizipation oft einer von mehreren Indikatoren. Die Bedeutung der politischen Partizipation für die Demokratie wird vielfach in Operationalisierungen zur Messung des Grades der Demokratisierung politischer Systeme, neben anderen Indikatoren, als Indikator verwendet (Müller/Pickel 2007, S 1 ff):

Beispielsweise kam Robert A. Dahl 1971 in der Publikation „Polyarchy“ zu dem Schluss, dass grundsätzlich zwei Dimensionen ausreichend sind, um das Funktionieren demokratischer Regime beschreiben zu können. Das sind „contestation“ („public contestation“, „political competition“) und „participation“ („participation“, „inclusiveness“, „right to participate in elections and office“. 2004 schlugen Larry Diamond und Leonardo Morlino in einem Überblick zum Stand der internationalen Forschung zu Demokratie und Demokratiequalität „eight dimensions of democratic quality“ vor. Also acht Dimensionen⁸⁴ der Demokratiequalität zu denen eindeutig auch die „participation“ zählt (Helms/Wineroither 2012, S 298).

Die Demokratiemessung bzw. die Demokratiequalitätsmessung ist vielfach sehr schwierig, aber besonders für die Beurteilung von Perspektiven absolut notwendig. Politische Partizipation ist hier immer von großer Bedeutung. So wie grundsätzlich ist politische Partizipation auch im Sozialisationsfeld Schule, besonders durch Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten ein demokratiepolitisch zentraler Bereich. Unter der Voraussetzung dass die Partizipationsmöglichkeiten und der notwendige Qualitätsrahmen an der konkreten Schule vorhanden sind, wird hier wichtige Basisarbeit im Bereich politischer Partizipation für Jugendliche geleistet. Für die Beurteilung der Frage „Wie demokratisch ist eine Schule?“ ist die Anwendung geeigneter Messmethoden notwendig (Entwicklungsplan polis 2013, S 1 ff).

⁸⁴ Diese acht Dimensionen der Demokratiequalität sind Rechtsstaatlichkeit, Partizipation, Wettbewerb, vertikale Verantwortlichkeit, horizontale Verantwortlichkeit, Freiheit, Gleichheit und Ansprechbarkeit (Helms/Wineroither 2012, S 298).

9.3 Demokratie und Demokratiemessung in der Schule

9.3.1 Grundlegendes zu Demokratie und Schule

Die Beurteilung der Demokratie und der Demokratiequalität im Schulbereich kann von unterschiedlichen Seiten betrachtet werden. Eine Betrachtungsweise ist hier beispielsweise die äußere Demokratie, die andere Seite die innere Demokratie. Im Bereich der äußeren Demokratie geht es um die Frage der Demokratiequalität externer Kriterien wie beispielsweise die Verteilung der Zugangsmöglichkeiten, um Ausbildungschancen usw. Der Idealfall wäre hier jedenfalls, dass Merkmale wie die Religionszugehörigkeit, das Geschlecht oder die soziale Herkunft bei der Frage nach dem Zugang zur Bildung keine Bedeutung haben (Filzmaier u.A. 1999, S 230).

Im Bereich der äußeren Demokratie⁸⁵ ist der Grad der Demokratiequalität des Subsystems Schule im Vergleich mit anderen gesellschaftlichen Subsystemen entscheidend, der gemessen werden kann. Innere Demokratie beschäftigt sich mit der Frage der Demokratiequalität innerhalb des Subsystems Schule. Beispielsweise welche Personen hier an Entscheidungen beteiligt sind oder in Entscheidungen eingebunden sind. Die Beteiligten können Schüler/innen, Lehrer/innen, Eltern, aber auch verantwortliche Organisator/innen aus dem Bereich der Schulbehörden usw. sein. Diese Beteiligten haben transitorische Rollen wenn sie nur einen bestimmten Zeitabschnitt in der Schule sind, sie haben intransitorische Rollen wenn sie während langer Zeit ihrer Berufsausübung im System der Schule sind (Filzmaier u.A., 1999, S 230 f).

Für alle diese dargestellten Formen sind für politische Beteiligungsmöglichkeiten vor allem die vorhandenen Rechtsgrundlagen wesentlich. Das sind die

⁸⁵ Unter der Annahme, dass Bildung grundsätzlich nicht allgemein zugänglich ist, dann ist ein Kriterium für Demokratiequalität an Schulen auch die Frage der Zugangsmöglichkeiten. Damit sind natürlich auch weitere Ausbildungsmöglichkeiten und Berufsqualifikationen verbunden. Die Feststellung, dass höhere Bildung für manche Menschen bzw. Gruppen leichter, für andere aber weniger leicht möglich ist, ist diesbezüglich wesentlich (Filzmaier u.A., 1999, S 231).

Interessenvertretung der Schüler/innen, die Interessenvertretung der Erziehungsberechtigten, die Vertretung der Lehrer/innen in der Schule, die Gremien der Schulpartnerschaft und auch überschulische Interessenvertretungen. Für die politische Partizipation ist hier auch die Schulautonomie⁸⁶ von Relevanz (Filzmeier u.A. 1999, S 239).

In Österreich ist „Schulautonomie“ ein Begriff, der bereits seit langer Zeit in Verwendung ist und auch bei Schulreform Diskussionen ein zentrales Thema darstellt. Er lässt sich beispielsweise für unterschiedliche bildungspolitische Zielvorstellungen – wie etwa mehr Demokratie in der Schule - auch positiv besetzen (Natter 1993, S 3).

Zum Thema demokratische Schule soll hier auch festgehalten werden, dass jede Schule, die versucht, ihren Standort auf dem Weg zu einer demokratischen Schule zu bestimmen, sehr wahrscheinlich feststellen wird, dass sie in manchen Bereichen bereits erfolgreich war, in anderen Bereichen aber erst die notwendige Arbeit zu beginnen hat (Entwicklungsplan Polis . 2013, S 2).

9.3.2 Die Instrumente zur Erfassung der Demokratiequalität im Schulbereich

9.3.2.1 Grundlegendes

Demokratien leben von der Beteiligung der Bürger/innen, wozu natürlich auch die Schüler/innen zählen. Auch im Schulbereich bedeutet Demokratie Lernen und Leben vor allem Mitsprache, Mitgestaltung und Mitentscheidung bei Fragen, die einen realen Bezug zur Lebenswelt haben. Daher ist für Demokratie in der Schule wesentlich, dass die Beteiligten sprechen können, dass sie auch gehört werden und dass sie Rechte haben, die auch durchgesetzt werden können (Entwicklungsplan Polis, 2013, S 2).

⁸⁶ Schulautonomie heißt vorerst Delegieren von Aufgaben. Das könnte im positiven Fall beispielsweise heißen, Institutionen so weit zu öffnen, dass die Entscheidungskompetenz im Schulbereich über die Gestaltung gemeinsamer Angelegenheiten stärker in die Hand der Betroffenen gegeben wird (Gstettner 1993, S 60).

Hier sind auch unterschiedliche Ebenen, in denen aber der grundsätzlich wertschätzende Umgang mit allen Schulpartnern wesentlich ist, im Schulbereich betroffen wie etwa partizipative Lehr- und Lernformen im Unterricht, das Bekenntnis der Schulbehörden bzw. der Schulleitung und der Pädagog/innen zur demokratischen Beteiligung grundsätzlich, die Arbeit der Mitglieder der Schulgemeinschaft, die Rechte der Schüler/innen Vertreter und die Möglichkeit der Umsetzung (Entwicklungsplan Polis 2013, S 2).

Um in allen diesen unterschiedlichen Ebenen die Demokratiequalität messen zu können, ist besonders die Frage von erheblicher Relevanz:

„Welche alltagstauglichen Instrumente zur Erfassung von Demokratie und Demokratiequalität sind für Lehrer/innen und für Schüler/innen vorhanden?“

Im Bereich Politischer Bildung wurde die Messung bisher durch umfangreiche Fragebogenerhebungen durchgeführt. Beispiele dafür sind die:

- IEA – Studie (Torney - Purta) und die
- ICCS – Studie.

Bei den IEA – Studien war die Fragestellung „Wie viel Wissen benötigen junge Menschen, um Demokratie und Staatsbürgerschaft zu verstehen? Wie können sie zu einem gesellschaftlichen Engagement bewegt werden, und welches sind ihre Einstellungen gegenüber zentralen gesellschaftlichen Problemen (IEA-Studien: internationale Ergebnisse).

Im Ergebnis der International Civic and Citizenship Education Study (ICCS), einer international vergleichenden empirischen Studie zur Politischen Bildung, lag Österreich im Mittelfeld. Die österreichischen Schüler/innen haben im internationalen Vergleich hohes Interesse an politischen und sozialen Themen, beim Wissen darüber hinaus lagen sie aber nur im Mittelfeld. Bei diesen Erhebungen wurden bzw. werden einerseits Wissen und andererseits Werthaltungen ermittelt. Kompetenzmessungen im Bereich Politischer Bildung wären hier aber ebenfalls wichtig (Ergebnisse der

International Civic and Citizenship Education Study (ICCS – Studie); vgl. auch IEA – Studie).

Bei diesen Erhebungen ist es notwendig, die Frage der Messung von Demokratiequalität an Schulen zu thematisieren bzw. sollte diese thematisiert werden. Nach bisherigen Forschungsergebnissen stehen grundsätzlich zwei Erhebungsinstrumente im Mittelpunkt: Die Möglichkeiten der Partizipation und der Qualitätsrahmen an Schulen. Diese ergeben die Demokratiequalität an Schulen.

9.3.2.2 Die zwei Erhebungsinstrumente zur Erfassung der Demokratiequalität im Schulbereich

Die Frage ist hier, „welche Erhebungsinstrumente sind vorhanden, um Demokratiequalität an Schulen zu messen“. Es sind zwei Erhebungsinstrumente von Relevanz

- **DAS ERHEBUNGSTRUMENT ZUR ERFASSUNG DER POLITISCHEN PARTIZIPATION DER SCHÜLER/INNEN UND**
- **DAS ERHEBUNGSTRUMENT ZUR ERFASSUNG DES QUALITÄTSRAHMENS AN SCHULEN**

Mit einem Erhebungsinstrument soll die Partizipation erfasst werden:

Politische Partizipation stellt einen demokratiepolitisch zentralen Bereich dar. Dieses Instrument – in der Regel eine Befragung von Personen - soll im Sinne eines heuristischen Qualitätsrahmens die Möglichkeit bieten, festzustellen, welche verschiedenen Arten, Aspekte und Qualitäten von Partizipation durch verschiedene konkrete Partizipationsformen realisiert und an einer Schule insgesamt abgedeckt oder nicht abgedeckt werden (Interview vom 30. Mai 2012).

Grundsätzlich ist politische Partizipation auch eine reale Chance, das Ergebnis politischer Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Gegenwärtig haben Bürger/innen Möglichkeiten ihre politischen Anliegen bzw. Forderungen auf zivilgesellschaftlicher Ebene zu präsentieren wie beispielsweise soziale Bewegungen, Umweltaktivitäten usw. Auch alle Formen öffentlicher Meinungsäußerungen sind Ausdruck politischer Beteiligung. Beispiele dafür sind etwa das Verfassen von Leserbriefen, Demonstrationen usw. Politische Partizipation erfolgt hier auch besonders im Internet. Das sind für Schüler/innen überwiegend Partizipationsmöglichkeiten außerhalb der Schule, die sich von jenen innerhalb der Schule unterscheiden. Messbar⁸⁷ sind aber beide Bereiche (Filzmaier 2007, S 23).

Die Umsetzung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung, neben den Unterrichtsfächern „Geschichte und politische Bildung“ und „Politische Bildung und Recht“, in den diversen Fächern wäre hier ein interessanter Forschungsansatz. D.h., wie weit wird das Unterrichtsprinzip Politische Bildung tatsächlich von den österreichischen Pädagog/innen in ihren Fächern thematisiert bzw. berücksichtigt. Die Vermittlung politischer Inhalte im Rahmen des Unterrichtsprinzips Politische Bildung führt sicher zu einem besseren Politikverständnis und erhöht die Demokratiequalität (Interview vom 30. Mai 2012).

Als zweites Erhebungsinstrument neben der politischen Partizipation ist ein Qualitätsrahmen zur darüber hinausreichenden Erfassung der Demokratiequalität an Schulen notwendig:

Die zentrale Frage ist hier, was an einer Schule insgesamt gegeben sein muss, damit diese auch als demokratische Schule gelten kann. Hier ist aber festzuhalten, dass eine Schule grundsätzlich nur in einem geringen Ausmaß demokratisch ist, weil die Schüler/innen kaum Möglichkeiten der Mitbestimmung haben, auch grundsätzlich nicht die Freiheit haben die schulischen Tätigkeiten usw. selbst zu bestimmen. Ausnahmen

⁸⁷ Für die Messung von politischer Beteiligung ist aber die Möglichkeit Politik mit zu gestalten wesentlich. Daher verfügt in kleinen Demokratien wie Österreich nur ein kleiner Teil der Bevölkerung über Möglichkeiten politischer Partizipation, weshalb hier die Demokratiequalität eher gering ist (Filzmaier 2009, S 23).

sind Klassensprecher/innen Wahlen, Schulsprecher/innen Wahlen, im Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) usw. für die auch Rechtsgrundlagen vorhanden sind. Das ist die sogenannte Schulpartnerschaft⁸⁸, die zumindest theoretisch Mitbestimmung und Schuldemokratie bedeutet (Schulunterrichtsgesetz, BGBl 1986/472 idgF).

Der Schulalltag kann aber auf einer anderen Ebene demokratisch gestaltet werden. Beispielsweise durch die bereits angeführte Umsetzung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung oder die Schaffung eines offenen, diskussionsfreudigen Unterrichtsklimas. Manche Schulen haben wegen der hohen stofflichen Anforderungen nur wenig oder keinen Raum für soziales Lernen. Das Miteinander von Jugendlichen⁸⁹ unterschiedlicher sozialer Voraussetzungen und unterschiedlicher Herkunftsländer sind soziale Lernchancen, die im Rahmen Politischer Bildung auch genutzt werden sollten. Der Qualitätsrahmen im Bereich des schulischen Lernens ist für den Erfolg oder Misserfolg der Schüler/innen wesentlich, das gilt besonders auch für die Politische Bildung (Zeitschrift für Pädagogik 49 (2003) 6, S 817 ff; vgl. auch http://www.pedocs.de/frontdoor.php?source_opus=3905, 15.09.2013, Seite 1 von 2).

Für den Qualitätsrahmen im Schulbereich bzw. für die Demokratiequalität ist immer auch die Konstellation der (ungleichen) Partner wesentlich. Für die Freiheit der Schüler/innen und für deren Möglichkeiten zu politischer Partizipation ist auch der Wille der Schulbehörden, der Schulleitung, der Pädagog/innen usw., besonders deren Engagement, für eine demokratische Schulgestaltung wichtig. Für eine erfolgsversprechende politische Partizipation der Schüler/innen sind hohe Standards⁹⁰

⁸⁸ Das Zusammenwirken von Lehrer/innen, Schüler/innen und Erziehungsberechtigten ermöglicht die Förderung und Festigung der Schulgemeinschaft, die Mitwirkung an Entscheidungen in organisatorischen Belangen und in wichtigen Fragen des Unterrichtes und der Erziehung. (Schulunterrichtsgesetz, BGBl 1986/472 idgF).

⁸⁹ Es gibt in anderen Ländern auch bereits sogenannte Just Community – Schulen, die wahrscheinlich auch für Österreich interessant wären und auch Forschungsmöglichkeiten eröffnen würden (Erlass Wiederverlautbarung des Grundsatzes von 1978).

⁹⁰ Um hohe Standards zu erreichen, ist ein offener demokratischer Ansatz sicher der richtige Weg, auch zu einem erfolgreichen und nachhaltigen Führungsstil, in einer modernen Schule. Für eine demokratische Schulgestaltung sind auch ethische und politische Gründe, die im Konnex mit den Werten einer Demokratie stehen, von wesentlicher Bedeutung (Bäckman/Trafford 2008, S 9).

der Struktur- und der Prozessqualität an der konkreten Schule eine „conditio sine qua non“ (Knauer/Sturzenhecker 2005, S 63 ff').

9.3.3 Parameter für eine moderne demokratische Schule

Um von einer demokratischen Schule sprechen zu können, müssen diese folgenden Parameter im Wesentlichen erfüllt sein.

- das Bekenntnis der Schulleitung zu einer aktiven demokratischen Beteiligung der Schüler/innen am Schulleben (Projekte, Aktionen, Initiativen, nachhaltige Unterstützung der Prozesse).
- die Förderung und Unterstützung der politischen Bildner/innen bzw. der Pädagog/innen.
- ein kleines aber engagiertes Entwicklungsteam unter Einbeziehung der Schulleitung,
- das Engagement der Pädagog/innen und das Vertrauen der Schulleitung im Team die Schule demokratisch gestalten zu können.
- eine kontinuierliche Unterstützung der Schüler/innen durch Erwachsene zu denen diese auch Vertrauen entwickeln sollen mit der Zielrichtung die spätere Beteiligung von demokratischen Prozessen zu stärken.
- die Motivation der Selbsttätigkeit der Schüler/innen, die auch gestärkt werden soll.
- Die Öffnung der Schule, Toleranz, Mut zur Innovation und zum Verlassen alter Strukturen (Entwicklungsplan Polis 2013, S 2).

9.3.4 Das Instrument zur Orientierung, wie und in welche Richtung sich eine Schule im Hinblick auf Demokratie in der Schule weiterentwickeln könnte

9.3.4.1 Grundlegendes

Das vom Zentrum Polis entwickelte Instrument unterstützt Schulen bei der Ist-Stand-Analyse und bei der Erarbeitung von Zielen und Maßnahmen. Für vier thematische Felder stehen Bewertungsskalen („Ampeln“) und Fragen zur Verfügung, womit Schulen dann einschätzen können, was in ihrer Schule bereits vorhanden ist und wo Entwicklungen bzw. Weiterentwicklungen notwendig sind (Status Quo, Schwachstellen, Entwicklungspotentiale) (Entwicklungsplan Polis 2013, S 2).

Diese vier thematischen Felder sind: Demokratieförderndes Schulmanagement und Commitment (Schulleitung, Kollegium), Partizipatives Schulklima bzw. Schulkultur, Lernkulturen/Kompetenzen/Partizipativer Unterricht und Partizipative Strukturen und Prozesse. Schulen können im Rahmen ihrer Arbeit am Entwicklungsplan Ziele und Maßnahmen in einem der vier oder in mehreren Bereichen bzw. Feldern entwickeln (Entwicklungsplan Polis 2013, S 3).

9.3.4.2 Mögliche Mittel und langfristige Ziele

Ziel 1:

Schulleitung und Kollegium bekennen sich zur aktiven demokratischen Beteiligung, Mitgestaltung und Mitentscheidung der Schulgemeinschaftsmitglieder am Schulleben und engagieren sich dafür.

Ziel 2:

Das Umfeld ist durch demokratische Werte und Kommunikationsformen geprägt und bietet den Beteiligten Möglichkeiten zur Mitsprache, Mitgestaltung und Mitbestimmung an für sie relevanten Themen. Wertschätzende Beziehungen und Kommunikationsformen aller Schulpartner/innen untereinander, Konfliktbearbeitung an der Schule und die Unterstützung der Schüler/innen Vertretungen sind hier wesentlich.

Ziel 3:

Der Unterricht ist durch partizipative Lehr- und Lernformen geprägt und gibt den Schüler/innen Möglichkeiten zur Mitsprache, Mitgestaltung und Mitentscheidung an relevanten Unterrichtsfragen. Hier werden demokratierelevante Kompetenzen und praxisnahes Wissen zur Demokratie erworben⁹¹ (Entwicklungsplan Polis 2013, S 3).

Ziel 4:

Die Mitsprache-, Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte von Schüler/innen, Lehrkräften und Eltern werden durch institutionalisierte Beteiligungsstrukturen und –prozesse unterstützt. Allen Beteiligten sollen hier die Rechte der Schüler/innen Vertretung zugänglich gemacht werden und die Rahmenbedingungen, Aufgaben und Rollen für die Schüler/innen Vertretung klar definiert werden. Die Veröffentlichung der Ergebnisse von Beschlüssen ist hier ebenso wesentlich wie etwa jene im SGA und im Schulforum (Entwicklungsplan Polis 2013, S 3).

Die aufgezeigten möglichen Mittel und langfristigen Ziele haben die Absicht Demokratie in der Schule langfristig zu sichern und alle beteiligten Schulpartner/innen einzubeziehen. Im ersten Jahr sind deshalb bewusstseinsbildende Maßnahmen in der Schulöffentlichkeit wesentlich. Dazu zählen jedenfalls das Kollegium, die Schüler/innen, die Eltern, externe Partner/innen der Schule usw. Orientierung und Diskussionen sind von besonderer Relevanz. Die Bildung eines eigenen Entwicklungsteams ist hier sicher zielführend (Entwicklungsplan Polis 2013, S 3).

⁹¹ Der politische Wissensstand der Schüler/innen ist auch für deren zu erwartende Wahlbeteiligung wesentlich. Das ergab das Ergebnis einer Studie der OECD in einer achten (8) Schulstufe. Soziale Verhaltensmuster, wie etwa die Stimmabgabe bei Wahlen, werden bereits in jungen Jahren herausgebildet und im weiteren Lebensverlauf eher selten verändert. Eine langfristige Wahlbeteiligung steht eindeutig in Zusammenhang mit dem Politikwissen der Schüler/innen (OECD: Education at a Glance 2012; vgl. auch http://dx.doi.org/10.1787/eag_highlights-2012-en, 02.06.2014).

9.3.4.3 Mögliche Ziele für das erste Schuljahr

- Ziel 1 (zu mittel- und langfristigem Ziel 1) – Koordination und Entwicklung von Aktivitäten für Demokratie in der Schule
- Ziel 2 (zu mittel- und langfristigem Ziel 2) – Erhebung des Ist-Standes zur Demokratie in der Schule aus verschiedenen Beteiligungsperspektiven (Schüler/innen, Lehrkräfte, Eltern), die einfach durchzuführen ist.
- Ziel 3 (zu mittel- und langfristigem Ziel 1) – Schüler/innenzentrierte Lernformen und Partizipation der Schüler/innen am Unterricht (Entwicklungsplan Polis 2013, S 4 f).

Im Rahmen der Organisation des Entwicklungs- und Umsetzungsprozesses hat die Schulleitung die Gesamtverantwortung, die sie in kooperativer Weise und mit klaren Verantwortlichkeiten mit den Schulpartnern trifft, weshalb hier der Informationsfluss für alle Akteure wichtig ist. Besonders steht hier das Entwicklungsteam, das die strategische Planung übernimmt, in Kooperation mit der Schulleitung⁹² (Entwicklungsplan Polis 2013, S 6).

9.3.4.4 Möglichkeiten zur Verbesserung der österreichischen Demokratiequalität einschließlich des Schulbereiches (Auswahl)

Im österreichischen Schulbereich führt die Qualität der Politischen Bildung, d.h. Politische Bildung auf hohem Niveau, langfristig mit Sicherheit zur Verbesserung der Demokratiequalität. Eine wesentliche Forderung ist hier dass die Politische Bildung klarer und konsequenter als ein eigenes bzw. ein eigenständiges Fach umfassend eingeführt wird. Diese ließe sich dabei und dafür als eine „demokratische Bildung“ konzipieren. Sie sollte auch als eine solche explizit bezeichnet und dahingehend umbenannt werden (Campbell 2012, S 311).

⁹² Schulen haben grundsätzlich die gesellschaftliche Aufgabe, den Schüler/innen Wissen, Normen und Werte weiterzugeben, weshalb sie ein zentrales Element in jeder staatlichen Ordnung sind. In einer Demokratie müssen sie in der Lage sein, neben reinem Sachwissen auch Zivilcourage, Engagement und Toleranz zu vermitteln. Demokratie muss aktiv gelebt werden, wobei Schüler/innen auch Möglichkeiten zum Mitgestalten und Mitentscheiden haben müssen (Schwarzer et al 2009, S 1 ff).

Weitere Schritte zur Verbesserung der Demokratiequalität wären beispielsweise eine Änderung im Staatsbürgerschaftsrecht. Parallel zum „Jus sanguinis“, das derzeit in Österreich in Geltung ist, wäre eine Einführung eines gleichberechtigten „Jus soli“ sehr wesentlich. Jus soli⁹³ würde hier bedeuten, dass jede und jeder die bzw. der in Österreich geboren wird, automatisch die österreichische Staatsbürgerschaft erhält. Eventuell könnte dies auch auf Personen ausgeweitet werden, die eine Mindestanzahl an Wohnjahren während ihrer Kindheit und/oder Jugend in Österreich verbringen (Campbell 2012, S 310).

Zudem wäre Gender-Gleichheit, Pressefreiheit, eine verbesserte Integration von Migrant/innen und Eindämmung von Korruption von besonderer Relevanz. Die Ausbalancierung von politischer Macht, die beispielsweise auch Änderungen im Wahlrecht, Begrenzung von Amtszeiten usw. erfordern würde, sowie mehr Volksabstimmungen, wobei hier eine wesentliche Frage ist „Sollen Volksbegehren mit einer Mindestanzahl an Unterschriften automatisch einer Volksabstimmung zugeführt werden?“ und ein „Democratic Audit“ von Österreich. Das politische System Österreichs, seine Demokratie und Demokratiequalität wurde bisher noch keinem systematischen Democratic Audit unterzogen. Das Verfahren von IDEA wäre hier besonders ideal (Campbell 2012, S 310 f).

⁹³ Jus soli bedeutet „Recht des Bodens“ bzw. „Recht der Erde“. Es ist das Prinzip nach dem ein Staat seine Staatsbürgerschaft an alle Kinder verleiht, die auf einem Staatsgebiet geboren werden. Es wird auch als Geburtsortprinzip bezeichnet und knüpft die Rechtsfolgen an ein leicht verifizierbares Ereignis an. Es ist hier nicht rechtserheblich, welche Staatsbürgerschaft die Eltern besitzen (Eberwein/Pfleger 2011, S 1 ff).

10 STUDIEN BZW. UNTERSUCHUNGEN ZU DEN THEMEN POLITISCHE PARTIZIPATION UND DEN WICHTIGSTEN THEMEN FÜR DIE POLITIK (AUSWAHL)

10.1 Das Thema politische Partizipation: Interview an einer Bundeshandelsakademie in Niederösterreich (Mai 2012)

Das gegenständliche Interview⁹⁴ wurde von mir am 30. Mai 2012 mit einem Schüler einer dritten Klasse Handelsakademie im Bundesland Niederösterreich durchgeführt. Es erfolgte im Rahmen einer Schulaktivität, das war ein politisch-ökonomisches Planspiel mit der Bezeichnung „Globalisierung“. Der Zusammenhang mit Politik, Wirtschaftspolitik und Politischer Bildung war klar gegeben. Dieses politisch-ökonomische Planspiel war ein Rollenspiel, bei dem die Schüler/innen verschiedene Stakeholder, wie Firmenleitung, Betriebsrat, Gemeindevertretung, Presse usw. in einem vorgegebenen Setting, ein politisch-ökonomisches Problem – das war im konkreten Fall eine Betriebsabsiedelung – bearbeiten und auch lösen mussten. Dieses politisch-ökonomische Planspiel war bzw. ist auch eine aktuelle Möglichkeit politischer Partizipation für Jugendliche (Interview vom 30. Mai 2012, verwendeter Leitfaden siehe Anhang).

Die Auswertung des mittels Diktaphon aufgenommenen und transkribierten Interviews ergab folgendes Ergebnis:

Aus Sicht des Interviewten Schülers einer dritten Klasse Handelsakademie bedeutet politische Partizipation für Jugendliche vor allem, dass sie an Wahlen, Volksbegehren,

⁹⁴ Das gegenständliche Interview war ein „Leitfadeninterview“ bzw. ein „leitfadengestütztes Experteninterview“, ein wichtiges Instrument eines problemzentrierten Interviews. Der Leitfaden diente hier nicht, so wie etwa beim standardisierten interview, der chronologischen Abdeckung aller aufgelisteten Themen bzw. Fragen, sondern lieferte mir als der das Interview durchführenden Person, einen organisierten Überblick darüber, welche Inhalte angesprochen wurden bzw. was noch angesprochen werden sollte. Steuerungsmechanismus war nicht nur der Leitfaden, sondern besonders die aktuellen Antworten bzw. Äußerungen des Schülers (Interview vom 30. Mai 2012).

Unterschriftenaktionen, Umfragen usw. teilnehmen. An Wahlen teilnehmen wurde als besonders wichtig gesehen, selbst wenn keine Entscheidungsmöglichkeit besteht bzw. für eine konkrete Person keine Partei „wählbar“ ist. Weißwählen sei besser als nicht zu wählen.

Dass Jugendliche aber auch in Jugendorganisationen aktiv sind bzw. sein sollten, ist eine wesentliche Form politischer Partizipation.

Darüber hinaus bedeutet Jugendbeteiligung aber auch aktive Teilnahme an der Schulpolitik, sowie auch grundsätzlich Teilnahme an den Prozessen des öffentlichen Lebens in der Schule. Hier besonders als Schulsprecher/in und als Schülervertreter/in usw. Nach Ansicht des interviewten Schülers sollten aber Schüler/innen grundsätzlich vielmehr in den Bereich Schulpolitik eingebunden werden.

Im privaten Bereich erfolge Jugendbeteiligung besonders im Bereich des Familienlebens und im Freundeskreis, darüber hinaus gäbe es aber weitere Möglichkeiten sich an Politik zu beteiligen.

Eine frühe Einführung eines eigenen Faches Politische Bildung, das ein eigener Lehrer bzw. eine eigene Lehrerin unterrichtet, wäre sinnvoll und besonders wichtig. Politische Bildung ist der Grundstein für das Wählen bereits ab dem 16. Lebensjahr. Es ist auch notwendig an der „Vorbildung“ für den Politikunterricht bzw. für Politische Bildung Verbesserungen durchzuführen. Der Schüler brachte klar zum Ausdruck, dass ein Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und Bildung, besonders aber mit politischer Bildung, besteht, die er als sehr wichtig beurteilte. Das ist auch ein wesentliches Argument für die Einführung eines eigenen Unterrichtsfaches Politische Bildung.

Der Schüler der Handelsakademie sah aber grundsätzlich für Jugendliche zu wenige Teilnahmemöglichkeiten an der Politik, hier besonders wenig Mitsprache. Mitsprache bzw. Mitentscheidung ist aber wesentliches Element der politischen Partizipation. Besonders im Schulbereich gäbe es für Schüler/innen zu wenig Möglichkeiten der Mitsprache bzw. der Beteiligung. Das Thema „Zentral Matura“ sei ein wesentliches Beispiel für zu wenig Mitsprachemöglichkeit von Schüler/innen.

Die Politik bzw. die Politiker/innen sollten mehr an die Öffentlichkeit gehen und auch die Bürger/innen mehr in Entscheidungen - in Form von Mitsprache – einbinden. Die Meinungen der Bürger/innen in politische Entscheidungen einfließen lassen bzw. diese zu berücksichtigen, sei besonders wichtig. Gute Politiker/innen sind auch an der

„Bürgernähe“ erkennbar. Mit der „Basis“ Kontakt haben, aufrichtig und korrekt zu sein zeichnet gute Politiker/innen aus. Grundsätzlich sind Politiker/innen aber auch zu wenig qualifiziert. Die eigene (politische) Identität der politischen Akteure ist von besonderer Wichtigkeit, dabei ist das Fachwissen manchmal nicht so entscheidend, sondern sind menschliche Qualitäten vorrangig bzw. stehen diese im Vordergrund. Besonders Jugendliche sind auch abhängig von der Qualität und vom Angebot der Politik. Das politische Interesse und die Bereitschaft zur Partizipation werden dadurch gefördert.

Für den Schüler bedeutet politische Partizipation auch sich selbst Informationen zum Thema Politik zu besorgen, vor allem durch Zeitungen, Nachrichten und politische Sendungen im ORF usw. Medien sind Politikvermittler und fördern das Interesse an Politik und an politischer Partizipation.

Im Zusammenhang mit der Gesamtbeurteilung des Themas „Was bedeutet politische Partizipation für Jugendliche?“ unter Einbeziehung des gegenständlichen Interviews vom 30. Mai 2012 ist festzuhalten, dass Beteiligung von Jugendlichen an der Politik auch bedeutet, dass Jugendliche sich in den Lebensbereich Politik einbringen. Das wird von vielen Jugendlichen auch gewünscht. Unter diesem Aspekt sollte deshalb politische Partizipation viel weiter gesehen werden als nur die Teilnahme an Wahlen, Volksbegehren, Bürgerinitiativen, Unterschriftenaktionen, als Aktive in Jugendorganisationen usw. wie dies besonders als Ergebnis des Interviews manifest wurde. Aktive Teilnahme an Prozessen der Politik findet besonders im Bereich des öffentlichen Lebens statt. Dazu gehört auch der Lebensbereich Schule. Die wichtigsten Möglichkeiten der politischen Partizipation im Privatbereich sind in der Familie, im Freundeskreis usw. vorhanden. Eine gute Zusammenarbeit aller Akteure der Politik bzw. der Politikvermittlung ist wesentlich, um bei Jugendlichen das Interesse an der Politik zu fördern, es forciert auch die politische Partizipation (Zeilner Interview 2012).

10.2 Das Thema politische Partizipation: Partizipationsbegriff, Stufen und Qualität von Beteiligung

Eine Untersuchung des Vereins „Beteiligung“ mit einer Gruppe von neun Teilnehmer/innen zwischen 16 und 20 Jahren, davon fünf Mädchen und vier Knaben, mit der Zielrichtung was Jugendliche unter Partizipation bzw. Beteiligung verstehen, brachte folgendes Ergebnis: Partizipation ist:

die eigenen Interessen zu vertreten, sich mit Anderen auszutauschen und auch deren Meinung zu akzeptieren sowie neue Sichtweisen und Blickwinkel kennen zu lernen und Gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten, mit der alle gut leben können.

die Möglichkeit haben, mitbestimmen zu dürfen, sich selbst einzubringen und Dinge verändern zu können.

andere zu ermuntern, aufzustehen und sich für ihre Rechte und Wünsche einzusetzen.

offen sein für Neues und für Ideen von anderen, aber trotzdem nicht zu faul zu sein, um nachzudenken und auch eigene Ideen einzubringen.

nicht nur zu reden und sich zu beschweren, dass sich etwas verändern soll, sondern die Initiative zu ergreifen, und selbst etwas zu tun.

in Diskussionen Ideen und Vorschläge liefern sowie mit Anderen konstruktiv an Lösungsvorschlägen zu bestimmten Themen arbeiten.

sich aktiv ins politische und gesellschaftliche Leben einzubringen.

Als Zusammenfassung dieser Untersuchung bzw. als ein Ergebnis steht fest, dass für diese befragten Jugendlichen Beteiligung bzw. politische Partizipation eine freiwillige Handlung ist, bei der durch Mitbestimmung – falls diese möglich ist – etwas verändert werden kann. Mitbestimmung wurde eindeutig als wesentlich für den Bereich politischer Partizipation gesehen. Im Kontext von „Demokratie lernen und leben“ ist es für Schüler/innen notwendig, Demokratie in der Schule zu erfahren, um demokratische Werte und Praktiken zu schätzen und zu verinnerlichen (Verein beteiligung.st, 2011)

10.3 Die wichtigsten Themen für die Politik (2007)

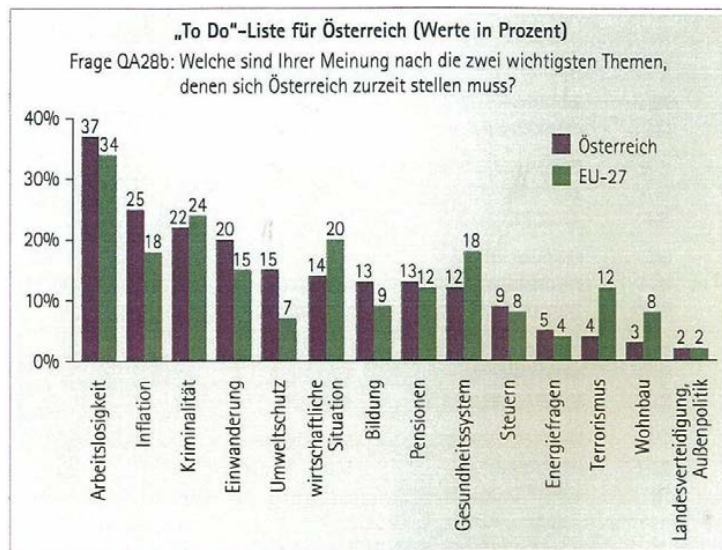


Abbildung 6: Die wichtigsten Themen für die Politik 2007 (Quelle: Eurobarometer Nr. 67, Juni 2007; Filzmaier 2007 S 85).

10.4 Die wichtigsten Themen im Bereich der Politik: Befragung von Schüler/innen einer HTL (November 2013)

Die gegenständliche Befragung der insgesamt 27 Schüler/innen (davon 26 männlich, eine weiblich) – das waren von mir im Fach Geschichte und politische Bildung unterrichtete Schüler/innen - umfasste insgesamt fünfzehn (15) Themen und gab den Schüler/innen auch die Möglichkeit andere bzw. nicht schriftlich vorgegebene Themen zu nennen. Die konkrete Fragestellung lautete: Welche der angeführten Themen sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten, denen sich die österreichische Politik gegenwärtig stellen muss?

Die fünfzehn (15) Themen:

- 1) Arbeitslosigkeit
- 2) Inflation
- 3) Kriminalität

- 4) Einwanderung
- 5) Umweltschutz
- 6) Wirtschaftliche Situation
- 7) Bildung
- 8) Pensionen
- 9) Gesundheitssystem
- 10) Steuern
- 11) Energiefragen
- 12) Terrorismus
- 13) Wohnbau
- 14) Landesverteidigung
- 15) Außenpolitik
- 16) Sonstiges

Konkretisierung der Aufgabenstellung:

- Nehmen Sie eine Reihung der für Sie wichtigsten Themen vor (1-3) und begründen Sie auch Ihre Entscheidungen
- Wo sehen Sie besonders Verbindungen bzw. Anknüpfungspunkte zu Ihrer realen Lebenswelt und warum? Wird dadurch auch das Interesse gefördert?
- Welche Parteiprogramme nehmen wie auf die von Ihnen als wichtig gereihten Themen Bezug?
- Welche Medien thematisieren besonders diese Themen?

Das Ergebnis der Auswertung:

Das Thema „Bildung“ wurde von zehn (10) Schüler/innen an erster Stelle gereiht. Die Begründungen waren: Um in der internationalen Wirtschaft konkurrenzfähig zu bleiben, die damit verbundenen besseren Chancen in der Arbeitswelt, um die Ergebnisse bei PISA-Studien zu verbessern, Bildung ist für die Zukunft des Staates wichtig, besonders für junge Menschen. Bildung ist eine Grundvoraussetzung für ein glückliches Privat- und Berufsleben, es besteht ein direkter Einfluss auf die zukünftige

Gestaltung unserer Gesellschaft, Bildung ist der Grundstein für viele Fortschritte im Leben der Menschen, Bildung ist die Zukunft, sie gibt auch mehr Sicherheit (Zeilner 2013).

Das Thema „Arbeitslosigkeit“ wurde von fünf (5) Schüler/innen an erster Stelle gereiht. Die Begründungen waren: Die Arbeitslosigkeit kostet dem Staat Geld und es entgehen ihm Einnahmen, eine niedrige Arbeitslosenrate ist wichtig, denn wenn es den Menschen gut geht, dann geht es auch der Wirtschaft gut. Weniger Arbeitslose bedeuten mehr Steuereinnahmen für den Staat, die Lebensqualität ist durch Arbeitslosigkeit vermindert, Arbeitslosigkeit erhöht die Kriminalitätsrate (Zeilner 2013).

Das Thema „Wirtschaftliche Situation“ wurde von vier (4) Schüler/innen an erster Stelle gereiht. Die Begründungen waren: Hochaktuelles Thema, weil davon auch Arbeitsplätze und der Wohlstand abhängen, das ist für jüngere Generationen besonders wichtig, die wirtschaftliche Situation beeinflusst den gesamten Staat und dessen Mittel für alle Bürger/innen, hohe Steuereinnahmen die für den Staat wesentlich sind, bei guter wirtschaftlicher Situation können viele wichtige Investitionen getätigt werden, Wohlstand ist damit verbunden, Sozialleistungen müssen bei guter wirtschaftlicher Situation nicht gekürzt werden, niedrigere Kriminalitätsraten, viele Bereiche profitieren von einer guten wirtschaftlichen Situation, besserer Start ins Arbeitsleben für Jugendliche (Zeilner 2013).

An erster Stelle wurden zudem „Gesundheitssystem“ zweimal (2) und „Landesverteidigung“ zweimal (2) gereiht. Je einmal erfolgte die Reihung an erster Stelle der Themen „Inflation“, „Umweltschutz“, „Außenpolitik“ und „Sonstige“ (Landwirtschaft).

Eine Reihung an zweiter Stelle erfolgte: je viermal (4) „Bildung“, „Arbeitslosigkeit“ und „Wirtschaftliche Situation“. Je dreimal (3) „Gesundheitssystem“ und „Umweltschutz“. Je zweimal (2) „Pensionen“ und „Energiefragen“. Je einmal (1) „Inflation“, „Einwanderung“, „Steuern“, „Terrorismus“ und „Landesverteidigung“.

Eine Reihung an dritter Stelle erfolgte: sechsmal (6) „Bildung“, fünfmal (5) „Arbeitslosigkeit“, viermal (4) „Steuern“, je dreimal (3) „Einwanderung“, „Umweltschutz“ und

„Pensionen“. Zweimal (2) das „Gesundheitssystem“ und einmal (1) die „Außenpolitik“ (Zeilner 2013).

Die Schüler/innen sahen besonders Verbindungen bzw. Anknüpfungspunkte zu ihrer realen Lebenswelt:

- Grundsätzlich zu allen Themen von denen ihre Familie und sie selbst betroffen sind. Ich möchte, dass es allen diesen Personen gut geht, daher ist die Politik für mich bzw. für uns wichtig.
- Im „Bildungssystem“, mit folgenden Begründungen: durch die aktuelle Situation als Schüler/innen einer höheren Schule und zukünftig als Studierende besteht ein sehr großes Interesse am Thema Bildung, es sollte wegen der Chancengleichheit keine Studiengebühren geben, Bildung ist derzeit das wichtigste Thema in meinem Leben, ich profitiere durch Investitionen in Bildung langfristig in der Zukunft, Leistbarkeit und Förderung der Bildung des Einzelnen ist wesentlich, meine Chancen in der Arbeitswelt hängen davon ab.
- Bei Energiefragen und der wirtschaftlichen Situation sind besonders Kosten und die Umweltbelastung Anknüpfungspunkt zur realen Lebenswelt. Die Leistbarkeit politischer Maßnahmen und eigener Interessen sind hier besonders im Rahmen von Steuerleistungen wichtig (Zeilner 2013).

Welche Parteiprogramme nehmen wie auf die von den Schüler/innen als wichtig gereichten Themen Bezug?

Hier wurden im Wesentlichen alle Parteiprogramme der im österreichischen Nationalrat vertretenen politischen Parteien in einem mehr oder weniger hohem Ausmaß angeführt und verglichen, aber unterschiedlich bewertet. Die Inhalte der Parteiprogramme wurden von manchen Schüler/innen gut bewertet, manche sahen aber in keinem Parteiprogramm eine ausreichende Übereinstimmung mit ihren politischen Interessen bzw. ihrer Perspektive. Das Thema Umwelt sahen viele aber am besten von den „Grünen“ vertreten. Die Beurteilung der Inhalte der Parteiprogramme war möglich, weil diese Parteiprogramme im Unterricht thematisiert wurden und auch Inhalte von Referaten der Schüler/innen waren (Zeilner 2013).

Welche Medien thematisieren besonders diese Themen?

Grundsätzlich werden alle hier relevanten bzw. von den Schüler/innen gereihten Themen auch im Internet thematisiert. Wirtschaftliche Themen werden vor allem in Magazinen und in Fernsehsendungen diskutiert. Zudem sind Plakate, Fachzeitschriften, wissenschaftliche Publikationen und Zeitungen relevant. Zeitungen betreffend wurden auch aktuelle Tages- und Wochenzeitungen angeführt und teilweise besonders häufig publizierte Themen genannt.

Interessant war die Ansicht einiger Schüler/innen, dass konkrete Themen für Medien erst dann aktuell sind, wenn etwas „Massives“ eingetreten ist. Beispielsweise beim Thema „Umweltschutz“, ist grundsätzlich Medieninteresse erst gegeben wenn eine Umweltkatastrophe eingetreten ist (Beispiel Fukushima). Die Objektivität der Berichterstattung wurde von einigen Schüler/innen in Frage gestellt (Zeilner 2013).

10.5 Eine Vergleichsstudie 2007: Veranschaulichung von Ergebnissen einer Umfrage hinsichtlich der gewünschten Themen von Jugendlichen

Die Fragestellung war bei dieser Studie auf drei zentrale Bereiche fokussiert, die mit folgenden Forschungsfragen festgelegt wurden „Welche grundsätzlichen Einstellungen haben Jugendliche zu Demokratie, Politik und Politischer Bildung und welche Stimmungslage gibt es in diesen Bereichen?“ „Was sind aus Sicht der Jugendlichen zentrale Themen und typische Meinungen in der bzw. über Politische Bildung? Und „Was sind die wichtigsten und glaubwürdigsten Informationsquellen bei der Politikvermittlung?“⁹⁵ (Filzmaier/Klepp 2008, S 188 ff, in: Erziehung und Unterricht, März/April 3-4/2008)

⁹⁵ Für die Umsetzung dieser Studie wurde ein Meinungsmix aus telefonischer Meinungsumfrage (mit einer Stichprobengröße n=700, Jugendliche zwischen 14 und 24 Jahren aus ganz Österreich) und Fokusgruppen gewählt. Die Stichprobenauswahl erfolgte nach dem Zufallsprinzip. Die beiden parallel dazu durchgeführten Fokusgruppen (14- bis 18-Jährige und 19- bis 24-Jährige) wurden als moderierte Gruppendiskussionsrunden geführt, woran bis zu zehn (10) Jugendliche aus Wien bzw. Wien Umgebung, aus unterschiedlichen sozialen Milieus, teilnahmen (Filzmaier/Klepp 2008, S 188 ff)

Ein interessantes Ergebnis brachten die Grundeinstellungen zu Demokratie und Politik. Jugendliche stehen ihrer Zukunft eher neutral gegenüber, wobei es mehrheitlich die Ansicht einer gleich bleibenden politischen Entwicklung in Österreich in den nächsten Jahren gibt. Unter den Befragten gab es eine geringe Anzahl von Optimisten und von Pessimisten. Das Thema „Demokratie“ wurde von den Jugendlichen sehr auf den Wahlzusammenhang reduziert und allgemein als Mitbestimmungsmöglichkeit des Volkes interpretiert, ohne besonderer Überlegungen alternativer Beteiligungsformen (Filzmaier/Klepp 2008, S 188 ff).

Die Zufriedenheit mit der österreichischen Demokratie war in beiden Gruppen etwa gleich im Ergebnis. Insgesamt war eine Mehrheit von über zwei Drittel (69%) mit der Demokratie sehr oder etwas zufrieden. Es gab kaum mit der Demokratie und der Politik völlig unzufriedene Jugendliche⁹⁶ (Filzmaier/Klepp 2008, S 188 ff).

Eine Quintessenz daraus ist auch, dass mit dem politischen Interesse – und nicht unbedingt mit einer höheren Wahlabsicht – eindeutig die Demokratiezufriedenheit zunimmt. Nach dem Alter und dem Geschlecht gibt es kaum Unterschiede, Frauen sind jedoch etwas zufriedener. Unterschiede bestehen in Ansätzen auch nach dem formalen Bildungsgrad bzw. dem Ausbildungsstand (Filzmaier/Klepp 2008, S 188 ff).

Die Wichtigkeit von Lebensbereichen betreffend war die Familie sowohl 2007 als auch 2005 an erster Stelle, gefolgt von Freund/innen, Arbeit, Schule und Universität. Diesen Bereichen gegenüber nahm Politik nur einen relativ untergeordneten Stellenwert ein (Filzmaier/Klepp 2008, S 190).

Die Themen und Meinungen zur Politischen Bildung betreffend waren zwei Drittel der Jugendlichen (64%) der Meinung, dass im Bereich Politische Bildung zu wenig getan

⁹⁶ In Relation zu einer im Jahre 2005 durchgeführten Studie bzw. die Demokratiezufriedenheit von Jugendlichen und Erwachsenen im Vergleich war markant, dass 2007 (9) Sehr zufrieden waren, 2005 (17; ab 18 Jahren (10). Etwas zufrieden waren 2007 (60), 2005 (56, ab 18 Jahren (60). Weniger zufrieden waren 2007 (23), 2005 (24, ab 18 Jahren 2). Gar nicht zufrieden waren 2007 (6) und 2005 (2, ab 18 Jahren 3). Keine Angaben machten 2007 (2) und 2005 (1, ab 18 Jahren 2) (Quelle: Filzmaier/Hajek 2005 – Angaben in Prozent).

wird. 4 Prozent sahen zu viel an Initiative im Bereich politischer Bildungsarbeit. Eine relativ klare Vorstellung von Politischer Bildung haben Jugendliche nur sehr vordergründig. Der Bildungsstand war hier aber sehr wesentlich (Filzmaier/Klepp 2008, S 191 f)

Die Rangordnung der gewünschten Themenbereiche für Politische Bildung (Jugendliche);:

	Zu wenig	Genug	Zu viel
Chancengleichheit von Frauen und Männern	44	46	8
Integration von Ausländer/innen	43	37	16
Globalisierung	36	52	6
Zeitgeschichte	31	53	9
Wahlen und politische Beteiligung	31	57	9
EU und Europa	29	51	16
Aktuelle politische Ereignisse im Inland	24	60	13
Internet und Demokratie	26	57	8
Medien	22	60	15

(Quelle: Erziehung und Unterricht, März/April 3-4 2008).

In einer Rangordnung von allgemeinen Einstellungen zur Politischen Bildung ergab sich die größte Zustimmung für eine traditionelle Wissensvermittlung im Sinne einer Institutionenlehre. Für die Jugendlichen bedeutete Politische Bildung „Viel über den Staat und seine Institutionen zu erfahren“. Das war aber eigentlich die klassische „Staatsbürgerkunde“ und ist nicht die kompetenzorientierte aktuelle Politische Bildung bzw. Demokratiepolitische Bildung. Hier ist noch viel Förderungsarbeit notwendig, zu der die meisten Schüler/innen in Österreich sicher sehr bereit wären, wenn im System

Schule die notwendigen Voraussetzungen vorhanden sind (Filzmaier/Klepp 2008, S 192).

11 ZUSAMMENFASSUNG, BEMERKUNGEN

These:

POLITISCHE BILDUNG IST EIN WICHTIGES INSTRUMENT ZUR VERBESSERUNG DER POLITISCHEN PARTIZIPATION, DES POLITIKINTERESSES UND DER DEMOKRATIEQUALITÄT

Diese aufgestellte These kann als Ergebnis der Forschungen eindeutig bestätigt werden. Dieses Ergebnis steht auch in Zusammenhang mit der in Österreich vorhandenen politischen Kultur, für die eine Orientierung des politischen Handelns an Einstellungen, hier besonders die positive und negative Beurteilung von Institutionen und von Akteur/innen der Politik, an Meinungen und an Werten, hier besonders jene zur Demokratie, sehr wesentlich ist. Im Verständnis von Schüler/innen wird Politik primär „top down“ aus Sicht der Regierenden und weniger „bottom up“ als vom regierten Volk aus verstanden. Ein Einstellungs- und Wertewechsel ist im Bereich der politischen Kultur, die ein subjektiver Bereich des politischen Systems in Österreich ist, immer beachtlich. Solche Änderungen sind für das Partizipationsverhalten, das Politikinteresse und die Demokratiequalität erheblich, weshalb auch Messungen in diesen Bereichen von fundamentaler Bedeutung sind. Besonders die politische Partizipation ist ein Parameter, an dem sich demokratische Systeme selbst messen müssen.

Politische Bildung ist grundsätzlich ein wesentlicher allgemeiner und auch spezieller Einflussfaktor für politische Partizipation, für politisches Verhalten bzw. für das Politikinteresse. Sie setzt sich mit politischen Fragestellungen der Gegenwart, ihren historischen Zusammenhängen und den Möglichkeiten der Einflussnahme auf politische Entscheidungen auseinander, die vielfach aber sehr eingeschränkt sind. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung individueller Kompetenzen und für die Sicherung und Weiterentwicklung demokratischer Werte bzw. der Demokratie und der Menschenrechte, die als miteinander verflochtene Konzepte verstanden werden sollten, weil sie in Kombination die für die Demokratiequalität bedeutende humane Rechtsstaatlichkeit bewahren aber auch verbessern können. Das Thema

Demokratie wird von den Schüler/innen vielfach aber auf den Wahlzusammenhang reduziert und allgemein als Mitbestimmungsmöglichkeit des Volkes interpretiert ohne alternative Beteiligungsmöglichkeiten zu überlegen. Politische Bildung, besonders unter optimalen Bedingungen, ist selbst bereits politische Beteiligung und zeigt auch wesentliche aktuelle Beteiligungsformen an der Politik auf, die positive Auswirkungen auf die Demokratiequalität haben. Das ist für Schulformen mit einem hohen Migrationsanteil besonders wesentlich, weil diese Schüler/innen im Politikunterricht integriert sind bzw. sein sollten und grundsätzlich die politische Kultur und die Demokratiequalität durch Integration und Bildung verbessert werden. Gesellschaftliche Integration ist für funktionierende Demokratien bzw. für die Demokratiequalität fundamental, Ausgrenzungen verschlechtern dagegen die Demokratiequalität.

Sozialwissenschaftliche Studien, wie beispielsweise jene von Putnam 1995, zeigten auf, dass auch ein klarer Zusammenhang zwischen politischer Teilnahme und gesellschaftlicher Integration besteht. „Demokratieerziehung“ ist ein Kernbereich der „Politischen Bildung“ geworden, besonders mit den Zielen der „Demokratiefähigkeit“ und der „Demokratiekompetenz“. Es ist anzunehmen dass grundsätzlich politische Aktivität in der Schule mit politischer Aktivität im außerschulischen Bereich und mit politischer Aktivität nach Beendigung der Schulpflicht korreliert. Es ist hier für Wissenschaftler/innen und für Pädagog/innen wesentlich, auch Wissen über das (politische) Verhalten und die Interessen von Schüler/innen zu erforschen, besonders auch von Migrant/innen.

Die Partizipationsformen sind bereits vielfältiger geworden, weshalb besonders bei Schüler/innen eine differenziertere bzw. eine zielgruppenspezifische Betrachtung notwendig ist. Traditionell verbandbezogene Beteiligungsformen haben sich verringert, thematisch fokussierte bzw. webbasierte, hierarchische, auch personenbezogene Formen haben aber teils hohe Sympathiewerte bei Jugendlichen erreicht. Dieser Wandel erfolgte überwiegend von institutionalisierten Partizipationsformen zu solchen die nicht institutionalisiert sind, wobei hier besonders flexible und anlassbezogene Organisationsformen dominieren. Hier ist sehr wahrscheinlich das Internet jenes Medium, das am besten diese flexiblen Teilnahmemöglichkeiten bieten kann.

Zudem ist im Schulbereich die Forderung einer demokratischen Schule mit Mitsprache- und Mitentscheidungsrechten der Schüler/innen sehr aktuell. Diese zu politischer Mündigkeit zu erziehen und mehr Menschen zu mehr Partizipation zu befähigen und dadurch auch die Zivilgesellschaft und die Demokratie zu fördern, gilt als eines der obersten Ziele. Politische Partizipation lernen die Bürger/innen bzw. die Schüler/innen am besten durch das Partizipieren selbst, weshalb sie diesbezüglich auch optimale Bedingungen erhalten müssen. Bereits die qualitätsvolle Vermittlung politischer Inhalte kann die Freude am Unterricht, die kognitive Verarbeitung und das Politikinteresse positiv beeinflussen. Interessante Aufgabenstellungen und Eingliederung der Lehr- und Lerninhalte in Kontexte, welche die Schüler/innen besonders interessieren, wirken sich hier grundsätzlich sehr positiv aus. Das sind jedenfalls Inhalte, die mit der realen Lebenswelt der Schüler/innen in Zusammenhang stehen. Zentrale Themen sind hier besonders die Idee der Demokratie selbst, die Familie, gesunde Lebenswelten, Bildung, Arbeit, Antidiskriminierung usw., die auch Grundsätze und Qualitätskriterien in nationalen und internationalen Dokumenten bzw. in nationalen und internationalen Rechtsnormen festgeschrieben sind. Es ist hier auch wesentlich die europäische Integration, das Thema Globalisierung, d.h. die fortschreitenden internationalen Verflechtungen, die notwendige Flexibilisierung und Entgrenzungen zu thematisieren.

Die Möglichkeit im Rahmen politischer Partizipation mitreden, mitgestalten und mitbestimmen zu können, fördert grundsätzlich das Politikinteresse, trägt zur Stärkung demokratischer Strukturen bei und bedeutet Einfluss auf tatsächliche Entscheidungen nehmen zu können.

Manche Partizipationsformen bedeuten aber nicht gleichzeitig eine Verbesserung der Bürger/innenmacht, weshalb auch die Feststellung wesentlich ist, dass es grundsätzlich keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Demokratiequalität und dem Ausmaß politischer Beteiligung gibt. Grundsätzlich gilt aber die Beteiligung bzw. die Teilnahme von Bürger/innen an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen als wesentliche Voraussetzung und als Bestandteil einer Demokratie und ist deshalb auch eines ihrer wesentlichen Merkmale. Der prozentuelle Anteil der an politischer Kommunikation und Politikvermittlung partizipierenden

Bürger/innen ist ein wesentlicher Indikator für die Demokratiequalität. Eine besonders geringe Beteiligungsmöglichkeit und Beteiligungsbereitschaft ist für die Legitimation demokratischer Entscheidungen und für die Qualität demokratischer Prozesse eindeutig negativ.

Politische Partizipation ist auch bei der Demokratiemessung sehr häufig ein wesentlicher Indikator. Robert A. Dahl und Larry Diamond/Leonardo Morlino zeigten in ihren Publikationen klar auf, dass politische Partizipation für das Funktionieren demokratischer Regime bzw. für die Demokratiequalität immer wesentlich ist. Die bisher dargestellten Möglichkeiten politischer Partizipation sind aber nur demonstrativ und nicht taxativ, sie sind in der Gegenwart aber bereits sehr vielfältig, was von gut funktionierenden Demokratien auch erwartet wird. Demokratie beginnt grundsätzlich bereits im kleinen Rahmen, weshalb die Basis der demokratischen Beteiligung bereits bei Kindern und Jugendlichen geschaffen werden muss. Das ist eine unabdingbare Voraussetzung, damit diese aktive, engagierte und politisch denkende und handelnde Bürger/innen werden. Bildung und besonders Politische Bildung fördert die Fähigkeit des Menschen, sich für eigene Rechte einzusetzen und sich auch solidarisch für grundlegende (demokratische) Rechte von Mitmenschen zu engagieren. Das inkludiert auch Teilnahmemöglichkeiten, das Politikinteresse und bedeutet grundsätzlich eine Verbesserung der Demokratiequalität.

Im Sozialisationsfeld Schule ist politische Partizipation, besonders auch durch Mitsprache- bzw. Mitentscheidungsrechte ein demokratiepolitisch zentraler Bereich. Unter der Voraussetzung, dass der notwendige Qualitätsrahmen an der konkreten Schule vorhanden ist, wird hier wichtige Basisarbeit im Bereich politischer Partizipation und des Politikinteresses für Jugendliche geleistet, die über die gesamte Lebensspanne andauern soll und die auch grundsätzlich positive Auswirkungen auf die Demokratiequalität hat.

Im Zusammenhang Politische Bildung und Politikinteresse ist es wesentlich, dass ein subjektives Interesse an Politik grundsätzlich positiv mit dem Interesse am Politikunterricht bzw. an Politischer Bildung korreliert. Interesse fördert die Ausdauer, die Freude und verbessert auch die kognitive Verarbeitung der politischen Inhalte.

Bereits intensive Gespräche über Politik im Unterricht können das eigene Kompetenzgefühl und grundsätzlich auch das Selbstwertgefühl der Schüler/innen stärken und damit auch das Politikinteresse positiv beeinflussen. Das ist im Kontext der gesamten Entwicklungs- und Lernfähigkeiten von besonderer Relevanz.

Kaufmann, ein ehemaliger bzw. emeritierter Hochschullehrer in den USA, der an der Universität of Michigan (Ann Arbor) und an der Universität of California (Los Angeles) unterrichtete, kam im Zuge seiner Forschungen auch zu dem wesentlichen Ergebnis, dass Entwicklungs- und Lernfähigkeiten durch politische Partizipation überhaupt erst ermöglicht werden. Das ist ein wesentlicher Ansatz, der von allen Lehrer/innen beachtet werden sollte.

Um von einer Schule mit hoher „Demokratiequalität“ bzw. von einer „Demokratischen Schule“ sprechen zu können, ist neben den Möglichkeiten politischer Partizipation der Schüler/innen der notwendige Qualitätsrahmen an der Schule selbst entscheidend. Die Messung der Demokratiequalität einer Schule ist deshalb von wissenschaftlicher Relevanz, sowie auch die Messung der Demokratiequalität grundsätzlich. Besonders für die Erhebung des Ist-Zustandes und für mögliche Verbesserungen im Bereich der Politischen Bildung im gesamten Kontext wozu auch der Austausch von Informationen und von Best Practice Beispielen wesentlich ist.

12 FORSCHUNGSLEITENDE FRAGEN

Führten die historischen Entwicklungen im Politikunterricht im österreichischen Schulsystem im Längsschnitt betrachtet zur Verbesserung der politischen Partizipation, des Politikinteresses und der Demokratiequalität?

Im Längsschnitt betrachtet führten die historischen Entwicklungen im österreichischen Schulsystem zur Verbesserung der politischen Partizipation, des Politikinteresses und der Demokratiequalität, wobei hier das Politikinteresse am schwierigsten zu beurteilen ist. Die Entwicklung erfolgte im Wesentlichen von der Bürgerkunde zur Staatsbürgerkunde zur Politischen Bildung in Richtung Demokratiepoltischer Bildung und Europapolitischer Bildung. Moderne Begriffe wie beispielsweise „Civic Education“ umfassen politisches Engagement, soziale Kompetenzen und das Verständnis sowie die Förderung fundamentaler demokratischer Prinzipien.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in Österreich im Unterschied zu Deutschland keine Re-Education, weshalb vorerst ein Rückstand in der Disziplin Politikwissenschaft und im Bereich des Politikunterrichtes eine unbeabsichtigte Folge war. Die neuen Lehrpläne knüpften damals auch an jene der Zwischenkriegszeit an, die besonders die Förderung des Heimatbewusstseins vorsahen. Der im Jahre 1949 in Kraft getretene Erlass zur Staatsbürgerlichen Erziehung sah noch keine zu erwerbende Kritikfähigkeit und keine Bildung von eigenen Meinungen der Schüler/innen vor. Die Umbrüche der 1960er Jahre veränderten dann aber auch das Politikverständnis im österreichischen Schulwesen, besonders in Richtung Blickfeld Politische Bildung. In diesem Jahrzehnt gab es jedenfalls bereits Maßnahmen, die zur Verbesserung der politischen Kultur und zur Verbesserung der Demokratiequalität führten. Die Wiedereinbindung der Jugend in politische Prozesse war damals das Thema, das dann in den 1970er Jahren in ein Konzept der Politischen Bildung mündete, wobei die schulischen Institutionen von besonderer Wichtigkeit waren. Hier war das Schulorganisationsgesetz von 1962 grundsätzlich und dessen Zielparagraph, der § 2 Schulorganisationsgesetz für die damalige staatsbürgerliche Erziehung richtungsweisend. Diese Norm ist auch in der Gegenwart Grundlage und gesetzlich verbindlicher bzw. relevanter Ausgangspunkt für

alle Bemühungen im Bereich staatsbürgerlicher und politischer Bildung im österreichischen Schulbereich. Von 1945 bis 1969 erfolgten die wesentlichen Entwicklungsschritte im Bereich des Politikunterrichtes auch im Kontext der modernen Demokratie, die in Österreich von konventionell – institutioneller Partizipation geprägt war. Spätestens seit dem Jahre 1978, mit der Einführung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung im Unterricht, wurde Politische Bildung in Österreich für Schüler/innen, für Pädagog/innen und für die zuständigen Schulbehörden ein zentrales Thema. Die Diskussion über ein eigenes Schulfach Politische Bildung begann aber bereits Jahre vor Inkrafttreten des Grundsatzerlasses.

Es ist eindeutig, dass sich das Verständnis von politischer Partizipation im Zeitraum von Jahrzehnten in Österreich geändert hat, wovon natürlich auch das Schulsystem betroffen war. Bis in die 1970er Jahre war die Teilnahme überwiegend auf formelle politische Handlungen und Instrumente bezogen. Die Bedeutung politischer Partizipation weitete sich dann allmählich auf viele unterschiedliche Lebenszusammenhänge aus. Das Gestaltungsprinzip Demokratie bzw. dessen Verwirklichung auf allen gesellschaftlichen Ebenen war eine zentrale Frage in diesem Kontext. Die Wichtigkeit dieser Thematik wurde auch im österreichischen Bildungsbereich erkannt und damit die Demokratiequalität grundsätzlich positiv beeinflusst.

Von 1970 bis 1988 war der Kontext des Politikunterrichtes auch in der Übergangsphase der politischen Partizipation von der modernen zur post- modernen Demokratie mit dem Trend von der institutionellen zur individuellen Partizipation die auch als postmoderne Demokratie eine individuelle politische Partizipation bedeutete. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts wurden dann Anknüpfungspunkte der Politischen Bildung zu anderen Fächern forciert und auch die Rolle der Massenmedien bedeutender. Im Jahre 2001 fand die Disziplin auch Aufnahme in das AHS-Pflichtfach „Geschichte und politische Bildung“, was für eine nachhaltige Entwicklung im österreichischen Schulbereich besonders wichtig war. Seit dem Schuljahr 2008/2009 ist dieses Fach nun auch ein Pflichtgegenstand für alle achten Schulstufen, wofür sich die damals zuständige Ministerin vor dem Hintergrund aktives Wahlalter ab 16 ausgesprochen hat. Damit sollte auch das Politikinteresse der Schüler/innen, dessen

Beurteilung im historischen Kontext aber sehr schwierig ist, gefördert werden. Es ist aber davon auszugehen dass ein hoher Bildungsstand und ein qualitätsvoller Unterricht grundsätzlich positive Auswirkungen auf das Politikinteresse haben. Der Zugang zum höheren Bildungswesen, mit dem wesentliche Berechtigungen verbunden sind, hat sich historisch betrachtet sehr verbessert, damit ist sehr wahrscheinlich der Anteil der an Politik interessierten Schüler/innen gestiegen. Zudem waren diesbezüglich auch die Einführung der bereits dargestellten Unterrichtsfächer und das Unterrichtsprinzip von Relevanz. Die historischen Entwicklungen im Bereich des Politikunterrichtes umfassen auch die enormen Fortschritte im Bereich der im Unterricht zur Verfügung stehenden (Massen) Medien und der technischen Hilfsmittel, deren Anzahl und Qualität sich im Laufe der Jahrzehnte sehr erhöht hat und die bei richtigem Einsatz grundsätzlich positive Auswirkungen auf die Möglichkeiten politischer Partizipation, auf das Politikinteresse und die Demokratiequalität haben.

Sind im Rahmen des Politikunterrichts für Schüler/innen politische Themen die auch mit ihrer realen Lebenswelt in Zusammenhang stehen, besonders interessant und für die politische Partizipation, das Politikinteresse und die Demokratiequalität förderlich?

Politische Themen die auch mit der realen Lebenswelt der Schüler/innen in Zusammenhang stehen, sind für diese besonders interessant und für die politische Partizipation, das Politikinteresse und die Demokratiequalität förderlich. Eine Bildung bzw. Erziehung zur Demokratie im Sinne einer aktiven und partizipatorischen Bürgergesellschaft ist ohne Politische Bildung kaum möglich. Themenbezogenes Interesse herzustellen bzw. zu verbessern ist hier besonders wesentlich.

Im Rahmen hierarchischer - formeller Strukturen ist das politische Interesse und das politische Engagement der Schüler/innen sicher vermindert. Freiheit, Gleichheit und Kontrolle sind ein wesentlicher Rahmen für politische Themen in Zusammenhang mit der realen Lebenswelt. Das sind auch wesentliche Parameter für die Demokratiequalität. Die Schüler/innen müssen reale Möglichkeiten zur politischen Teilnahme erhalten, Politik darf nicht als fremd, nicht nur der „Welt“ der Erwachsenen

zugeordnet empfunden werden, weshalb ein Themenbezug zur realen Lebenswelt notwendig ist, er fördert grundsätzlich das Politikinteresse.

Eine Vergleichsstudie aus dem Jahre 2007 mit einer Studie aus dem Jahre 2005 brachte das Ergebnis, dass mit dem politischen Interesse – und nicht unbedingt mit einer konkreten bzw. höheren Wahlabsicht – eindeutig die Demokratiezufriedenheit und damit grundsätzlich auch die Demokratiequalität verbessert wird. Die Wichtigkeit der Themen im Zusammenhang mit realen Lebensbereichen betreffend war die Familie 2007 und auch 2005 an erster Stelle gereiht, die Bildung war im Vordergrund zu finden. Das war auch Ergebnis der Schüler/innen Befragung im November 2013 in einer höheren technischen Schule. Das besondere Interesse liegt hier grundsätzlich bei allen Themen, von denen die Familie und die Schüler/innen selbst betroffen sind. Bildung wurde als besonders interessant und im klaren Zusammenhang mit der realen Lebenswelt gesehen, weil sie Schüler/innen einer Maturaklasse sind und in Zukunft universitäre oder andere hoch qualifizierte Ausbildungswege beschreiten bzw. ins Berufsleben eintreten werden. Auch der klare Zusammenhang Bildung mit Berufs- und Lebenschancen wurde als mit der realen Lebenswelt in Zusammenhang stehend und deshalb als besonders interessant gesehen. Im von mir 2012 mit einem Oberstufenschüler durchgeführten Interview sah dieser in politischer Partizipation und im Zusammenhang mit der realen Lebenswelt stehend sogar das Interesse sich selbst in den Lebensbereich Politik einzubringen. Als wesentliches Ergebnis der Forschungen kann die Wertorientierung im Bereich von Oberstufenschüler/innen betreffend auch angenommen werden, dass hier von einem mangelnden Politikinteresse nicht gesprochen werden kann, sondern überwiegend sogar das Gegenteil der Fall ist. Politische Themen, die mit der realen Lebenswelt in Zusammenhang stehen, beurteilen viele Schüler/innen sogar als besonders wichtig bzw. sinnvoll für das gesamte Leben. Ihre schulischen und beruflichen Pläne, ihre definierten Ziele für die Zukunft und das damit verbundene Politikinteresse weisen auch eindeutig darauf hin.

Sind zur Förderung des Politikinteresses und der Demokratiequalität besonders die Möglichkeiten politischer Beteiligung und ein bestimmter Qualitätsrahmen an Schulen notwendig?

Zur Förderung des Politikinteresses und der Demokratiequalität sind die Möglichkeiten politischer Beteiligung und ein bestimmter Qualitätsrahmen an der konkreten Schule absolut notwendig. Politische Partizipation ist grundsätzlich ein wichtiger Faktor, damit Demokratie funktioniert. Es ist grundsätzlich davon auszugehen, dass in einem Staat mit hoher Demokratiequalität, die Österreich im Ranking im Wesentlichen erreicht hat, auch im Schulbereich das Interesse vorhanden ist, Bildungsinhalte und Teilnahmemöglichkeiten darauf abzustimmen und an der Schule selbst die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Staatliche Politik, d.h. die Schaffung von Rahmenbedingungen, trägt auf vielen Ebenen dazu bei, Schüler/innen bzw. Kindern und Jugendlichen den Weg in unsere Gesellschaft zu ebnen. Alle staatlichen Maßnahmen sind aber nur wirksam, wenn die einzelnen Schüler/innen selbst mitarbeiten. Forscher/innen des Zentrums Polis haben in einem Entwicklungsplan mögliche Mittel und langfristige Ziele aufgezeigt, mit der Absicht Demokratie in der Schule langfristig zu sichern und alle beteiligten Schulpartner/innen einzubeziehen. Das ist im Wesentlichen eine Optimierung politischer Partizipation, des Politikinteresses und der Demokratiequalität im Schulbereich, die auch eine Gestaltung des gemeinsamen Lebensumfeldes Schule unter Einbeziehung aller Beteiligten bedeutet. Für die Umsetzung dieser Ziele ist besonders auch die Konstellation der Akteur/innen wesentlich, die aber grundsätzlich sehr ungleich sind. Das sind neben den Schüler/innen die Lehrer/innen und die Schulbehörden, mit vielfach unterschiedlichen politischen Ideologien.

Ergebnisse von Studien zeigen auch, dass politische Teilnahme für die Stabilität von Demokratien und für soziale Kohäsion normativ und empirisch von Relevanz ist, weshalb es sinnvoll ist im Rahmen des Politikunterrichtes Schüler/innen bereits in Organisationen und Netzwerke einzubinden, um dadurch das Politikinteresse und die Demokratiequalität positiv zu beeinflussen. Politische Partizipation hat eine große demokratische und demokratie-politische Bedeutung, sie ist bei Demokratiemessungen deshalb vielfach einer von mehreren wesentlichen Faktoren.

Im Schulbereich sind die beiden Parameter für die Demokratiequalität die Beteiligungsmöglichkeiten der Schüler/innen und die Voraussetzungen an der konkreten Schule selbst. Beteiligung im Rahmen Politischer Bildung leistet einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft, besonders zur Verwirklichung und Weiterentwicklung der Demokratie und der Demokratiequalität und zur Förderung des Politikinteresses. Besonders soll hier auch klar sein, dass ein subjektives Interesse an Politik grundsätzlich positiv mit dem Interesse am Politikunterricht bzw. an Politischer Bildung korreliert. Neue Formen der Partizipation an der Demokratie – besonders im Schulbereich – sind grundsätzlich positiv, weil sie den politischen Diskurs fördern, sie müssen aber reflektiert werden. Die unreflektierte Erweiterung von politischen Beteiligungsmöglichkeiten kann aber auch zu mehr Intransparenz und zu Ungleichheit führen. Es ist hier wesentlich den Schüler/innen klar zu machen, dass neue Möglichkeiten politischer Partizipation nicht automatisch zu einer Verbesserung der Demokratiequalität führen, weil beispielsweise neue Partizipationsformen auch den Einfluss von Exekutiven, von mächtigen Personengruppen, von Lobbys usw. erhöhen kann.

Ist der gezielte Einsatz von Medien im Politikunterricht besonders förderlich für die politische Partizipation, das Politikinteresse und die Demokratiequalität?

Der gezielte Einsatz von Medien im Politikunterricht ist für die politische Partizipation, das Politikinteresse und die Demokratiequalität besonders förderlich. Klafki behauptet in seiner Publikation sogar, dass in einer Mediendemokratie die Medienqualität wesentlich für die Politik und unabdingbar für die Demokratiequalität ist. Medien sind zur Schlüsselinstanz der Politikvermittlung geworden, sie sind auch selbst Bestandteil des Politikprozesses und deshalb im Bereich Politischer Bildung ein besonders interessantes Thema. Medien, besonders auch Massenmedien, sind nicht mehr nur ein Medium alleine, sondern sie sind darüber hinaus bereits ein Faktor politischer und gesellschaftlicher Entwicklung.

Die Funktionslogik moderner politischer Systeme zu verstehen ist in einer „Mediendemokratie“ von besonderer Relevanz. In diesem Bereich orientiert sich die Politische Bildung auch an den wesentlichen Herausforderungen der konkreten Epoche, das ist

nun das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts mit den besonders aktuellen Themen wie Familie, Arbeitsmarktpolitik, Demokratie, Bildungspolitik, Integration, Sicherung des (Welt) Friedens, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen bzw. Umweltpolitik, Abbau gesellschaftlich bedingter Ungleichheit, Gleichstellung von Mann und Frau, Globalisierung, (Massen)Medien usw.

Medienkompetenz ist ein klar definiertes und wichtiges Ziel der Politischen Bildung. In der Gegenwart ist besonders die Fähigkeit zur Orientierung in einer zunehmend unübersichtlicher werdenden Informations- und Kommunikationswelt, in der auch Missbrauch betrieben wird, entscheidend. Die Interessen besonders der Jugendlichen sind hier auch vom Bildungsstand, zu dessen Verbesserung der Politikunterricht grundsätzlich beiträgt, und vom Migrationshintergrund abhängig. Politische Beteiligung orientiert sich auch an einer medialen Darstellungslogik. Das sind die Gesetzmäßigkeiten der Präsentation, d.h. der Aufbereitung politischer Inhalte bzw. politischer Themen durch Journalist/innen, die auch Einfluss auf die politische Kultur haben bzw. selbst im Kontext politischer Kultur stehen. Bei Schüler/innen mit hohem Bildungsstand stehen hier grundsätzlich die Inhalte vor Äußerlichkeiten, bei einem geringeren Bildungsstand ist es eher umgekehrt. Hier entstehen beispielsweise Einstellungen, politische Meinungen und vielleicht auch sogar Werte durch Äußerlichkeiten. Dieses Ergebnis wird durch wissenschaftliche Literatur und durch Evaluierungen meines Unterrichts durch Schüler/innen mit unterschiedlichem Bildungsstand fundiert begründet und sollte auch im Politikunterricht thematisiert werden.

Demokratien und das Politikinteresse werden auch durch bestimmte „Trends“ wie beispielsweise von medienzentrierten Formen der Politikvermittlung und dem politischen Stil, beeinflusst. Das kann auch negativ sein, wodurch das Partizipationsverhalten, das Politikinteresse und die Demokratiequalität auch negativ beeinflusst werden. Als ein Ergebnis der Schüler/innen Befragung in einer technischen höheren Schule im November 2013 kann festgestellt werden, dass grundsätzlich alle an den vorderen Rängen gereihten politischen Themen auch im Internet thematisiert werden. Die besonders aktuelle E-Partizipation kann deshalb gut vorbereitet auch als

Medium im Politikunterricht für die politische Partizipation, das Politikinteresse und die Demokratiequalität förderlich sein.

Zu beachten ist hier auch, dass in der gegenwärtigen Lebenssituation der Schüler/innen grundsätzlich nur wenige Unterschiede im Bereich der Nutzung bzw. der Verwendung von Massenmedien im Vergleich zu Erwachsenen besteht. Durch (Massen) Medien wird oft das Kulturleben der Schüler/innen massenkulturell „überlagert“ bzw. „überformt“, wodurch besonders die Bildungsrelevanz der Familie, der Schule usw. auch negativ beeinträchtigt werden kann. Es ist hier im Politikunterricht notwendig diese Tatsache auch zu thematisieren und eventuell die unterschiedlichen „Lernorte“ im Bereich Politik zu koordinieren. Das kann zur Förderung von politischer Partizipation und des Politikinteresses beitragen. Der Einsatz von Massenmedien im Politikunterricht kann und wird in der Regel auch „massenkulturelle“ bzw. „multikulturelle“ Bereiche der Politik umfassen und im Kontext des Demokratielernens die Demokratiequalität positiv beeinflussen. Besonders sollten dadurch „politische Verirrungen“ und sogenannte „Wertirritationen“ von Schüler/innen, die vielfach eine Ideologie der Ungleichheit und die Gewaltakzeptanz fördern, verhindert oder minimiert werden.

Wird durch das österreichische Kompetenzstrukturmodell bzw. durch den Erwerb der vorgesehenen Teilkompetenzen eine Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten, des Politikinteresses und der Demokratiequalität erreicht?

Grundsätzlich kann durch das Kompetenzstrukturmodell und durch den Erwerb der vorgesehenen Teilkompetenzen eine Verbesserung in diesen Bereichen erreicht werden. Die Umsetzung in der Praxis ist aber bisher vielfach nicht ideal erfolgt, das ergaben diesbezügliche Studien. Besonders, weil es kein eigenes Fach Politische Bildung gibt und das Unterrichtsprinzip Politische Bildung wenig beachtet wird. Eine genaue Messung der Umsetzung des Unterrichtsprinzips durch die Lehrer/innen ist aber sehr schwierig. Es müssten diesbezüglich auch Lehrbücher aller Fächer auf politische Inhalte abgestimmt werden. Bisher hat Politische Bildung im österreichischen Schulsystem noch nicht den Stellenwert, der notwendig wäre,

besonders um die Umsetzung des Kompetenzstrukturmodells zu forcieren bzw. die Teilkompetenzen tatsächlich auf dem vorgesehenen Niveau zu erreichen. Das im Rahmen dieses Modells festgesetzte grundlegende Niveau, das von allen Schüler/innen in einer bestimmten Altersstufe erreicht werden soll und das die Akzeptanz unterschiedlicher sprachlicher, kultureller und sozialer Milieus inkludiert, ist als zweckmäßig und bildungsfördernd zu beurteilen. Diese Differenzierung darf jedoch keinesfalls als Begründung für eine sozial ungerechte Zuordnung oder Trennung verwendet werden. Das ist auch eine wichtige Aufgabe der politischen Bildner/innen und der österreichischen Politik grundsätzlich.

Verantwortungsbewusste und kompetente Pädagog/innen werden in Zukunft für die Umsetzung des österreichischen Kompetenzstrukturmodells bzw. für den Bereich Politische Bildung von besonderer Wichtigkeit sein. Das könnten neben den Absolvent/innen der LA-Studienrichtung „Geschichte, Sozialkunde und politische Bildung“ an der Universität und den Absolvent/innen einer Pädagogischen Hochschule auch Absolvent/innen des Masterstudiums „Politikwissenschaft“ sein. Die fachliche Kompetenz der Lehrer/innen ist hier sehr wesentlich, weil dadurch besonders in den höheren Schulen grundsätzlich auch eine hohe Akzeptanz der Schüler/innen verbunden ist. Zudem ist die Fähigkeit Begeisterung für Politik und für Politische Bildung zu erzeugen wesentlich, was grundsätzlich gelingt, wenn die Lehrer/innen selbst von ihrem Fach überzeugt und motiviert sind. Der „menschliche Faktor“ ist jedenfalls eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen von Lernprozessen, d.h. für die Umsetzung des Kompetenzstrukturmodells Politische Bildung. Für eine kognitiv, motivational und emotional wirksame Unterrichtspraxis ist Strukturierung, Systematisierung und Fokussierung auf die Lernenden besonders wesentlich. Kompetenzorientierung im Bereich der Politischen Bildung bedeutet grundsätzlich „Wissenserwerb und Wissensanwendung in variierenden Kontexten. Das österreichische Modell unterscheidet sich aber von jenen anderer Länder. Eine OECD Studie brachte das Ergebnis, dass das Politikwissen der Schüler/innen auch eindeutig in Zusammenhang mit einer langfristigen Wahlbeteiligung steht, was ein eindeutiger Indikator für Beteiligung, für Politikinteresse und für Demokratiequalität ist.

Das Kompetenzstrukturmodell darf nicht überbewertet werden, es ist eben nur ein Modell, das für die Zielerreichung, besonders der Teilkompetenzen und der politischen Mündigkeit, hilfreich sein kann. Problemzentriertes Lernen in Verbindung mit den Schlüsselkompetenzen ist sicher ein sehr guter Weg.

Würde die systematische Einführung eines eigenen Unterrichtsfaches Politische Bildung im österreichischen Schulsystem die Möglichkeiten politischer Partizipation, das Politikinteresse und die Demokratiequalität verbessern?

Diese forschungsleitende Frage kann eindeutig bejaht werden. Bereits durch die politischen Themen bzw. die lehrplankonformen Unterrichtsinhalte in diesem Fach ist politische Partizipation bzw. die Möglichkeit dazu gegeben. Durch einen qualitätsvollen Unterricht wird grundsätzlich auch das Politikinteresse und die Demokratiequalität gefördert. Ein eigenständiges Fach Politische Bildung wird auch im Bereich der Wissenschaft, wie beispielsweise in der Publikation „Die österreichische Demokratiequalität in Perspektive“, klar als eine Möglichkeit der Verbesserung der österreichischen Demokratiequalität beurteilt. Demnach sollte im österreichischen Schulsystem Politische Bildung klarer und konsequenter als ein eigenes beziehungsweise eigenständiges Fach umfassend eingeführt werden. Politische Bildung könnte hier als „demokratische Bildung“ konzipiert werden, das Fach explizit auch so bezeichnet bzw. so umbenannt werden. Die Notwendigkeit eines eigenen Unterrichtsfaches „Politische Bildung“ war auch ein Ergebnis meines mit einem Oberstufenschüler durchgeführten Interviews, mit guten Begründungen die weit über das Wählen ab 16 hinausgingen.

Politische Bildung ist eben nicht nur für das Wählen ab 16 eine unabdingbare Notwendigkeit, sondern unser Alltag ist bereits umgeben von politischen Prozessen, auch im internationalen Kontext. Eine systematische Einführung von „Politischer Bildung“ als eigenständiges Unterrichtsfach – unterrichtet durch eigene ausgebildete Lehrer/innen - würde den systematischen Aufbau des Verständnisses von Politik bzw. von politischen Prozessen, von Demokratie, von eigener politischer Partizipation, der Bedeutung der Grundprinzipien des Staates, wie beispielsweise der Rechtsstaatlichkeit und deren Sicherung bzw. das Verständnis und den Kampf um

Menschenrechte, von internationalen und supranationalen Organisationen usw. ermöglichen bzw. verbessern.

Die Grundlage jeder Demokratie ist auch eine funktionierende Rechtsordnung, deren Grundlagen im Fach Politische Bildung erworben werden. Beispielsweise werden hier die Rechte und Pflichten der Bürger/innen festgelegt und das möglichst konfliktfreie Zusammenleben in unserer Gesellschaft ermöglicht. Die Rechtsordnung muss aber auch Weiterentwicklungen berücksichtigen und auf neue gesellschaftliche Erfordernisse, die vielfach sehr komplex sind, angepasst werden. Deshalb sollten die Schüler/innen bzw. die Bürger/innen auch die Möglichkeit haben die Rechtsordnung in einem demokratischen Prozess mit zu gestalten. Mitgestaltung ist aber auch in vielen anderen Lebensbereichen wesentlich. Für diese Mitgestaltung sind Kompetenzen im Bereich der Politischen Bildung bzw. der Politik absolut notwendig. Eine reine Wahldemokratie („electoral democracy“) ist für die Zukunft nicht ausreichend, die Entwicklung muss in Richtung qualitative Höherentwicklung der Demokratie gehen. Das ist konzeptuell eine „liberal democracy“ bzw. eine „advanced (liberal) democracy“ mit einer hohen Demokratiequalität („high quality of democracy“).

Die derzeitigen Fächer sind für diese hohen Anforderungen nicht mehr ausreichend. Die Politische Bildung im Kontext mit den Fächern „Geschichte und politische Bildung“ und „Politische Bildung und Recht“ führt wie bereits dargestellt zum Ergebnis, dass der Unterricht sich nicht in genügend hohem Ausmaß auf Politik und Politische Bildung konzentrieren kann, weil eben in der einen Fächerkombination Geschichte (und Sozialkunde) und in der anderen Fächerkombination Recht Lehrinhalt sind und dafür eine bestimmte Unterrichtszeit, die im Verhältnis mit Politischer Bildung überwiegt, notwendig ist. Die Lerninhalte im Bereich Politischer Bildung sind in der Gegenwart im Vergleich mit Geschichte und Recht klar benachteiligt.

Bereits in den 1960er Jahren gab es im Zusammenhang mit der Einführung des AHS - Lehrplanes für die Oberstufe für das Fach Geschichte und Sozialkunde Bedenken. Man vertrat damals die Meinung, dass das Fach Geschichte bereits sehr überladen sei und auch andere Arbeitsmethoden - bezogen auf die Sozialkunde – anwendet. Geschichte zeige besonders wie die Welt geworden ist, Politische Bildung aber habe

auch das historische Material aufgrund systematischer Kriterien zu thematisieren bzw. nach der Funktionalität der politischen Einrichtungen zu fragen.

In der Gegenwart müssen besonders Aktivitäten im Bereich Politischer Bildung und diesbezügliche öffentlich – mediale Debatten intensiviert werden. Neben einem eigenen Unterrichtsfach wird für die Zukunft auch die Art und die Qualität der Lehrer/innen Ausbildung für den Politikunterricht von großer Bedeutung sein. Derzeit kommt Politische Bildung in der Lehrer/innen Ausbildung nur am Rande vor, obwohl sie als Unterrichtsprinzip bereits seit dem Jahre 1978 im österreichischen Schulsystem verankert ist und deshalb eine Aufgabe aller Lehrer/innen bedeutet. Im Lehramtsstudium für höhere Schulen bzw. im Fach (Studienrichtung) „Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung“ liegen die Schwerpunkte eindeutig im Bereich der Geschichte. Das ergab eine Analyse des geltenden Studienplanes der Universität Wien. Die Lehrpläne anderer Universitäten sind aber wahrscheinlich sehr ähnlich. Die Politische Bildung wird hier, so wie auch bei den Inhalten aller approbierten Lehrbücher für das Fach Geschichte und politische Bildung, im Vergleich mit historischen Inhalten, klar benachteiligt. In Zukunft sollte es im Rahmen des Studiums für die Studierenden an Universitäten und an Pädagogischen Hochschulen nicht nur eine „Geschichtsdidaktik“ geben, sondern auch eine „Politikdidaktik“ - am besten für ein eigenes Unterrichtsfach „Politische Bildung“.

13 ABSTRACT

Keywords: Political education, Participation, Interest in Politics, Democracy, Democratic quality

Democracy assumes that citizens have competencies in the field of politics. Therefore is political education into the curriculum democracy education even a „*Conditio sine qua non*“.

This treatise reached the conclusion that political education from motivated and well trained teachers educated, will have a positive impact to political participation, the interest in politics and the democratic quality. The current situation in the Austrian schools is not optimal, especially there is no political education as an independent subject. In the future an independent subject and specific field of studies at universities and colleges of education including an own political didactic will be essential

Schlüsselwörter: Politische Bildung, Partizipation, Politikinteresse, Demokratie, Demokratiequalität

Demokratie setzt voraus, dass Bürger/innen über Kompetenzen im Bereich der Politik verfügen. Dafür ist Politische Bildung mit dem Kernbereich Demokratieerziehung selbst eine „*Conditio sine qua non*“.

Diese Arbeit kam zu dem Ergebnis, dass Politische Bildung von engagierten und gut ausgebildeten Pädagog/innen im optimalen Qualitätsrahmen unterrichtet, sich grundsätzlich positiv auf die politische Partizipation, das Politikinteresse und die Demokratiequalität auswirkt. Die derzeitige Situation im österreichischen Schulbereich ist nicht optimal, besonders weil es kein eigenes Fach Politische Bildung gibt. Für die Zukunft werden ein eigenes Fach und konkrete Studienrichtungen an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen, einschließlich einer eigenen Politikdidaktik, notwendig werden.

14 ANHANG: DOKUMENTE IN KOPIE

- GRUNDSATZERLASS „Politische Bildung in den Schulen“. Wiederverlautbarung 1994, GZ 33.466/103-V/4a/94.
- § 2 SCHULORGANISATIONSGESETZ
- LEITFADEN Interview Franz Zeilner mit einem Schüler einer Bundeshandelsakademie in Niederösterreich (Zeilner, Mai 2012).
- FRAGENKATALOG Schülerbefragung HTL (Zeilner, November 2013).
- PLANUNGSRASTER Demokratiegestaltung in Schulen. (Demokratische Schulgestaltung in Theorie und Praxis, Herausgeber: Europarat.



BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST

Sachbearbeiterin:
GL MRin Mag. Elisabeth Morawek
Tel.: 0222/53120-4438

GZ 33.466/103-V/4a/94

Grundsatzерлаß
"Politische Bildung in den Schulen"
Wiederverlautbarung 1994

Rundschreiben Nr. 15/1994

Verteiler: VII, N
Sachgebiet: Unterrichtsprinzipien
Inhalt: Politische Bildung
Geltung: unbefristet

An die Landesschulräte
den Stadtschulrat für Wien
die Zentrallehranstalten
die Pädagogischen und Berufspädagogischen Akademien
die Pädagogischen Institute

Hiermit erfolgt eine unveränderte Wiederverlautbarung des erstmals unter GZ 33.464/6-19a/1978 vom 21. August 1978 ergangenen Rundschreibens.

I. Grundsätzliches

Die österreichische Schule kann die umfassende Aufgabe, wie sie ihr im § 2 des Schulorganisationsgesetzes gestellt ist, nur erfüllen, wenn sie die Politische Bildung der Schuljugend entsprechend berücksichtigt. Politische Bildung ist eine Voraussetzung sowohl für die persönliche Entfaltung des einzelnen wie für die Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Ganzen. Sie ist in einer Zeit, die durch zunehmende Kompliziertheit in allen Lebensbereichen gekennzeichnet ist, ein aktiver Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft und zur Verwirklichung der Demokratie. Wesentliche Anliegen der Politischen Bildung sind die Erziehung zu einem demokratisch fundierten Österreichbewußtsein, zu einem gesamteuropäischen Denken und zu einer Weltoffenheit, die vom Verständnis für die existentiellen Probleme der Menschheit getragen ist.

Politische Bildung ist einem Demokratieverständnis verpflichtet, das in der Anerkennung legitimer Herrschaft und Autorität keinen

Widerspruch zur postulierten Identität von Regierenden und Regierten sieht.

Im Mittelpunkt steht aber die Frage, wodurch Herrschaft und Autorität von der Gesellschaft als rechtmäßig anerkannt werden: in einem demokratischen Gemeinwesen wird unabänderliches Merkmal sein, daß Autorität und Herrschaft aus der Quelle der freien Bestellung, der freien Kontrolle und der freien Abrufbarkeit durch die Regierten bzw. durch die von diesen eingesetzten Organe geschöpft werden. Dabei wird ein demokratisches Regierungssystem umso erfolgreicher arbeiten können, je mehr der Gedanke der Demokratie auch in anderen Bereichen der Gesellschaft anerkannt wird.

Politische Bildung in den Schulen wird davon auszugehen haben, daß die politische Sphäre im Zeichen von Wertvorstellungen steht. Friede, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit sind Grundwerte, auf denen jede menschliche Gesamtordnung und somit jedes politische Handeln beruhen muß. Dabei muß aber bewußt bleiben, daß diese Grundwerte oft in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen und daß auch bei gleichen ideellen Ausgangsvorstellungen verschiedene Auffassungen über die Verwirklichung dieser Ideen in einer bestimmten Situation bestehen können.

Politische Bildung vollzieht sich - auf der Grundlage der obengenannten Wertvorstellungen - in drei Bereichen, die einander wechselseitig bedingen:

1. Politische Bildung ist Vermittlung von Wissen und Kenntnissen: Der Schüler soll einen Einblick in die Ordnungen und die verschiedenen Ausformungen des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens gewinnen. Er soll Sachinformationen über die historischen und gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen dieser Ordnungen erhalten und die in ihnen wirkenden Kräfte und Interessen erkennen.

2. Politische Bildung ist Entwicklung von Fähigkeiten und Einsichten:

Der Schüler soll die Fähigkeit zum Erkennen von politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenhängen und zu kritischem Urteil gewinnen. Die Einsicht in die einzelnen Faktoren gesell-

schaftspolitischer Entscheidungsfindung (die Träger von gesellschaftlicher, insbesondere von politischer Verantwortung, ihre Ziel- und Wertvorstellungen, ihre Interessen; die Entscheidungs- und Handlungsabläufe; die Machtverteilung) soll die Grundlage zu einer eigenen Meinungsbildung sein, um die persönliche Aufgabe bei der Gestaltung unserer Gesellschaft wahrnehmen zu können.

3. Politische Bildung ist Weckung von Bereitschaft zu verantwortungsbewußtem Handeln:

Politische Bildung will die Bereitschaft des Schülers wecken und fördern, politische Vorgänge aktiv mitzugestalten. Der Schüler soll bereit sein, Entscheidungen, die er nach eigenständigen Wertauffassungen getroffen hat - gegebenenfalls auch unter Belastung und unter Hintansetzung persönlicher Interessen - in politisch verantwortungsbewußtes Handeln umzusetzen.

Der Auftrag zu Politischer Bildung wendet sich an alle Lehrer und bedeutet, daß Politische Bildung als Unterrichtsprinzip im Rahmen der durch Schulart, Schulstufe und Unterrichtsgegenstand gegebenen Möglichkeiten im Sinne der in Teil II angegebenen Zielvorstellungen wirksam wird. Dabei sind die Chancen, die sich durch den fachlichen Auftrag des Lehrers ergeben, ebenso zu nützen wie jene, die sich von der pädagogischen Funktion her anbieten. Ein planvolles Zusammenwirken aller Lehrer ist anzustreben.

II. Nähere Umschreibung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung

Das Unterrichtsprinzip Politische Bildung strebt im Rahmen der Lehrplaninhalte folgende Ziele an:

1. Politische Bildung soll den Schüler befähigen, gesellschaftliche Strukturen in ihrer Art und ihrer Bedingtheit zu erkennen (Interessen, Normen, Wertvorstellungen; Herrschaft, Macht, Machtverteilung; politische Institutionen).

2. Politische Bildung soll die Überzeugung wecken, daß Demokratie sich nicht in einem innerlich unbeteiligten Einhalten ihrer Spielregeln erschöpft, sondern ein hohes Maß an Engagement erfordert; das sollte zur Bereitschaft führen, gemeinsam mit anderen oder al-

lein alle Möglichkeiten realisierbarer Mitbestimmung im demokratischen Willensbildungsprozeß verantwortungsbewußt zu nützen.

Es soll auf eine "Politisierung" im Sinne eines Erkennens von Möglichkeiten hingearbeitet werden, am politischen Leben teilzunehmen, um die eigenen Interessen, die Anliegen anderer und die Belange des Gemeinwohls legitim zu vertreten.

3. Politische Bildung soll das Denken in politischen Alternativen schulen und dabei zu einer toleranten Einstellung gegenüber politisch Andersdenkenden führen.

Dem Schüler soll bewußt werden, daß in einem demokratischen Gemeinwesen bei der Durchsetzung legitimer Interessen oft Zivilcourage nötig ist und daß Mehrheitsentscheidungen anzuerkennen sind, sofern sie in demokratischer Weise erfolgten und den Grundsätzen der Allgemeinen Menschenrechte entsprechen.

4. Politische Bildung soll das Verständnis des Schülers für die Aufgaben der Umfassenden Landesverteidigung im Dienste der Erhaltung der demokratischen Freiheiten, der Verfassungs- und Rechtsordnung, der Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit unserer Republik wecken.

Auf den defensiven Charakter unserer Landesverteidigung und auf Fragen der zivilen Schutzvorkehrungen und wirtschaftlichen Vorsorgemaßnahmen soll dabei besonders eingegangen werden.

5. Politische Bildung soll die Fähigkeit und Bereitschaft fördern, für unantastbare Grundwerte, wie Freiheit und Menschenwürde, einzutreten, Vorurteile abzubauen und sich auch für die Belange Benachteiligter einzusetzen; sie soll die Einsicht vermitteln, daß das Herbeiführen einer gerechten Friedensordnung für das Überleben der Menschheit notwendig ist; sie soll ein klares Bewußtsein dafür schaffen, daß die Erreichung dieses Zieles weltweit den Einsatz aller Kräfte erfordert und als persönliche Verpflichtung eines jeden Menschen aufgefaßt werden muß.

III. Grundlegende Hinweise für die Gestaltung des Unterrichts

Für das Unterrichtsprinzip Politische Bildung ist die Vorstellung maßgebend, daß Lernen auf Erfahrung und Einsicht beruht und Erkennen und Wissen in Beziehung zu einer möglichen Aktivität stehen.

Daher wird die Vermittlung von Lerninhalten durch eine Förderung des Erlebens demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen zu ergänzen sein. In diesem Sinne sollen die Schüler die Möglichkeiten zu selbständiger, verantwortungsbewußter Tätigkeit, wie sie unter anderem im Rahmen des Schulunterrichtsgesetzes vorgesehen sind, nützen.

Ein wesentlicher Anknüpfungspunkt für die Politische Bildung liegt in den sozialen Erfahrungen der Schüler. Daher werden Lernprozesse vor allem beim Erfahrungsbereich des Schülers anzusetzen haben. Erzieherischer Grundsatz muß es sein, daß bei Stellungnahmen und Wertungen stets auch abweichende Meinungen aufgezeigt werden im Hinblick darauf, daß in der Demokratie auch verschiedene Wertvorstellungen und Meinungen nebeneinander bestehen können, sofern sie den für unsere Gesellschaft gültigen Grundwerten verpflichtet sind bzw. diese nicht verletzen. Gegensätzliche Interessen sollen offen dargestellt und unterschiedliche Auffassungen im Dialog ausgetragen werden, zumal das Gespräch eine wichtige Voraussetzung dafür ist, einen Konsens zu finden oder einen Kompromiß zu erzielen. Diese Art der Unterrichtsführung und des Erziehens stellt hohe Ansprüche an das fachliche und pädagogische Können und an die Einsatzfreude des Lehrers sowie an seine Fähigkeit, auf den Schüler in partnerschaftlicher Weise einzugehen. Der Lehrer wird Politische Bildung (gerade angesichts der oft starken Bindungen zwischen Lehrer und Schüler) keinesfalls zum Anlaß einer Werbung für seine persönlichen Ansichten und politischen Auffassungen machen. Erfordert es die Situation, daß der Lehrer seine persönlichen Ansichten darlegt, so wird er streng darauf zu achten haben, daß durch seine Stellungnahme abweichende Meinungen nicht diskreditiert werden und daß die Schüler eine kritisch-abwägende Distanz zu dieser persönlichen Stellungnahme des Lehrers aufrechterhalten können. Die Beachtung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung bedeutet somit eine anspruchsvolle Herausforderung an alle Fähigkeiten des Lehrers, sie stellt aber ebenso an den Schüler hohe Ansprüche. Vom Schüler muß verlangt werden, daß er an der Sicherung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung im Rahmen jener Möglichkeiten mitwirkt, die vor allem das Schulunterrichtsgesetz eröffnet. Erfolgreich wird die Politische Bildung an den Schulen besonders dann sein, wenn auch die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen

Schule und Eltern (in Schulgemeinschaftsausschüssen, bei Elternabenden, in Elternvereinen) von beiden Seiten genützt werden; dies gilt gerade im Hinblick auf die Hauptverantwortung der Eltern für die gesamte Erziehung.

Das Zusammenwirken von Lehrern, Schülern und Eltern wird die besten Voraussetzungen dafür schaffen, daß die österreichische Schule ihren Beitrag zur Mitgestaltung der politischen Kultur unseres Landes leisten kann.

Wien, 9. März 1994

Der Bundesminister:

Dr. Scholten

F.B.R.d.A.:


[Bundesrecht](#) [Landesrecht](#) [Gemeinderecht](#) [EU-Recht](#) [Judikatur](#) [Erlässe](#) [Gesamtabfrage](#)**Übersicht****Bundesrecht konsolidiert**[Druckansicht](#)

- [Dieses Dokument zu den Favoriten hinzufügen](#)
- [Gesamte Rechtsvorschrift zum heutigen Tag anzeigen](#)
- [Gesamte Rechtsvorschrift zu einem Stichtag anzeigen](#)

Kurztitel

Schulorganisationsgesetz

Hauptdokument**Kundmachungsorgan**

BGBl. Nr. 242/1962 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 512/1993

Typ

BG

§/Artikel/Anlage

§ 2

Inkrafttretensdatum

01.09.1994

Außerkrafttretensdatum**Abkürzung**

SchOG

Index

70/02 Schulorganisation

Text**§ 2. Aufgabe der österreichischen Schule**

(1) Die österreichische Schule hat die Aufgabe, an der Entwicklung der Anlagen der Jugend nach den sittlichen, religiösen und sozialen Werten sowie nach den Werten des Wahren, Guten und Schönen durch einen ihrer Entwicklungsstufe und ihrem Bildungsweg entsprechenden Unterricht mitzuwirken. Sie hat die Jugend mit dem für das Leben und den künftigen Beruf erforderlichen Wissen und Können auszustatten und zum selbsttätigen Bildungserwerb zu erziehen.

Die jungen Menschen sollen zu gesunden, arbeitstüchtigen, pflichttreuen und verantwortungsbewußten Gliedern der Gesellschaft und Bürgern der demokratischen und bundesstaatlichen Republik Österreich herangebildet werden. Sie sollen zu selbständigem Urteil und sozialem Verständnis geführt, dem politischen und weltanschaulichen Denken anderer aufgeschlossen sowie befähigt werden, am Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs, Europas und der Welt Anteil zu nehmen und in Freiheits- und Friedensliebe an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken.

(2) Die besonderen Aufgaben der einzelnen Schularten ergeben sich aus den Bestimmungen des II. Hauptstückes.

(3) Durch die Erziehung an Schülerheimen und im Betreuungsteil ganztägiger Schulformen ist zur Erfüllung der Aufgabe der österreichischen Schule gemäß Abs. 1 beizutragen.

Schlagworte

Wirtschaftsleben, Freiheitsliebe

Zuletzt aktualisiert am

03.09.2010

Gesetzesnummer

10009265

Dokumentnummer

NOR12118405

Alte Dokumentnummer

N7196212038Y

Leitfaden: Vorbereitete Fragen für das Leitfadeninterview bzw. für das leitfadengestützte Experteninterview:

- Was verstehen Sie unter Politischer Bildung?
- Was halten Sie von dem Schulpflichtfach „Geschichte und Politische Bildung?“
- Wie sehen Sie das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren? Wie stehen Ihre Bekannten und Verwandten zu diesem Thema?
- Wie oft haben Sie bisher an Wahlen teilgenommen bzw. hatten sie schon die Möglichkeit an Wahlen teilzunehmen? Wenn nein, würden Sie das Wahlrecht ab 16 wahrnehmen?
- Was bedeutet für Sie eine Teilnahmemöglichkeit an der Politik grundsätzlich?
- Wie sehen Sie die Teilnahmemöglichkeiten der Jugendlichen am politischen Geschehen? Nehmen Sie auch selbst aktiv daran teil? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, was sind die Gründe für Ihre Nichtteilnahme? Was müsste anders sein, damit Sie am politischen Geschehen aktiv teilnehmen?
- Was wissen Sie über die österreichischen Parteien und die dazugehörigen Politiker?
- Wie sollen Politiker/innen für Sie sein bzw. was erwarten Sie von Politiker/innen?
- Wie sehen Sie selbst die derzeitigen politischen Parteien in Österreich?
- Woher beziehen Sie Informationen zur Politik und warum? Wie regelmäßig holen Sie sich Informationen zum Thema Politik?
- Woher beziehen Sie Informationen vor Wahlen bzw. woher würden Sie solche beziehen?
- Wie und in welcher Form beeinflussen Informationen bzw. würden Informationen Ihre Wahlentscheidung (Wahlverhalten) beeinflussen? Wenn kein Einfluss, warum nicht?
- Welche Kriterien sind grundsätzlich ausschlaggebend, damit Sie sich für eine konkrete Partei bei einer Wahl entscheiden?
- Wie zufrieden sind Sie mit der derzeitigen Politik in Österreich? Wenn unzufrieden, was würden Sie sich wünschen bzw. was sollte verändert werden? Wenn zufrieden, was passt für Sie am besten?
- Wie schätzen Sie das politische Wissen Ihres Familien- und Bekanntenkreises ein? Versuchen Sie Ihre Meinungen zu begründen!
- Mit wem tauschen Sie sich über Politik aus? Welche Gemeinsamkeiten gibt es? Wo bzw. in welchen Punkten gehen Ihre Meinungen auseinander?
- Versuchen Sie zusammenfassend zu erklären: „ Was bedeutet politische Partizipation für Jugendliche?“ (Zeilner 2012, Leitfaden für das Interview vom 30. Mai 2012).

Höhere Technische Bundeslehranstalt (HTL)

Geschichte und Politische Bildung

Schuljahr 2013/14

Welche der angeführten Themen sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten, denen sich die österreichische Politik gegenwärtig stellen muss?

- 1) Arbeitslosigkeit
- 2) Inflation
- 3) Kriminalität
- 4) Einwanderung
- 5) Umweltschutz
- 6) Wirtschaftliche Situation
- 7) Bildung
- 8) Pensionen
- 9) Gesundheitssystem
- 10) Steuern
- 11) Energiefragen
- 12) Terrorismus
- 13) Wohnbau
- 14) Landesverteidigung
- 15) Außenpolitik
- 16) Sonstiges...

1. NEHMEN SIE EINE REIHUNG DER FÜR SIE WICHTIGSTEN THEMEN VOR (1-3) UND BEGRÜNDEN SIE AUCH IHRE ENTSCHEIDUNGEN.

2. WO SEHEN SIE BESONDERS VERBINDUNGEN BZW. ANKNÜPFUNGSPUNKTE ZU IHRER REALEN LEBENSWELT UND WARUM?

3. WELCHE PARTEIPROGRAMME NEHMEN WIE AUF DIE VON IHNEN ALS WICHTIG GERECHTEN THEMEN BEZUG?

Anhang I: Der Planungsraster

Kernbereich der demokratiepolitischen Bildung oder Ihr eigener gewählter Bereich:	In welchem Stadium befindet sich Ihre Schule in Bezug auf die drei Prinzipien demokratiepolitischer Bildung Ihrer Schätzung nach?	Prinzipien der demokratiepolitischen Bildung		
		Rechte und Pflichten [Stadium 1, 2, 3 oder 4?]	Aktive Partizipation [Stadium 1, 2, 3 oder 4?]	Wertschätzung von Vielfalt [Stadium 1, 2, 3 oder 4?]
	Aus Sicht der: Schulleitung	Stadium	Stadium	Stadium
		(kurze Beschreibung der Eigenschaften)	(Eigenschaften)	(Eigenschaften)
	SchülerInnen	Stadium	Stadium	Stadium
		(Eigenschaften)	(Eigenschaften)	(Eigenschaften)
	LehrerInnen	Stadium	Stadium	Stadium
		(Eigenschaften)	(Eigenschaften)	(Eigenschaften)
	Eltern	Stadium	Stadium	Stadium
		(Eigenschaften)	(Eigenschaften)	(Eigenschaften)
	Gemeinde / Gemeinschaft	Stadium	Stadium	Stadium
		(Eigenschaften)	(Eigenschaften)	(Eigenschaften)

	Rechte und Pflichten	Aktive Partizipation	Vielfalt schätzen
Aktionen für das nächste Stadium			
Wer macht es?			
Erfolgsmaß / Erfolgsindikatoren			
Soll wann überprüft werden?			
Wer macht die Überprüfung?			

15 VERWENDETE LITERATUR

- Akademischer Senat, Jahrbuch der Universität Salzburg 1975 – 1977.
- Almond Gabriel A./Verba, The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton, Sidney 1963.
- Ammerer Heinrich, Jugend und Politik: Ein schwieriges Verhältnis? In: Informationen zur Politischen Bildung Nr. 28.
- Asendorpf Jens B., Psychologie der Persönlichkeit, Heidelberg 2007.
- Austrian Education News, Number 30, März 2002, hg. v. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Wien 2002.
- Baumgartner Gerhard, Wagnis Demokratie. 30 Jahre Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung, Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung, Wien 2007.
- Bäckman Elisabeth/Trafford Bernard, Demokratische Schulgestaltung in Theorie und Praxis, Handbuch zur Planung, Durchführung und Evaluation, 2., überarbeitete Auflage, Straßburg 2008.
- Bäuerle Siegfried (Hg.), Kriminalität bei Schülern, Band 2, Der Umgang mit Schülerkriminalität in der Praxis, Verlag für Angewandte Psychologie, Stuttgart 1989.
- Beutler Zita/Lange Dirk (Hrsg.), Schlüsselkompetenzen für aktive Bürger/innenschaft Handbuch für die Sekundarstufe, AGORA Politische Bildung 2010.
- Blecha Karl, Zielpunkte: Modernisierung und Demokratisierung, in: Kreisky Bruno; Blecha Karl; Fischer Heinz; Gmoser Rupert(Hg), Rote Markierungen. Beiträge zur Ideologie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie, Wien, München, Zürich 1972.
- BMUKK (Bundesministerium für Unterricht Kunst und Kultur) und Zentrum Polis – Politik lernen in der Schule (Hg.), Politische Bildung in Österreich: Wer Wie Was. Demokratie lernen und leben, 2. Auflage, BMUKK, Wien 2006.
- Bortz J., Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler, Heidelberg 2005.
- Bödeker Sebastian, Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland, WZBrief Zivil-Engagement, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, Berlin 2012.

- Böttger Ilona, Beteiligung fördern durch Zukunftswerkstätten & Zukunftskonferenzen, 2006.
- Breit Gotthard/Frech Siegfried, Politik durchschauen. Wie man sich erfolgreich Durchblick verschafft. Schwalbach/Ts. 2010.
- Bremer Helmut/Kleemann-Göhring Mark/Teiwes-Kügler Christel/Trumann Jana (Hrsg.), Politische Bildung zwischen Politisierung Partizipation und politischem Lernen, Beiträge für eine soziologische Perspektive, Weinheim und Basel 2013.
- Brezovich Banimier/Oberleitner Günter, Schulunterrichtsgesetz, nach dem Stand der Wiederverlautbarung und der 8. Novelle, Zehnte Auflage, Wien 1992.
- Brockhaus Enzyklopädie 1958.
- Bruckmüller Ernst, Sozialgeschichte Österreichs, Wien und München 1985.
- Buchstein Hubertus, Die Zumutungen der Demokratie. Von der normativen Theorie des Bürgers zur institutionell vermittelten Präferenzkompetenz, in: Klaus von Beyme/Claus Offe (Hrsg.), Politische Theorien in der Ära der Transformation, Opladen 1995.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.), Zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards. Eine Expertise, Bonn 2003.
- Butterwegge Christoph, Sinnkrisen des Sozialen – das Ende des Wohlfahrtsstaates, in: Hering Sabine (Hg), Hering Sabine, Bürgerschaftlichkeit und Professionalität. Wirklichkeit und Zukunftsperspektiven Sozialer Arbeit, Wiesbaden 2007.
- Bühner M./Ziegler M., Statistik für Psychologen und Sozialwissenschaftler, München 2009.
- Campbell David F.J./Barth Thorsten, Wie können Demokratie und Demokratiequalität gemessen werden? Modelle, Demokratie-Indices und Länderbeispiele im globalen Vergleich, SWS-Rundschau (49.Jg) Heft 2/2009: 203-233.
- Campbell David F.J., Die österreichische Demokratiequalität in Perspektive, in: Ludger Helms/David M. Wineroither (Hrsg.): Die österreichische Demokratie im Vergleich, Baden-Baden 2012.
- Dachs Herbert, Politische Bildung in Österreich – ein historischer Rückblick, in: Klepp Cornelia/Rippitsch Daniela (Hg.), 25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich, Wien 2008.

- Dalton Russel J., Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies, 5. Auflage, Washington 2008.
- Diendorfer Gertraud/Steininger Sigrid, Demokratie – Bildung in Europa, Herausforderungen für Österreich, Bestandsaufnahme, Praxis Perspektiven, Schwalbach/Ts. 2006.
- EDC – Projekt des Europarates.
- Fassmann Heinz/Dahvlik Julia (Hg.), Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven, Ein Reader, V&R unipress, Vienna University Press, Wien 2011.
- Filzmaier Peter, Politik und Politische Bildung, 1. Auflage, Wien 2007.
- Filzmaier Peter, Politische Bildung und Demokratie in Österreich: Trends, Problembereiche und Perspektiven, in: Diendorfer Gertraud/Steininger Sigrid, Demokratie-Bildung in Europa; Herausforderungen für Österreich, Bestandsaufnahme, Praxis, Perspektiven, Schwalbach/Ts. 2006.
- Filzmaier Peter/Klepp Cornelia, Mehr als Wählen mit 16: Empirische Befunde zum Thema Jugend und Politische Bildung, Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 38. Jg. (2009) H. 3, 341 – 355.
- Folkmann Karin, Das ABC der Demokratie, in: ibf-Spektrum, Nr. 536/537, 1988.
- Gabriel Oscar W., Politische Partizipation, in: Dieter Fuchs/Edeltraut Roller (Hrsg.): Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe. Stuttgart 2009.
- Gabriel Oscar W./Völkl Kerstin, Politische und soziale Partizipation, in: Gabriel Oscar W./Kropp Sabine (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, 3. Aufl., Wiesbaden 2008.
- Gabriel/Eberhard Holtmann (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, 3., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, München-Wien 2005.
- Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945, h.g. v. Dachs Herbert/Hanisch, Ernst/Kriechbaumer Robert, Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg, hg. In: Kriechbaumer, Robert/Schausberger Franz/Weinberger Hubert, Bd.6/5.
- Geißel Brigitte/Penrose Virginia, Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung. Politische Partizipation von Frauen und Männern (PDF; 1,2 MB) 2003.

- Goehler Adrienne, Kultargesellschaft – mehr und anders als der Sozialstaat, Audience Development, Kulturmanagement Kulturelle Bildung, 2008.
- Grossmann Ralph/Wimmer Rudolf, Schule und Politische Bildung I., Die historische Entwicklung der Politischen Bildung in Österreich, Klagenfurt 1979.
- Gstettner Peter, Unbrüche in Europa, in: Neues Europa – Alte Nationalismen, Helmut Guggenberger, Wolfgang Holzinger (Hg.), Klagenfurt 1993.
- Gutschner Peter/Rohr Christian, Geschichte. Aktuell 2, 2. Auflage, Linz 2008.
- Haerpfer Christian, Politische Partizipation, in: Sieder Reinhard/Steinert Heinz/Talos Emmerich (Hg.), Österreich 1945-1995, Gesellschaft, Politik, Kultur, 2. Auflage, Verlag, Wien 1996.
- Hellmuth Thomas, Unterrichtsbeispiel: Medien und Macht. Zur politischen Ambivalenz der Mediendemokratie, aus: Herrschaft und Macht, herausgegeben vom Forum Politische Bildung, Informationen zur Politischen Bildung Band 31, Innsbruck-Wien-Bozen 2009.
- Hellmuth Thomas/Klepp Cornelia, Politische Bildung. Geschichte-Modelle-Praxisbeispiele, Wien-Köln-Weimar 2010.
- Henkenborg Peter, Demokratie – Lernen – eine Philosophie der Politischen Bildung, ÖZP 2009/3.
- Hentig Hartmut von, Bildung. Weinheim/ Basel 1999.
- Hillgruber Christian, Scheinbares Wohlbefinden – Medien in der Demokratie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Februar 2003.
- Hinner Alois/Kende Oskar/Montzka Heinrich/Uhlirz Mathilde, Vaterlandskunde, Geschichte, Geographie und Bürgerkunde Österreichs für die achte Klasse der Mittelschulen, Wien 1938.
- Hoskins Bryony/Jesinghaus Jochen/Mascherini Massimiliano/Munda Giuseppe/Nardo Michaela/SAisana Michaela/van Nijlen Daniel/Vidoni Daniele/Villalba Ernesto, „Measuring active citizenship in Europe“, Unpublished Report, Institute for the Protection and Security of the Citizen, Luxemburg 2006.
- Höglinger Wolfgang, Mit-Gestalten, 2. Auflage, Wien 2014.
- IDEC, International Democratic Education Community, Resolution 2005.
- Jellouschek Friedrich, Das Reichsvolksschulgesetz, in: Erziehung und Unterricht. Österreichische pädagogische Zeitschrift, Wien 1960.
- Kaase Max, Politische Partizipation, in: Nohlen Dieter (Hg.), Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1995.

- Khol Andreas (Hg.), Bildung und Forschung im Dienste einer Weltanschauung, Politische Akademie der ÖVP 1972 – 1982.
- Klafki Wolfgang, Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik, Zeitgemäße Allgemeinbildung und kritisch – konstruktive Didaktik, Weinheim, Basel 1991.
- Klepp Cornelia/Rippitsch Daniela (Hg.), 25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich, Wien 2008.
- Klime/Eckert et al., Zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards. Eine Expertise, Berlin 2003.
- Knauer Rainard/Sturzenhecker Benedikt, Partizipation im Jugendalter, in: Hafeneger Benno/Jansen Mechthild/Niebling Torsten (Hrsg.), Kinder- und Jugendpartizipation im Spannungsfeld von Akteuren und Interessen, Opladen 2005.
- Krammer Reinhard, Kompetenzen durch Politische Bildung. Ein Kompetenzstrukturmodell, in: Informationen zur Politischen Bildung. Nr. 29, 2008.
- Kübler Hans – Dieter, Medienkompetenz – Dimensionen eines Schlagwortes, in: Fred Schell/Elke Stolzenburg/Helga Theunert (Hrsg.), Medienkompetenz. Grundlagen und pädagogisches Handeln, München 1999.
- Kühberger Christoph/Windischbauer Elfriede (Hrsg.), Politische Bildung in der Volksschule. Annäherungen aus Theorie und Praxis, Innsbruck Wien Bozen 2010.
- Lange Dirk/Reinhart Volker (Hg.), Basiswissen Politische Bildung, 6 Bde., Hohengehren 2007.
- Langenscheidts Großes Schulwörterbuch Lateinisch-Deutsch, Berlin/München 1977.
- Lenz Carsten/Ruchlak Nicole, Partizipation, in: Carsten Lenz und Nicole Ruchlak: Kleines Politiklexikon, München/Wien 2001.
- Linden Markus, Eine bessere Demokratie durch neue Formen politischer Partizipation?,
- Forschungszentrum Europa an der Universität Trier (Der Beitrag basiert auf einem Vortrag des Verfassers auf der Konferenz „Democrazia e Comunicazione“ der Partito Democratico am 21.9.2012 in Cortona.
- Map of Freedom
- Map of Press Freedom

- Marterbauer Markus, Wem gehört der Wohlstand. Perspektiven für eine neue österreichische Wirtschaftspolitik, Wien 2007.
- Meyer Hilbert/Klapper Andrea, Unterrichtsstandards für ein kompetenzorientiertes Lernen und Lehren, in: Auf den Anfang kommt es an. Kompetenzen entwickeln – Kompetenzen stärken. Hg.Von R. Hinz/B. Schumacher, Wiesbaden 2006.
- Molnar Reinhard, „Grau, treuer Freund ist jede Theorie“ – mit der Laterne des Diogenes auf den Spuren der politischen Fort-, Weiter- und Ausbildung, in: Klepp Cornelia/Rippitsch Daniela (Hg.), 25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich, Wien 2008.
- Morawek Elisabeth, Geschichte der Politischen Bildung, in: Österreich in Geschichte und Literatur, Heft 2b-3/2003.
- Müller Thomas/Pickel Susanne, Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zur Konzeptualität von Demokratie-Indizes, in: Politische Vierteljahresschrift, Jahrgang 48. 2007, Heft 3.
- Natter Bernhard, Schulautonomie, Dokumentation zum Kongress der österreichischen Bildungsallianz, Innsbruck 1993.
- Niedermayer Oskar, Bürger und Politik, Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen, 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden 2005.
- Nohlen Dieter (Hg.), Kleines Lexikon der Politik, München 2002.
- Norris Pippa, Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism, Cambridge University Press, Cambridge 2002.
- Partizipation: Lexikon der Zivilgesellschaft.
- Pattie Charles/Seyd Patrick/Whiteley Paul, Citizenship in Britain: values, participation, and democracy, Cambridge University Press, Cambridge 2004.
- Priesner Erhart/Kiss Katharina/Krückl Karl/Schnabl Sonja, Politische Bildung und Recht, für WB, HAT, HK, HM, HAK, Linz 1995.
- Plasser Fritz/Ullrich Peter A., Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur?, Wien 2002.
- Posch Peter und das ENSI-LehrerInnenteam, 9x Partizipation – Praxisbeispiele aus der Schule, Wien 2006.

- Puntschner - Rieckmann Sonja, Die Grüne Alternative, in: Mantl Wolfgang (Hg.), Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel, Wien/Köln/Graz 1992.
- Putnam Robert, Sozialwissenschaftliche Studie 1995.
- Rada Robert, Die Entstehung des Grundsatzes Politische Bildung in den Schulen und ein Jahr danach. Ein Beispiel politischer Willensbildung im Bereich der österreichischen Verwaltung. Dissertation, Wien 1980.
- Reeken Dietmar von, Politisches lernen im Sachunterricht. Didaktik und unterrichts- praktische Hinweise, Dimensionen des Sachunterrichts Band 1, Baltmannsweiler 2001.
- Rich Dorothy, Lernspiele für den EQ Unterricht, München 2001.
- Richter Dagmar (Hrsg.), Politische Bildung von Anfang an. Demokratie-Lernen in der Grundschule, Schwalbach/Ts. 2007.
- Rosenberger Sieglinde, Wählen, Wien 2008.
- Rosenberger Sieglinde/Walter Florian/Fuchs Patrick, Jugendpartizipation unter dem Blickwinkel von Geschlecht und Migration, Demokratieinitiative der Bundesregierung, Themenfeld 5: „Innovative Demokratie“, Leitung: Mag. Gertraut Diendorfer, Demokratiezentrum Wien.
- Sander Wolfgang, Politik entdecken – Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung, 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Schwalbach/Ts. 2007.
- Sander Wolfgang, Über politische Bildung, Politik – Lernen nach dem „politischen Jahrhundert“, Schwalbach/Ts. 2009.
- Sander Wolfgang, Kompetenzen in der Politischen Bildung – eine Zwischenbilanz, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 38. JG. (2009) H. 3, 293 – 307.
- Sandner Wolfgang, Zur Geschichte und Theorie der Politischen Bildung. Allgemeinbildung und fächerübergreifendes Lernen in der Schule, Marburg 1989.
- Schnurr Stefan, Partizipation, in: Otto Hans-Uwe/Thiersch Hans (Hrsg.), Handbuch Sozialarbeit, Sozialpädagogik. München/Basel 2001.
- Schultze Olaf-Rainer, Partizipation, in: Dieter Nohlen/Rainer Olaf Schultze (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe, München 2002.

- Schumann Harald/Martin Hans Peter. Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, 1996.
- Sliwka Anne, Das Deliberationsforum – Eine neue Form des politischen Lernens in der Schule, 2005.
- Solso Robert L., Kognitive Psychologie, Heidelberg 2005.
- Soziale Grundrechte – Rechtslexikon.
- Spurensuche, Zeitschrift für Geschichte der Erwachsenenbildung, H.2/1996.
- Stange Waldemar, Planen mit Phantasie. Zukunftswerkstatt und Planungszirkel für Kinder und Jugendliche, Berlin/Kiel 1996.
- Stiftung Bruno Kreisky Archiv: Erinnerungsort Wien.
- Tanzer Gerhard/Kremser Gregor, Zeit-Macht-Raum, Geschichte und Politische Bildung, HTL II, Leseprobe, Wien 2013.
- Ucakar Karl, Demokratie und Parteien seit 1970, in: Fröschl Erich/Zoitl Helge (Hg.), Der österreichische Weg 1970 – 1985. Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben, Wien 1986.
- Uhlener Carole Jean, Political Participation, in: N.J. Smelser und P.B. Baltes (Hrsg.): International Encyclopedia of the Social Behavioral Sciences, Amsterdam 2001.
- Verba Sidney, „Would the Dream of Political Equality Turn out to Be a Nightmare?“, Perspectives on Politics Vol. 1 No. 663-679.
- Walter Robert/Mayer Heinz, Grundriß des österreichischen Bundesverfassungsrechts, 7., durchgesehene und ergänzte Auflage, Wien 1992.
- Widder Roland, Politische Bildung im Burgenland – Stationen einer aufklärerischen
- Ambition, in: Wissenschaftliche Arbeiten im Burgenland (WAB). Festschrift Hans Schmid, Zur Landeskunde des Burgenlands. H.100 (1998).
- Wimmer Michael, Kultur und Demokratie. Eine systematische Darstellung von Kulturpolitik in Österreich, Innsbruck Wien Bozen 2011.
- Wolf Andrea (Hg.), Der lange Anfang, 20 Jahre Politische Bildung in den Schulen, Wien 1998.
- Young Iris Marion, Inclusion and Democracy, Oxford 2000.

- Zeilner Franz, Geschichte der Politischen Bildung in Österreich als Unterrichtsprinzip und als Unterrichtsfach, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/Bruxelles/NewYork/ Oxford/Wien 2011
- Zeilner Franz, Unterrichtsvorbereitung Geschichte und politische Bildung BMHS, 2007/2008.
- Zöllner Erich/Schüssel Therese, Das Werden Österreichs, Gesellschaft m.b.H., Wien 1985.

Entwicklungspläne, Lehrpläne

- Entwicklungsplan Polis, Stand 29.04.2013, Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, Sektion 1 (bm:uk).
- Lehrplan und Instruktionen für den Unterricht an den Gymnasien in Österreich, Einzige Vom k.k. Ministerium für Cultus und Unterricht autorisierte Ausgabe, 2. Auflage, Wien im kaiserlich – königlichen Schulbücher Verlage 1900.
- AHS – Lehrplan Geschichte und Sozialkunde, Oberstufe.

Berichte, Erlässe, (Verfassungs-) Gesetze, Schreiben, Protokolle, Bundesgesetzblätter, Reichsgesetzblätter, Verordnungen

- Staatsgrundgesetz 1867.
- Beschluss der Provisorischen Nationalversammlung vom 30.10. 1918, StGBL 3.
- Anlage zur Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht vom 1. Juni 1928, B.G.BL. 138, „Volkserziehung“ Nr. 46, Bundesministerium für Unterricht, Eigentümer und Verleger: Österreichischer Bundesverlag. Druck der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien. Zu beziehen beim Österreichischen Bundesverlag für Unterricht, Wissenschaft und Kunst in Wien, Schwarzenbergstr. 5.
- RGBL Nr. 62/1869
- Sitzung Abgeordnetenhaus, 11. Februar 1881.
- Schulorganisationsgesetz 1962.
- Menschenrechtskonvention (MRK).
- Bundesgesetzblatt 1978/676 (BGBl. 1978/676).

- Erlass Wiederverlautbarung des Grundsaterlasses von 1978 (BMU GZ 33.466/103-V/4a/94) (=RS BMU 15/94, RS BMU 47/95).
- Demokratieerziehung im Delorsbericht.
- BGBl. II –Ausgegeben am 19. Juli 2004 – Nr. 291.
- Bundesministerium für Inneres (10.5.2013).
- Schreiben BMUK-27.778/25-l6b/2013 vom 20.09.2013.

Erklärungen, Konventionen, Pakte

- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948.
- Europäische Menschenrechtskonvention und Zusatzprotokoll.
- UN- Kinderrechtskonvention 1989.
- Genfer Flüchtlingskonvention.
- Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (IPwskR).

Zeitungen, Zeitschriften

- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Februar 2003.
- Erziehung und Unterricht, März/April 3-4 2008.
- OÖ. Nachrichten, 15.05. 2008.
- Praxis Politische Bildung, 13.Jg. 2009, Heft 1.
- polis aktuell: Partizipation von Kindern und Jugendlichen, Nr.4/2012. Herausgeber Zentrum Polis – Politik Lernen in der Schule, Helferstorferstrasse 5, 1010 Wien.
- Die Presse, Freitag, 10. Mai 2013.

Internetquellen und Adressen

- <http://noe.arbeiterkammer.at/online/planspiele-59864.html>, [Text: Planspiele, Autor: Arbeiterkammer/Bildungsberatung, Seite 1 von 1, Abruf: 17.05.2012]
- <http://blk-demokratie.de/termine/veranstaltungen/bericht-zum-10-bundeskongress-fuer...>,
[Text: Bericht zum 10. Bundeskongress für politische Bildung in Mainz, Autor: Tobias Diemer, (Koordinierungsstelle BLK-Programm „Demokratie lernen & leben“), Seite 1 von 1, Abruf: 26.10.2012.]
- <http://www.bm:ukk.gv.at/politische-bildung>, [Text: Politische Bildung, Autor: Bundesministerium für Bildung und Frauen, Abruf: 22.12.2012]
bm:ukk-Politische Bildung,
3.1.2013.
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Inhaltsanalyse>,
[Text: Inhaltsanalyse, Autor: Universität Leipzig, erstellt am.: 07. März 2014, Seite 1 von 1, Abruf: 26.01.2013.]
- http://www.dadalos-d.org/politikdidaktik/grundkurs_l/delors-bericht.htm,
[Text: Politikdidaktik, Autor: Ragnar Müller, Seite 1 von 1, Abruf: 02.02.2013.]

- <http://www.oezp.at/pdfs//2009-3-04.pdf>,
[Text: Mehr als Wählen mit 16, Empirische Befunde zum Thema Jugend und Politische Bildung, Autoren: Peter Filzmaier/Cornelia Klepp, Wien, Seite 8 von 15, Abruf: 02.03.2013]

- http://www.uni-due.de/agip/agip_16405.shtml, [Text: Sozialisation im Jugendalter, Autor: Universität Duisburg-Essen, letzte Bearb.: 10. Dez. 2012, Abruf: 10.03.2013]

- http://www.d-a-s-h.org/dossier/14/03_sozialisation.html, [Text: Sozialisation als wechselseitiger Prozess, Autor: Fred Schell; Abruf: 10.03.2013]

- <http://www.didactics.eu/index.php?id=525>, [Text: Medien und Politische Bildung, Autor: Institut für Bildungswissenschaft, Universität Wien, Seite 1 von 1, Abruf 04.04.2013]

- <http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/informationen-zur-politischen-bildung/7484/ma...>, [Text: Massenmedien, Autor: Bundeszentrale für politische Bildung, Seite 1 von 1, Abruf: 04.04.2013]

- <http://bim.lbg.ac.at/de/print/1761>, [Autor: Ludwig Boltzmann, Abruf: 07.04.2013.]

- <http://www.fsg-hgl.at/wir-fuer-sie/arbeitsschwerpunkte/recht-auf-bildung-als-soziales>.
[Text: Recht auf Bildung, Autor: Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Seite 1 von 1, Abruf: 07.04.2013]

- <http://de.wikipedia.org/wiki/zwei-Drittel-Gesellschaft>, 31.05.2013.

- <http://www.politik-poker.de/neoliberalismus-und-standortnationalismus-eine-gefahr-fuer-die-demokratie.php>.

- <http://www.akbild.ac.at/Portal/studium/studienrichtungen/künstlerisches-lehramt>.

- http://lexikon.freenet.de/Politische_Bildung, [Text: Politische Bildung vgl. auf Wikipedia, Autor: GNU Lizenz, erstellt am 27. März 2004, Seite 1 von 5, Abruf am 14.06.2013.]

- <https://de.wikipedia.org/wiki/Politikwissenschaft> [Text: Politikwissenschaft, Autor: Kurt Jansson, erstellt am: 14. Mai 2002, Seite 1 von 14, Abruf :14. 6.2013]

- <http://www.e-lisa-academy.at/?PHPSESSIONID=&design=elisawp&url=community...>, 23.08.2013.

- http://www.erinnerungsort.at/thema7/h_thema.htm [Text: neue soziale Bewegungen, Autor: Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Abruf: 27.08.2013]

- http://de.wikipedia.org/wiki/Soziale_Bewegung, [Text: Soziale Bewegung, Autor: Wikipedia, erstellt am 28. Feb. 2004, Abruf: 27.08.2013]

- <http://www.partizipation.at/736.html>, [Text: Lexikon der Zivilgesellschaft, Autor: ÖGUT – Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik, Seite 1,2 von 2, Abruf :28.08.2013]

- <http://de.wikipedia.org/wiki/Zivilgesellschaft>, [Text: Zivilgesellschaft, Autor: Federalist Papers, erstellt am 27. Dez. 2003, Seiten 1-5, Abruf: 28.08.2013.

- <http://journal.kommunikation-medien.at/2012/04/politische-partizipation-jugendlicher...>, [Text: Politische Partizipation Jugendlicher im Internet, Autor: Fabian Prochazka, Seite 1 von 1, Abruf: 06.09.2013.]

- http://www.pedocs.de/frontdoor.php?source_opus=3905, [Text: Offenes Diskussionsklima im Unterricht und politische Bildung von Jugendlichen, Autor: Oesterreich Detlef, Abruf: 15.09.2013]

- <http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinzip/europaerziehung.xml>, [Text: Europaerziehung, Autor: Bundesministerium für Bildung und Frauen, Seite 1 von 5, Abruf: 05.10.2013]

- http://www.partizipation.at/demo_citizen.html, [Text: Partizipation & nachhaltige Entwicklung in Europa, Autor: ÖGUT – Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik, Abruf: 20.10.2013]

- <http://www.fb03.uni-frankfurt.de/43341755/demokratie-und-erziehung>, [Text: Lehrveranstaltung Demokratie und Erziehung, Autor: Goethe Universität, Frankfurt am Main, Abruf: 15.04.2014.

- <http://www.welt.de/debatte/article8493697/Der-Schulunterricht-muss-dringend-verbessert-werden>, [Text: Bildungspolitik, Autor: Rainer Werner, Abruf: 26.04.2014]

- <http://www.bpb.de/apuz/148216/die-vier-dimensionen-der-politikkompetenz?p=all>,
 - [Text: Die vier Dimensionen der Politikkompetenz, Autor: Bundeszentrale für politische Bildung, Seiten 1-5, Abruf: 21.04.2014.]

- http://www.partizipation.at/kinder_und_jugend.html, [Text: Kinder-und Jugendpartizipation, Autor: ÖGUT – Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik, Seiten 1 bis 2, Abruf: 29.04.2014]

- http://de.wikipedia.org/wiki/Political_leadership, [Text: political leadership, Autor W. Edlmaier, erstellt am 14. Jänner 2009, Abruf: 29.04.2014]

- <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40358/p....> [Text. Politische Sozialisation, Autor (Quelle): Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems, Abruf: 30.04.2014]

- Taskforce on Active Citizenship, „The Concept of Active Citizenship“ (2007), [http://www.activecitizenship.ie/UPLOADEDFILES/Mar07/Concept%20of%20Active%20Citizenship%20paper%20\(Mar%2007\).pdf](http://www.activecitizenship.ie/UPLOADEDFILES/Mar07/Concept%20of%20Active%20Citizenship%20paper%20(Mar%2007).pdf), 30.04.2014.

- www.partizipation.at/eu_zivilgesellschaft.html. [Text: Eu und Zivilgesellschaft, Autor: ÖGUT – Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik,]
- www.political-leadership.co.at [Text: Political Leadership, Autor: österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaft, Seite 1 von 1]
- www.academia-superior.at. [Text: Medien, Autor: Academia-Superior/Gesellschaft für Zukunftsforschung]
- Recht auf Bildung – Wikipedia.[Text: Recht auf Bildung, Autor Dundak, erstellt am 23. Februar 2006]
- Wahlrecht – HELP.gv.at [Text: Wahlrecht, Autor: Bundesministerium für Inneres, Stand: 01.01.2014]
- Wählen ab 16 – Polipedia.[Text: Wählen ab 16, Autor: Gustav Graf, letzt. Bearb.: 10. Juni 2013]
- Bündnis Zukunft Österreich – Wikipedia. [Text: Bündnis Zukunft Österreich, Autor:., erstellt am 4. April 2005]
- www.ris.bka.gv.at.
- www.Lobby.at
- <http://bim.lbg.ac.at>
- www.eudec.org/de

LEBENS LAUF: TABELLARISCHER LEBENS LAUF

FRANZ ZEILNER

Geburtsdatum und Geburtsort:	13. September 1953, Steyr (O.Ö.)
Familienstand:	Verheiratet mit OStR. Prof.Mag ^a . Ingrid Zeilner, Wirtschaftspädagogin 1 Sohn, Mag.rer.nat. et Dr.med. Alexander Zeilner, Biologe, Arzt für Allgemeinmedizin, Facharzt für Innere Medizin
Schulbildung:	9 Jahre Pflichtschule, 3 ½ Jahre gewerbliche Berufsschule, 4 Semester Bundesanstalt für Leibeserziehung Wien, Gymnasium für Berufstätige Linz
Universitätsstudien:	Diplomstudium Rechtswissenschaften (1987 Linz), AHS- Lehramt: Leibeserziehung/Geschichte und Sozialkunde (1990 Salzburg), Erweiterungsstudium Diplom Geschichte (1998 Salzburg), Bachelorstudium Geschichte (2009 Wien) Diplomstudium Geschichte (2010 Innsbruck).
Zusatzqualifikation:	Ausbildung zum Mediator (2006)
Berufstätigkeiten:	Verwaltungsjurist, 20 Jahre Lehrbeauftragter an der Universität Salzburg (1989-2009), seit 1991 Lehrer an höheren Schulen in den Fächern Geschichte und politische Bildung, Bewegung und Sport, Rechtslehre
Publikationen (Buchautor):	1987 Forschungsdokumentation JKU: Franz Zeilner, Grundzüge des mittelalterlichen Strafrechts, in: Ursula Floßmann/Gerhard Putschögl (Hg.), Hexen Prozesse, Seminar zur oberösterreichischen Strafrechtsgeschichte, (1987), Seiten 1 – 8, Alleinautor: Haftung und Schadens-

ersatzansprüche bei Sportunfällen (2001), Sport und Recht (2003), Verfassung, Verfassungsrecht und Lehre des öffentlichen Rechts in Österreich bis 1848 (2008), Geschichte der Politischen Bildung in Österreich als Unterrichtsprinzip und als Unterrichtsfach (2011), Alleinautor Lehrbücher: Grundlagen des Sportrechts, Organisation des Sports (2005), Kanusport Wettkampf und Freizeitsport (2007).

Sportliche Erfolge:

Insgesamt 16 X Österreichischer Staatsmeister im Kanurenn- und Wildwassersport, Angehöriger des Olympia B-Kaders (Kanuslalom) 1972 München, 2 Weltmeisterschaftsteilnahmen in der WW-Abfahrt (1973, 1975), 8. Platz EC Gesamtwertung 1974 WW-Abfahrt, internationale Erfolge im WW-Sport.

Ehrungen:

Oberösterreichische Landesregierung: Landessport-ehrenzeichen in Gold (1977), in Silber (1976) und in Bronze (1971). Sportehrenzeichen der Stadt Steyr in Gold (1976).